
WAHLPROGRAMM

BÜRGERSCHAFTSWAHL 2019

Präambel

Liebe Bremerinnen, liebe Bremer,

seit zwölf Jahren sind die GRÜNEN im Land Bremen an der Regierung beteiligt. Hier legen wir Ihnen nun das Programm vor, mit dem wir uns am 26. Mai 2019 zur Wahl stellen, mit dem klaren Ziel, wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Denn wir sind überzeugt: GRÜN macht den Unterschied!

Die vergangenen zwölf Jahre waren erfolgreiche Jahre in schwierigen Zeiten; aber auch Jahre voller Härten, Zumutungen, und auch wir waren nicht immer gleich auf der Höhe der neuen Aufgaben. Unser Programm macht deshalb einen neuen Anfang: bei Investitionen und Personal für Umwelt und Klima, für Bildung und Ausbildung, für unsere städtische Infrastruktur. Mit neuen Ideen für neue Fragen.

Entscheidend dabei ist: Dieser Neuanfang ist heute überhaupt nur möglich, weil GRÜNE Finanzpolitik die Voraussetzungen dafür geschaffen hat: In zehn immer hart umkämpften Jahresschritten haben wir nach der Finanzkrise die Neuverschuldung Bremens auf Null gebracht und können jetzt mit dem Abbau der Schulden beginnen. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands hat uns dabei sehr geholfen, aber nur die GRÜNE Beharrlichkeit des Bremer Weges aus der Schuldenfalle hat letztlich den Erfolg gesichert. Ohne den Beweis dafür, dass wir uns selber helfen, hätte Bremen niemals die Hilfe des Bundes und der anderen Länder erhalten – zehn Jahre lang 300 Mio. Euro und ab 2020 jedes Jahr 400 Mio. Euro.

Erst jetzt ist der Spielraum da, um nach und nach wichtige Investitionen nachzuholen, in Gebäude und Infrastruktur. Erst jetzt haben wir die Möglichkeit, die großen Leistungen der letzten Jahre auch mit den notwendigen finanziellen und personellen Mitteln auszustatten: die Schaffung sehr vieler KiTa-Plätze, die Inklusion in den Schulen, der Aufbau der Oberschulen und die Ausweitung des Ganztags, die Qualität unserer Hochschulen.

Gerade bei der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen war die Aufnahme vieler Menschen, die vor Krieg, Elend und Unterdrückung zu uns geflüchtet sind, die große Herausforderung der letzten Jahre. Unsere GRÜNE Arbeit in der Regierung hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Aufnahme der Geflüchteten erfolgreich gemeistert worden ist. Aber entscheidend war hier die riesengroße Bereitschaft vieler Bremerinnen und Bremer, auch von Unternehmen und Verbänden, aktiv tätig zu werden. Bremen kann stolz darauf sein, und wir sind dankbar dafür.

Die Integration der Neu-Bremer*innen ist die nächste große Aufgabe, die schon begonnen hat; auch sie kann die Gesellschaft nur gemeinsam bewältigen. Die GRÜNEN bringen in die Regierung dafür ihre

erprobten Grundüberzeugungen ein: Weltoffenheit, die Achtung der Vielfalt und das Eintreten für die gleichen Rechte aller.

Für diese Haltung und diese Rechte sind wir GRÜNE seit unserer Gründung mit viel Erfolg eingetreten. Heute müssen wir erleben, dass die Menschenrechte aller, dass die demokratischen Errungenschaften wie die Parlamente, die Unabhängigkeit der Justiz und der Medien, die Verantwortung für unsere Geschichte wieder in Frage gestellt werden. Wir GRÜNE werden diesen Feinden der Demokratie mit allen Mitteln des Rechts und der politischen Auseinandersetzung entgegentreten. Die Rechtsextremen und Populisten wollen die Unsicherheiten der gegenwärtigen Umbrüche benutzen und Politik mit der Angst machen. Wir aber wollen den Schutz der Menschen gegen diese Unsicherheiten stärken mit guter Sozialpolitik, Regulierung der Wirtschaft und bürgerfreundlicher innerer Sicherheit. Und gleichzeitig die Menschen dabei unterstützen, auch die Chancen der gegenwärtigen Umbrüche zu nutzen. Zukunft wird aus Mut gemacht!

Dieses Wahlprogramm ist unsere politische Absichtserklärung. Aber es ist in erster Linie auch ein Angebot. Der Klimaschutz und der weitere Umbau unserer Städte in Räume zum Leben – Verkehr, Bauen, Grün, Ernährung – können von der Politik gefördert, aber nicht einfach verordnet werden. Gerade hier ist unser Programm vor allem ein Angebot an die Gesellschaft für intensive Diskussionen, wie dieser Wechsel gestaltet werden kann. Dass ein tiefgreifender Wechsel notwendig ist, wenn wir unseren Planeten vor einer Klimakatastrophe bewahren wollen, und dass wir vor Ort dazu beitragen müssen: Das ist unsere GRÜNE Grundüberzeugung, und hier machen die GRÜNEN den Unterschied in einer Regierung.

Wir sind davon überzeugt, dass unser politisches Angebot sehr gut zu unseren beiden Städten passt. Denn wir wollen damit die Stärken weiterentwickeln, für die wir unser Bundesland lieben: die Offenheit, die Neugier und den zivilisierten Streit; das Wasser und das Grün; die vielfältige Kultur und die gewachsenen Stadtteile mit eigenem Charakter; Häfen und Hightech; Austausch und sozialer Zusammenhalt.

Am 26. Mai 2019 stimmen wir Bremerinnen und Bremer doppelt über die Zukunft der europäischen Einigung ab: direkt mit der Wahl des Europäischen Parlaments, indirekt mit der Wahl des Landtags. Es kommt auf uns GRÜNE in der Regierung an, ob Bremen weiterhin das großartige Projekt des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa unterstützt. Dafür werden wir uns im Bundesrat und in den europäischen Gremien einsetzen.

Dass die Stimme Bremens im Bundesrat eine Stimme der Nachhaltigkeit und der Vernunft bleibt, ist ein wichtiger Grund für die Notwendigkeit GRÜNER Regierungsbeteiligung.

Wie die Seestadt Bremerhaven selbst sind auch die Bremerhavener GRÜNEN bewusst selbständig. Deshalb legen sie für die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung ein eigenes Programm vor, das dieses Programm der Bremer GRÜNEN ergänzt. Auch unsere Beiräte legen ihre Ideen für die Zukunft ihrer Stadtteile gesondert vor.

Das Wahlprogramm formuliert die Ziele, die wir in den kommenden vier Jahren umsetzen und anpacken wollen. Aber die GRÜNE Politik hat schon immer in längeren Zeiträumen gedacht. Deshalb wollen wir nachhaltig die Demokratie schützen und die Gesellschaft zusammenhalten; allen jungen Menschen Chancen für das spätere Leben und Arbeiten in einer lebendigen Stadt eröffnen; umdenken und umsteuern, damit wir unseren Enkeln eine bewohnbare Welt hinterlassen; am europäischen Einigungswerk weiterbauen.

Große Aufgaben. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, Verantwortung übernehmen. Mit GRÜNER Politik. Mit Ihrer Stimme.

Klimaschutz jetzt!

Schmelzendes Polareis, steigender Meeresspiegel, Zunahme von Extremwetterereignissen, wie anhaltende Dürren, Sturmweatherlagen und Starkregen sind die Folgen des Klimawandels. Hunderte Millionen Menschen werden deswegen ihre Heimat verlassen müssen. Auch wir bekommen erste Folgen zu spüren: Es gibt mehr heiße Tage in der Stadt und Starkregenfälle treten häufiger auf. Wir müssen uns vor Hochwasser und Sturmfluten schützen, indem wir die Deiche mit großem Aufwand erhöhen.

Die Verhinderung der Klimakatastrophe ist die globale Herausforderung unserer Zeit. Wir müssen Klimaschutz international und lokal machen. Wir müssen ihn heute machen und die Maßnahmen müssen radikaler und tiefgreifender werden. Nur so können wir möglichst noch unter der 1,5 Grad-Grenze des Pariser Klimaschutzabkommens bleiben.

Wir wissen, was zu tun ist: Wir müssen schnell und konsequent Schluss machen mit der Verbrennung fossiler Energieträger. Vor allem wollen wir keinen Strom mehr aus Kohle erzeugen; Öl- und Gasheizungen werden durch CO₂-neutrale Alternativen ersetzt; für den Kohleinsatz in der Stahlerzeugung muss Ersatz gefunden werden; überall ist sparsamer mit Energie umzugehen; das Ende des Verbrennungsmotors ist einzuläuten und neue Mobilitätsformen werden gefördert.

Wir wollen in der Landes- und Kommunalpolitik diese Ziele energisch verfolgen, auch mit Regulierungen. Wir setzen uns auf Bundes- und vor allem auf Ebene der EU – im Gegensatz zur Großen Koalition – für ehrgeizige Ziele der CO₂-Reduktion ein, für striktere Abgasnormen bei Fahrzeugen und für fortschreitend strengere Grenzen für den Stromverbrauch von Geräten und Maschinen. Eine möglichst europaweite CO₂-Steuer halten wir für notwendig.

Das sind Aufgaben der Politik. Aber wir GRÜNE werben auch für einen persönlichen Lebensstil im Alltag, der darauf achtet, dass unser „ökologischer Fußabdruck“, also unsere negative Einwirkung auf die natürliche Umwelt, wieder kleiner wird; der die Rechte und die Würde anderer nicht beeinträchtigt und jedes unnötige Leid vermeidet – das gilt vor allem für unseren Umgang mit Tieren. Wir sollten weniger konsumieren, damit eine Abkehr von der Massentierhaltung ermöglicht wird und der ökologische Umbau der Landwirtschaft klappt. Wir werden dafür sorgen, dass die Verbraucher*innen für ihre Entscheidungen immer die notwendigen Informationen erhalten und dass sie in Kenntnis der Folgen entscheiden können.

Der notwendige wirtschaftliche Strukturwandel ist eine Anstrengung. Er bietet aber auch Chancen für unsere Städte. Auf Dauer senken wir z. B. die Betriebskosten unserer Gebäude durch Photovoltaik und sparen Öl- und Gasimporte. Energiesparmaßnahmen schaffen Arbeit für das lokale Gewerbe; so sind in der Windkraftbranche viele Arbeitsplätze entstanden, die wir gegen die Ausbaubremser*innen in der Bundesregierung sichern müssen. Jede Minderung von Verkehrslärm und Emissionen macht unsere Städte noch lebenswerter, schafft Luft und Raum fürs Leben der Menschen!

Unser Ziel: Klimaneutralität!

In Bremen brauchen wir eine Intensivierung unserer Klimapolitik. Wir wollen mit den großen Verursachern einen Klimavertrag abschließen, mit konkreten Zielen für eine Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen. Wir werden sie dabei unterstützen, dass die Fernwärme CO₂-frei und großräumiger genutzt werden kann oder dass sie zum Beispiel mit Modellprojekten erproben, wie mit – aus erneuerbaren Energien erzeugtem – Wasserstoff Stahl erzeugt wird.

Dabei wird Bremerhaven Vorreiterin und noch vor Bremen klimaneutral. Mit uns wird die Klimastadt Bremerhaven endlich ihrem Namen gerecht. Wir bauen die saubere Stromerzeugung aus, wir fördern den

Fuß- und Radverkehr in der Stadt. Bremerhaven bekommt ein Modell-Gewerbegebiet, das komplett mit erneuerbarer Energie versorgt wird.

Hundertprozentig sauberer und sicherer Strom

Wir GRÜNE wollen raus aus der Kohleverstromung. In Bremen wird heute in den Kraftwerken Hastedt, Hafen und in Farge Strom aus Steinkohle erzeugt. Das Kraftwerk Hastedt versorgt zudem große Teile des Bremer Ostens sowie das Mercedes-Werk mit Fernwärme. Wir wollen, dass diese Kraftwerke bis 2023 abgeschaltet und die Strom- und Wärmeversorgung auf saubere Energiequellen umgestellt wird.

Wir wollen die vorhandenen Windenergiestandorte erhalten. Bei Windenergieanlagen, die das Ende ihrer Lebensdauer erreichen, ermöglichen wir neue Anlagen am selben Standort. So kann durch leisere moderne Anlagen mehr Strom erzeugt werden. Die Stromerzeugung mit Sonnenenergie muss noch viel stärker ausgebaut werden. Die Anlagen sind jetzt sehr kostengünstig geworden, und viele Dächer sind noch ungenutzt. Wir wollen deshalb die anbieterunabhängige Beratung massiv verstärken. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, Wohnungsgesellschaften in die Lage zu versetzen, Mieterstromprojekte zu realisieren, damit auch Mieter*innen von günstigem Solarstrom profitieren. Wir werden bis 2023 ein Drittel und bis 2030 jedes öffentliche Dach mit Photovoltaik ausrüsten, wenn nicht Statik oder Denkmalschutz dagegensprechen. Wenn Bremen auf 100 Prozent erneuerbaren Strom setzt, müssen wir zukünftig Strom aus dem niedersächsischen Umland beziehen, weil wir in unserem Bundesland nicht genügend Flächen für Windenergieanlagen bereitstellen können. Um den Energieverbrauch zu reduzieren, werden wir erfolgreiche Energiesparprojekte für Bürger*innen und Unternehmen, auch durch digitale Angebote, besser zugänglich machen und finanziell besser ausstatten.

Saubere Wärme ist gut fürs Klima

In Bremen wird in den nächsten Jahren weiter viel gebaut werden. Bei Neubauten setzen wir auf höchste Energiestandards, das heißt nur Null- oder Plusenergiehäuser. Neben den Vorteilen fürs Klima werden so die Nutzer*innen vor hohen Energiepreisen geschützt, weil die Gebäude keine Heizwärme mehr benötigen.

Neben dem Neubau muss aber auch die energetische Modernisierung der Bestandsgebäude verstärkt werden. Das Bremer Förderprogramm Wärmeschutz im Wohngebäudebestand werden wir weiterführen und weiterentwickeln. Wir werden uns im Bund dafür einsetzen, dass die energetische Gebäudemodernisierung steuerlich gefördert wird. Denn es ist wichtig, dass mehr modernisiert wird. Und es ist vernünftig, wenn die Allgemeinheit an den Kosten dieser wichtigen Klimaschutzmaßnahme beteiligt wird. Öffentliche Gebäude wollen wir zu Vorreitern in Sachen Energieeffizienz machen – beim Neubau, bei der Modernisierung und in der Nutzung. Für sie wollen wir ambitionierte energetische Modernisierungsfahrpläne erstellen und diese schrittweise umsetzen. So werden wir in der kommenden Wahlperiode einen verbindlichen Rahmen dafür setzen, dass der öffentliche Gebäudebestand klimaneutral wird und die öffentliche Verwaltung ihrer Vorbildfunktion nachkommt. Dies gilt auch für den Einsatz ökologischer und recycelter Baustoffe. Es gibt ein großes Potenzial für die Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmebereich. Deswegen wollen wir GRÜNE ein Wärmegesetz auf Landesebene, das für die Sanierung und die Fernwärmeversorgung Vorgaben macht. Unser Ziel ist es, dass Fernwärme nicht mehr aus Kohle, sondern aus industrieller Abwärme, Sonne, Erdwärme oder Windstrom gewonnen wird.

Wir wollen prüfen, ob und wie die Wärmenetze in Bremen und Bremerhaven ausgebaut werden können. Diese möglichen Ausbauten wollen wir zügig realisieren. Speziell unterstützen wir eine Verbindung vom Müllheizkraftwerk bei der Universität in den Bremer Osten. Ebenso wollen wir prüfen, wie die

Wärmeversorgung im Bremer Westen klimafreundlicher werden kann. Weiter soll das Fernwärmenetz um bedarfsgerechte Wärmespeicher erweitert werden, damit z. B. überschüssige Solarenergie im Sommer für die Nutzung in der Heizperiode bereitsteht. Dies ist ein erster Schritt zur Umsetzung der Sektorenkopplung im Bereich Strom- und Wärmeversorgung.

Gemeinsam effizient – Industrie nachhaltig zukunftsfit machen

Bremens Wirtschaft ist in den letzten Jahren weiter gewachsen. Damit mit diesem Wachstum nicht ein weiter steigender Energieverbrauch verbunden ist, muss unsere Industrie effizienter werden und für den Klimaschutz auf erneuerbare Energieträger wechseln. Wir wollen, dass Bremens Unternehmen mindestens so viel von bundesweiten Förderprogrammen profitieren wie der Bundesdurchschnitt. Dazu müssen wir die Beratung intensivieren und Hürden abbauen. Wir setzen dabei auf bewährte Partner*innen und wollen auch die Wirtschaftsförderung und die Kammern bei dieser wichtigen Frage einbeziehen. Wir werden die Netzwerke für Energieeffizienz in Unternehmen in Bremen und Bremerhaven fortführen.

Teilen statt besitzen, nachhaltigen Konsum fördern und klimafreundlich beschaffen

Die Art, auf die wir leben und konsumieren, wird inzwischen von vielen selbstkritisch in Frage gestellt: Ist nicht weniger oft ebenso gut oder sogar noch besser? Was sind die Nebenfolgen meines Einkaufs? Muss es neu sein oder ist auch Reparatur möglich? Ist Teilen nicht oft besser als selbst Besitzen? Wie vermeiden wir Verschwendung von Lebensmitteln? Wir wollen die Projekte, die diese Überlegungen in die Tat umsetzen, fördern: Carsharing, Repair-Cafés, Tauschbörsen, Second-Hand-Läden, gemeinsames Gärtnern. Wir stehen für die Entkriminalisierung des „Containerns“, also der Rettung von Lebensmitteln aus dem Müll.

Brauche ich immer noch die große Wohnung? Wir wollen eine Plattform für Wohnungstausch etablieren, in die neben der GEWOBA auch private Vermieter*innen und Wohnungsbaugesellschaften eingebunden werden, und prüfen, ob wir Wohnungstausch unterstützen können, indem wir damit verbundene Mieterhöhungen verbieten.

Bremen hat hohe Standards für die öffentliche Beschaffung. Wir achten beim Einkauf von Papier, bei der EDV-Ausstattung, bei Kopierern und Büroausstattung auf Produkte, die umweltfreundlich, langlebig, gut reparierbar und damit wirtschaftlich für unsere Stadt sind. Hinzukommen soll eine Verpflichtung zur Reduzierung von Verpackungen.

Die Energiewende wird smart

Bremen als Industriestandort ist ein Großverbraucher an Energie. Die Energiewende funktioniert nur mit einer Kopplung der Sektoren Wärme, Verkehr und Elektrizität sowie einer Dezentralisierung der Versorgungsnetze und vielen Kleinerzeuger*innen. Dies kann durch eine Optimierung der Netze in Hinblick auf Übertragung und Koordinierung zwischen Erzeuger*innen und Verbraucher*innen weiter forciert werden. Für diese Optimierung entstehen durch die Digitalisierung Chancen, die wir bei Wahrung des Datenschutzes nutzen wollen. Dies kann besonders durch datenarme Steuerung in dezentralen Netzen erfolgen.

Auf die Folgen des Klimawandels vorbereitet sein

Wir vollenden die notwendigen Deicherhöhungen in Bremerhaven und Bremen. Denn ein steigender Meeresspiegel und mehr Stürme sind für unsere Städte eine zunehmende Gefahr. Die Stadtstrecke in der

Neustadt wird bis 2030 fertig gebaut sein. Dadurch öffnen wir die Neustadt zur Weser und schaffen einen attraktiven Ort in der Innenstadt zum Verweilen. Wir sind gegen die weitere Vertiefung der Weser, sondern wollen im Gegenteil durch Renaturierung der Weser und ihrer Nebenarme die Fließgeschwindigkeit dort mit natürlichen Mitteln verringern.

Überall wird viel gebaut und es werden Flächen versiegelt. Das führt dazu, dass Regenwasser nicht mehr versickern kann. Wenn es dann zu einem starken Regen kommt, sind überflutete Straßen und Keller die Folge. Deswegen wollen wir den Flächenverbrauch so gering wie möglich halten und naturverträglich gestalten. Mit uns bekommen Neubauten ein grünes Dach und das Wasser versickert vor Ort. Wir werden in Neubaugebieten für den Regen Rückhalte- und Versickerungsmöglichkeiten vorsehen. Die Kanalisation wird schrittweise komplett von Mischsystem auf Trennsystem umgestellt.

Bei der Stadtplanung achten wir darauf, dass Frischluftschneisen erhalten bleiben. Damit es auch an heißen Tagen in Bremen und Bremerhaven nicht zur Überhitzung kommt.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Bremen und Bremerhaven werden klimaneutral**

Wir stellen die Klimapolitik in Bremen neu auf, um möglichst noch unter der 1,5 Grad-Grenze des Pariser Klimaschutzabkommens zu bleiben. Wir schließen mit den großen Luftverschmutzern einen Klimavertrag, unterstützen diese bei Modellvorhaben und entwickeln einen Plan, wie unser Land klimaneutral werden kann. Die Klimastadt Bremerhaven machen wir zu einer klimaneutralen Modellstadt.

- **Ausstieg aus der Kohleverstromung**

Klimaschutz geht nur ohne Kohle. Wir wollen so schnell wie möglich aus der Kohleverstromung aussteigen. Wir werden bei der Stromversorgung mit Niedersachsen zusammenarbeiten und die Digitalisierung nutzen, um die Energieversorgung ökologischer zu gestalten. Die Fernwärmeversorgung soll aus sauberen Energiequellen gespeist werden.

- **Bremens Industrie wird effizient und zukunftsfest**

Die Energiewende gelingt, wenn alle weniger Energie verbrauchen. Wir wollen die bremische Industrie dabei unterstützen, noch effizienter mit Energie umzugehen. Deswegen werden wir sie über Landesmittel direkt fördern, aber auch die Beratung zu Förderprogrammen des Bundes ausbauen. In Bremerhaven und Bremen sollen weitere Energieeffizienz-Netzwerke an den Start gehen.

Gesunde Umwelt, intakte Natur und Meere

Wir GRÜNE stehen für reine Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und mehr Grün in unseren Städten. Wir wollen gesunde Lebensmittel und eine hohe Lebensqualität für alle Menschen in Bremerhaven und Bremen. Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Die Verantwortung für die Menschen und für unsere natürlichen Lebensgrundlagen jetzt und in Zukunft treibt uns an. Entschieden treten wir deshalb der Klimaerhitzung, Schadstoffen in der Umwelt, dem Artenschwund und der Übernutzung der Meere entgegen. Und zwar hier und heute. Wir setzen uns auf allen Ebenen für einen effektiven europäischen Naturschutz ein: mit weniger Pestiziden und einem Verbot von Glyphosat, um Tieren und Pflanzen wieder mehr Lebensraum geben. Mit einer europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die wir konkretisieren und konsequent umsetzen, um die Qualität von Flüssen und Seen weiter zu verbessern.

Zukunftsorientiertes Wirtschaften gibt es nur im Einklang mit der Natur. Die Entwicklung der erneuerbaren Energien zeigt, was möglich ist: Vor ca. 20 Jahren wurden sie belächelt, heute werden sie dank der richtigen politischen Entscheidungen und mutiger Unternehmer*innen immer mehr zum Rückgrat unserer Stromversorgung. Solch einen Innovationsschub brauchen wir auch für andere Wirtschaftszweige. In Bremen und Bremerhaven soll die Wirtschaft zukunftsfähig werden. Wir wollen die ökologische Modernisierung in allen Wirtschaftszweigen, vor allem in der Automobilindustrie ebenso wie bei der Stahlerzeugung, der Lebensmittelwirtschaft und der Logistik.

Bremen und Bremerhaven sind grüne Städte, mit einem hohen Naherholungswert für die Bürger*innen und einer hohen Attraktivität für Tourist*innen. Wir wollen diese Qualität schützen und weiterentwickeln. Wir stellen uns gegen Flächenverbrauch, gegen übermäßigen belastenden Verkehr, gegen Gifteinsatz in der Landwirtschaft und der Grünpflege. Vielfältige und intakte Natur, saubere Luft und sauberes Wasser, gesunde Böden, Schutz vor Lärm, das ist unser Ziel, dafür treten wir ein, dafür fühlen wir uns verantwortlich.

Reine Luft zum Atmen

Reine Luft zum Atmen ist die Grundlage für unsere Gesundheit. Die Luft in unseren Städten ist aber mit Stickoxiden, Treibhausgasen und Feinstäuben belastet. Die europaweiten Grenzwerte der EU-Luftreinhalte-Richtlinie sind keine gut gemeinten Empfehlungen, sondern verbindliche Standards für den Gesundheitsschutz unserer Bürger*innen. Unter anderem dank der Einführung der Umweltzone konnte die Feinstaubbelastung in Bremen in den letzten Jahren spürbar gesenkt werden. Die Grenzwerte werden inzwischen eingehalten. Dennoch sind zur Vorsorge weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Luftqualität dringend notwendig.

Häufig sind gerade ärmere Menschen von Umweltbelastungen besonders betroffen. Das nehmen wir nicht hin. Eine Verbesserung der Luftqualität kann jedoch nur erreicht werden durch eine Reduktion von Abgasen aus Verkehr und Industrie. Am besten geht das mit weniger Auto- und Lkw-Verkehr. Ausgehend von der Innenstadt werden wir dafür sorgen, dass immer mehr Straßen für den Fuß- und Radverkehr reserviert werden. Das steigert auch die Aufenthaltsqualität. Zusätzlich müssen wir den Güterverkehr in den Blick nehmen, mehr Güterverkehr auf die Schiene verlagern und die Logistik, auch durch Digitalisierung, effizienter organisieren.

Bremen und Bremerhaven haben Luftreinhaltepläne, die wir umsetzen und fortschreiben. Wir wollen die „Blaue Plakette“, damit kontrolliert werden kann, dass nur noch schadstoffarme Autos in die Innenstädte fahren. Es ist die Aufgabe der Autoindustrie, Diesel-Pkw durch Umbauten auf eigene Kosten nachzurüsten, damit sie die Emissionsgrenzwerte einhalten. Dafür kämpfen wir im Bundesrat.

Geruchs- und Schadstoffbelastungen durch produzierende Unternehmen wollen wir deutlich reduzieren und in Zusammenarbeit mit den Unternehmen Lösungen erarbeiten, um diese Belastungen durch den Einsatz moderner Umwelttechnologien zu reduzieren.

Lärmschutz

Lärm macht krank. In Bremerhaven und Bremen sind besonders viele Menschen von Lärm betroffen. Die Ursache ist vor allem der Verkehr, der in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Darunter leiden die Menschen, die in der Nähe von Autobahnen, Bahnstrecken und dem Flughafen wohnen.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass Güterzüge technisch umgerüstet werden. Bremen braucht eine Umgehungsstrecke für den Güterverkehr aus Bremerhaven und Wilhelmshaven. Tempolimits sind sehr wirksam, um die von Straßen und Autobahnen ausgehende Lärmbelastung zu reduzieren. Wir wollen auf den Autobahnabschnitten im Land Bremen, die durch Wohngebiete führen, ein nächtliches Tempolimit von 80 km/h einführen. Wir werden zudem Lärmschutzwände, Flüsterasphalt und Lärmschutzfenster weiter fördern. Kitas, Spielplätze und Schulen an Hauptverkehrsstraßen erhalten bauliche Lärmschutzmaßnahmen.

Am innerstädtischen Flughafen soll die Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr konsequent eingehalten werden. Entsprechende Puffer sind in den Flugplänen zu berücksichtigen. Sondergenehmigungen für Nachtflüge sollen nur in Notfällen erteilt werden.

Sauberes Wasser für Mensch und Natur

Wasser ist unser Lebensmittel Nummer eins. Sauberes Wasser hat für uns höchste Priorität. Bremen und Bremerhaven haben im bundesweiten Vergleich Trinkwasser von allerbesten Qualität. Die Entnahme von Wasser führt jedoch in Niedersachsen am Panzenberg zu Problemen. Deswegen erarbeiten wir gemeinsam mit Niedersachsen eine Trinkwasserstrategie, die die Bremer Brunnen absichert und zu einer deutlichen Verminderung der Entnahme im Verdener Wasserfördergebiet führt. Zudem fördern wir ökologische Ausgleichsmaßnahmen rund um den Fluss Halse im Verdener Wasserfördergebiet.

Der Großteil unseres Wassers kommt aus Niedersachsen. Dort muss sich die Landwirtschaft zum Schutz des Grundwassers ändern. Dem Grundwasser setzen Überdüngung und Pestizide zu. Düngemittel, Rückstände aus Arzneimitteln, andere Giftstoffe und gefährliche Keime verschmutzen die Weser und ihre Nebenflüsse und landen schließlich in der Nordsee.

Wir wollen die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie in Bremen weiter vorantreiben. Dazu gehört die Einhaltung der Grenzwerte für Nitrat und Pestizide im Grundwasser. Auf den öffentlichen Flächen soll der Einsatz von Pestiziden bis 2020 beendet und der Einsatz von Mineräldüngern deutlich reduziert werden. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass das Problem der Nitratbelastung bei den Verursacher*innen gelöst wird: also in der Landwirtschaft.

Wir beleben die Weser und ihre Ufer

Die Weser ist der am stärksten ausgebaute Fluss in Europa. Wir wollen ihre ökologische Qualität verbessern, so wie es auf europäischer Ebene verabredet ist. Wir werden die Ufer der Weser und ihrer Nebenflüsse renaturieren, mehr Strände und Zugänge zum Wasser schaffen. Die Weser wird so wieder zum Mittelpunkt der Städte und ein Naherholungsgebiet für die Bremerinnen und Bremer.

Weser, Wümme, Ochtum, Geeste, Hamme, Lesum, aber auch die kleineren fließenden und stehenden Gewässer werden ökologisch aufgewertet. Wichtig ist uns, das Wegbrechen der Ufer an der Wümme zu

stoppen. Die Zuständigkeit für diese Maßnahmen soll aber beim Bund bleiben. Ein ökologischer Umbau unserer Gewässer ist aktiver Schutz vor Hochwasser, schafft neue Lebensräume und dient der Naherholung. Vertiefungen und Begradigungen lehnen wir ab.

Wir bleiben hart: Mit uns gibt es keine Weservertiefung. Der Klimawandel schreitet ungebremst voran, der Meeresspiegel steigt und bei Sturmflut drückt die Weser mit immer stärkerer Wucht auf unsere Deiche. Deswegen setzen wir uns für einen konsequenten Deichschutz ein. Baugebiete in Überschwemmungsgebieten sind verantwortungslos: Wir lehnen eine Bebauung in Brokhuchting ab.

Die norddeutsche Landschaft erhalten

Die norddeutsche Landschaft ist geprägt von der Weide- bzw. Grünlandwirtschaft, von grünen und zum Teil sehr feuchten Wiesen und Weiden. Sie ist wichtiger Lebensraum für Vögel, insbesondere für Wiesenbrüter, zugleich aber auch Lebensgrundlage der Bremer Bäuerinnen und Bauern. Wir wollen diese Landschaft gemeinsam mit ihnen erhalten. Viele Teile von Bremens „Grünem Gürtel“ sind dauerhaft als Schutzgebiete gesichert, und das soll auch so bleiben.

Die Bremen und Niedersachsen prägende Kulturlandschaft ist in Gefahr durch die Intensivierung der Landwirtschaft. Wir unterstützen daher die bodengebundene, bäuerliche Landwirtschaft, wie wir sie derzeit in Bremen haben. Den erfolgreichen Bremer Weg der Zusammenarbeit mit Landwirt*innen und Naturschutzverbänden wollen wir auch in der nächsten EU-Förderperiode ab 2021 konsequent fortsetzen, damit auf den Wiesen und Weiden möglichst ökologisch gewirtschaftet wird. So sorgen wir dafür, dass Natur und Landschaft für die Bremer*innen erhalten bleiben und auch die Wiesenvögel immer wieder gerne nach Bremen zurückkommen.

Vielfältiges Grün schützt Insekten und Vögel

Der Artenreichtum, eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt sind die Voraussetzung für gutes Leben, die Grundlage fruchtbarer Böden und damit nicht zuletzt die Basis unserer Ernährung. Aktuell ist ein dramatischer Rückgang von Insekten, nicht nur Bienen, festzustellen. Dies führt dazu, dass Vögel und andere Tierarten kein Futter mehr finden und die roten Listen gefährdeter Arten immer länger werden.

Überall wird gebaut und versiegelt. Dadurch verschwinden Lebensräume und natürliche Wasserspeicher. Dagegen setzen wir eine Begrünungsverordnung für mehr grüne Dächer und gegen versiegelte Vorgärten. Gründächer haben drei wichtige Funktionen: Sie dienen als Wasserspeicher, wenn es stark regnet, sie sind Lebensraum für Insekten, und sie wirken als natürliche Klimaanlage für das darunterliegende Gebäude. Wir wollen in allen Stadtteilen kleinteilige grüne Oasen schaffen, wo Alt und Jung sich treffen können. Dazu werden wir Brachflächen entsiegeln oder ungenutzte Kleingärten für alle zugänglich machen. Wir werden dafür sorgen, dass in den neu entstehenden Quartieren auch Grünflächen erhalten werden bzw. neue entstehen.

Bei der Gestaltung und Entwicklung aller öffentlichen Grünanlagen werden wir dafür sorgen, dass nur heimische Sträucher und Stauden verwendet und diese naturnah gepflegt werden (systematisch mehr Blühflächen, z. B. im Straßenbegleitgrün). Diese Parks und Plätze sollen öffentlich zugänglich sein, damit neue Orte für Begegnung und Erholung entstehen. Wir wollen brachliegende Kleingärten zusammenfassen und zu einem Klimawald entwickeln. Das können Kindergärten und Schulen unterstützen: beim Pflanzen der Bäume und bei der Pflege. So wird direkt eine anschauliche Naturerfahrung ermöglicht.

Baume schützen

In unseren Städten wollen wir die Natur schützen, Lebensräume erhalten und die Biodiversität erhöhen. Die Bäume im Land Bremen haben eine große Bedeutung für die Wohn- und Lebensqualität: Bäume säubern die Luft, verringern den Lärm, produzieren Sauerstoff, spenden Schatten und sind Lebensraum für viele Tiere, auch für Insekten. Sie verbessern das Stadtklima, erhöhen die Luftfeuchtigkeit und kühlen ihre Umgebung um bis zu 6 Grad. Gerade größere ältere Bäume wirken sich besonders positiv auf ihre Umwelt aus.

Den Schutz alter Bäume stellen wir in den Mittelpunkt. Der Baumschutz muss bei Baumaßnahmen besser gesichert werden. Wir werden dafür nicht nur baumfreundliche Auflagen in den Bebauungsplänen machen, sondern deren Umsetzung kontrollieren. Die Verursacher von Baumschäden, gerade bei Baustellen, werden wir stärker zur Verantwortung ziehen. Dazu werden wir die Fachabteilung im Senatsressort stärken. Wir sorgen dafür, dass bei Bauprojekten auf Grundstücken mit zu erhaltendem Baumbestand zukünftig Baumsachverständige die Baumaßnahmen verpflichtend begleiten.

Wir wollen die Anzahl der Bäume in den Städten wieder erhöhen, alte und wertvolle Bäume schützen und das Grün an Straßenrändern, in Gewerbegebieten und Parks möglichst ökologisch gestalten. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass gefälltete Bäume orts- und zeitnah nachgepflanzt werden. Nur wenn es nicht anders möglich ist, erfolgt die Ersatzpflanzung an anderer Stelle in Bremen. Hierfür gilt es geeignete Flächen zu finden, um einen Klimawald anzupflanzen. Zudem sollen Grünordnungspläne bei Neubaumaßnahmen eingeführt werden, die festschreiben, dass Altbaumbestand möglichst erhalten bleibt und einheimische, klimaangepasste und insektenfreundliche Bäume nachgepflanzt werden.

Wir fördern das urbane Gärtnern und die Umweltbildung

Wir sind gegen eine Bebauung von Kleingartengebieten. Wir wollen sie als Grün erhalten, so können sie auch als Kompensationsflächen dienen. Wir begrüßen die Modernisierung der Kleingartenordnungen, damit das Gärtnern für noch mehr Menschen attraktiv wird. Wir werden prüfen, ob es möglich und sinnvoll ist, Kleingartenflächen wieder in die Obhut der Stadt zu nehmen und mit Nutzer*innen individuelle Verträge und Regeln zu verabreden.

Wir wollen lieber Urban Gardening statt Betonbrachen und unterstützen Initiativen für städtische Gemeinschaftsgärten. Sie sind kleine grüne Oasen mitten in der Stadt und bieten Zeit und Raum für gelebte gemeinschaftliche Nachbarschaft.

Zeit in der Natur zu verbringen stärkt die körperliche und geistige Entwicklung. Das soziale Miteinander und die Gesundheit werden durch Bewegung und gemeinsame Aktivitäten im Grünen gefördert. Kenntnisse über unsere heimische Umwelt und die Natur sind Grundlage des Umweltbewusstseins und der Umweltverantwortung. Umweltbildung und Naturerfahrung sollen zu einem festen Bestandteil in den Kindergärten und Schulen werden: durch Waldtage, Schulgärten und die naturnahe Gestaltung von Schulhöfen und Spielplätzen. Jeder Kindergarten und jede Schulklasse, die gärtnern möchten, sollen die Möglichkeit dafür bekommen. So begeistern wir den Nachwuchs fürs Gärtnern und gesunde Ernährung. Wir wollen das bestehende Netz der Bremer Umwelteinrichtungen fördern und im Interesse der nachhaltigen Entwicklung ausbauen.

Wir sorgen für eine saubere Stadt

In Deutschland wird viel zu viel Müll produziert. Uns ist es wichtig, die Ursachen zu bekämpfen, weniger Verpackungen einzusetzen, Dinge länger zu nutzen, Geräte zu reparieren und das Recycling zu verbessern.

Wir GRÜNE haben die Abfallentsorgung in Bremen auf neue Füße gestellt. Jetzt hat die Stadt wieder mehr Einfluss und der Service soll für die Bremer*innen sogar noch besser werden. Wir haben ein dichtes Netz an Recyclinghöfen, die alte Möbel wieder in den Verkauf bringen und für eine geordnete Entsorgung verschiedener Müllarten sorgen.

Es ist dringend an der Zeit, den Verbrauch von Plastik zu reduzieren, damit weniger Kunststoffe in die Umwelt gelangen. Wir GRÜNE streben an, in der öffentlichen Beschaffung bis 2020 auf Plastikverpackungen und Einwegbecher, die aus Erdöl hergestellt werden, gänzlich zu verzichten. Dies setzen wir auch in unseren Pachtverträgen im Bereich Gastronomie und Verpflegung um.

Wir unterstützen den Vorschlag der Europäischen Kommission, besonders unnötige und schädliche Plastikteile ganz zu verbieten und im Übrigen die Recyclingquote zu erhöhen. Mikroplastik gelangt heute aus vielen Quellen ins Wasser und in die Nahrungskette. Als ersten Schritt fordern wir ein EU-weites Verbot von Mikroplastik in Kosmetika. Gerade Bremen und Bremerhaven als See- und Hafenstädte sollten hier mit leuchtendem Beispiel vorangehen.

Es ist auch unsere Aufgabe, an Weser und bremischen Badeseen für eine geordnete Abfallentsorgung zu sorgen, damit kein Müll über die Weser ins Meer gelangt. Insbesondere in der Hochsaison müssen mehr Abfallcontainer bereitgestellt werden. Unser Ziel ist eine sauberere Stadt. Wir finden Initiativen toll, die als Müllscouts unterwegs sind oder Müll einsammeln. Sie wollen wir fördern, indem sie keine Müllgebühr für die gesammelten Abfälle zahlen müssen. Mit dem Stadtsauberkeitskonzept und dem städtischen Ordnungsdienst haben wir in Bremen die richtigen Wege für weniger Vermüllung im öffentlichen Raum eingeschlagen. Wir wollen Einnahmeausfälle durch nicht erlaubte Müllablagerungen drastisch verringern. Besonders wichtig ist uns, auch den aus dem Ausland nach Bremen gezogenen Menschen das Bremer Müllsystem zu erklären, denn nur wer weiß, wie etwas funktioniert, kann es auch richtig umsetzen.

Zigarettenstummel sind für Tiere und Kleinkinder besonders gefährlich. Zigaretten und Zigarettenfilter machen außerdem einen großen Anteil an Müllobjekten an Stränden und Küsten aus. Besonders kritisch ist, dass die Filter im Wasser nicht verrotten. Wir wollen das Bußgeld für das Wegwerfen von Zigarettenstummeln anheben.

Wir stehen für konsequenten Meeresschutz

Die Meere sind der Ursprung allen Lebens. Sie sind akut bedroht durch die Klimaerhitzung, durch Versauerung, durch gigantische Mengen von Plastikmüll sowie durch Überfischung. Wir GRÜNE wollen, dass Bremen auch weiterhin im Bund und in Europa als starke Stimme für mehr Meeresschutz eintritt. Um Umweltkatastrophen an der Nordsee effektiv zu bekämpfen, wollen wir das Havariekommando besser ausrüsten und schlagkräftiger organisieren.

Wir werden weiter daran arbeiten, dass unsere Häfen noch besser werden in Sachen Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Dazu gehört auch eine Versorgung von Schiffen mit sauberem Strom vom Land. Wir streben eine Hafengebühr mit einem Bonus-Malus-System ähnlich dem in Hamburg an, mit der Schiffe mit besonders starkem Abgasausstoß bestraft werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Bremens Dächer werden grün**

Gründächer haben drei wichtige Funktionen: Sie dienen als Wasserspeicher, wenn es stark regnet, sie sind Lebensraum für Insekten und sie wirken als natürliche Klimaanlage für das darunterliegende Gebäude.

Wir wollen die bremischen Dächer begrünen und fangen mit den öffentlichen Dächern an. Außerdem fordern wir Gründächer bei Neubauten und werden bei Gewerbebauten mehr Grün auf dem Dach fördern.

- **Schutz der Insekten**

Wir bieten Bienen und anderen Insekten eine bessere Umwelt in unseren beiden Städten. Mit uns blüht das öffentliche Grün auf und wird so insektenfreundlicher. Weil Gewerbegebiete in Bremen und Bremerhaven große Flächen in Anspruch nehmen, wollen wir diese ökologisch aufwerten, damit Mensch und Tier sich dort wohler fühlen.

- **Weser und ihre Ufer beleben**

Wir wollen die Ufer der Weser und ihrer Nebenflüsse renaturieren, mehr Strände und Zugänge zum Wasser schaffen. Wümme, Ochtum, Geeste, Hamme, Lesum, aber auch die kleineren fließenden und stehenden Gewässer werden ökologisch aufgewertet. Wichtig ist uns, das Wegbrechen der Ufer an der Wümme zu stoppen. Die Weser wird wieder zum Mittelpunkt der Städte und ein Naherholungsgebiet für die Bremerinnen und Bremer.

Bremen und Bremerhaven in Bewegung

Wir alle sind tagtäglich mobil. Wir wollen schnell, bequem und sicher von einem Ort zum anderen kommen. Wichtig ist für uns GRÜNE und viele Bremer*innen dabei, dass wir mobil sein können ohne Dreck, Lärm, Staus und Unfälle. Dafür braucht es die klimaschützende Verkehrswende. Wir setzen auf den Umweltverbund aus ÖPNV, Radfahrer*innen und Fußgänger*innen und fördern ihn.

Wir stärken die Fußgänger*innen

Gerade in einer Stadt wie Bremen brauchen wir gute Wege und guten Schutz für die Fußgänger*innen. Wir wollen den Fahrrad- und Fußverkehr stärker voneinander trennen, damit niemand um Platz konkurrieren muss. Verkehrsknoten und Kreuzungen müssen fußgängerfreundlich umgestaltet werden, beispielsweise mit reduzierten Wartezeiten an Ampeln und, wo nötig, mit verlängerten Grünphasen. Niemand steht gerne mitten auf der Kreuzung auf einer Verkehrsinsel, während Autos um eine*n herumdüsen. Als Pilotprojekte sollen für Fußgänger*innen Countdown-Ampeln erprobt und Diagonalquerungen geprüft werden. Dabei sind alle Ampeln für Fußgänger*innen gleichzeitig grün, während alle Autos stehen. So kann man sicher quer über die Kreuzung abkürzen. Die Umschaltphasen an Ampeln wollen wir besser für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen schalten und somit die Wartezeiten verkürzen.

Ampeln sind leider teuer. Eine gute, billige und zeitsparende Maßnahme sind Zebrastreifen, davon brauchen wir wieder mehr in Bremen, auch in verkehrsberuhigten Zonen! Wir werden prüfen, wo ein Einsatz sinnvoll ist und wie die Zebrastreifen möglichst barrierearm gestaltet werden können. Wir achten dabei auch auf Ruheinseln mit Sitzmöglichkeiten zum Ausruhen, um Einkäufe kurz abzustellen oder für eine kurze Verschnaufpause.

Wir fördern den Fahrradverkehr

Fahrradfahren ist Klimaschutz pur. Der Radverkehr senkt Schadstoffwerte von Feinstaub und Kohlenstoffdioxid. Gleichzeitig ist Radfahren gesund und steigert die individuelle Fitness und Vitalität. Damit das Fahrrad für noch mehr Menschen Verkehrsmittel Nr. 1 wird, gestalten wir Bremen und Bremerhaven als Fahrradstädte. Wir werden die Finanzmittel für den Radverkehr in einem ersten Schritt vervierfachen. Für die Beschleunigung der großen Vorhaben wie Fuß- und Fahrradbrücken, Fahrradmodellquartiere und Radpremiumrouten sowie die vielen kleinen Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs muss parallel mehr Personal dafür bereitgestellt werden. Wir bauen geschützte Radwege, sogenannte „protected bike lanes“, und sanieren das bestehende Radwegenetz. Lücken werden wir schließen und schlecht verbundene Fahrradwege koppeln.

Wir wollen eine vorbildliche Fahrradinfrastruktur schaffen. Wichtige Projekte sind für uns mehr grüne Wellen für Radfahrer*innen, insbesondere auch an Kreuzungen, und ein weiterer Ausbau von Fahrradstraßen. Die Fahrradpremiumrouten müssen ihrem Namen gerecht werden. Alle Radwege müssen verstärkt von Bewuchs frei gehalten werden. Der Winterdienst wird intensiviert.

Wir wollen jedes Jahr 500 neue Fahrradstellplätze schaffen und von Schrott freihalten. Die guten Erfahrungen des deutschlandweit ersten Fahrradmodellquartiers in der Alten Neustadt wollen wir nutzen, um weitere innovative Fahrrad-Ideen in andere Stadtteile zu bringen. Das sind mehr sichere Fahrradstellplätze, kleinere Fahrradgaragen in den Stadtteilen, sichere, holperfreie Fahrbahnen, gut geführte, gut markierte und abgesicherte Radwege, ein Fahrrad-Repair-Café, Lastenfahrrad-Verleih, Pumpstationen und Bike-Sharing, um nur einige Verbesserungen zu nennen. Durch Bundesprogramme werden Fahrradmodellquartiere, Fußgänger- und Fahrradbrücken finanzierbar. Wir setzen uns für eine

systematische Fördermittelstrategie ein, um noch mehr Mittel aus Bundesprogrammen zu erhalten. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene für weitere Förderprogramme ein.

E-Bikes und Lastenfahrräder sind eine tolle Alternative zum Auto. Wir schaffen mehr Leihangebote in Bemen und Bremerhaven. Hiermit können bequem längere Strecken zurückgelegt und Kinder oder Einkäufe transportiert werden. Wir werden für mehr adäquate Abstellmöglichkeiten für Lastenräder sorgen. Damit den Radfahrer*innen nicht die Energie ausgeht, brauchen wir mehr E-Bike- Ladestationen. Zum entspannten und klimafreundlichen Transportieren von beispielsweise Waren und Einkäufen oder für den Umzug per Fahrrad braucht es landesweite Lastenfahrräder-Leihstationen. Für uns ist das Fahrrad das urbane Verkehrsmittel der Zukunft!

Attraktiver ÖPNV für alle

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) entlastet alle in der Stadt, macht die Luft sauberer und die Menschen mobil. Daher setzen wir hier auf einen konsequenten Ausbau, insbesondere auch in die Neubau- und Randgebiete. Das ÖPNV- Angebot wird attraktiver. Wir werden das „365 €-Jahresticket“ nach dem Vorbild von Wien in Bremen einführen. Das Stadtticket soll dann die Hälfte kosten und auch für einzelne Monate gelöst werden können. Fahrten zwischen dem Umland und der Stadt sollen deutlich preiswerter werden, um mehr Pendler*innen zum Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen. Wir werden mit den Umlandgemeinden Gespräche darüber führen, um sie in das 365 €-Jahresticket einzubeziehen und im Gleichklang das Angebot zu verbessern. Beim Ausbau der Linien der Straßenbahn werden wir auf Schnelligkeit, eine gute Taktung, kürzere Fahrzeiten und bessere Anbindung an den Stadtrand und die Stadtrandbereiche und auch ins Umland achten, insbesondere in den Morgen- und Abendstunden sowie an Sonn- und Feiertagen.

Alle Stadtteile Bremens und das niedersächsische Umland sollen für die Anwohner*innen bequem und gut mit dem ÖPNV erreichbar sein. Die Verlängerung der Linien 1 und 8 wird wie beschlossen umgesetzt, wenn Baurecht für beide Linien besteht. Wichtige weitere Schritte sind die Verlängerung der Straßenbahnlinien von Sebaldsbrück nach Osterholz, vom Weserwehr durch die Malerstraße sowie die Querverbindung Ost, die Querverbindung von Horn nach Schwachhausen, die Erschließung der Überseestadt bis zum Wendehafen und perspektivisch zunächst von Gröpelingen nach Oslebshausen und dann zum Bahnhof Burg.

Bremen, Bremerhaven, Bremen-Nord und umzu müssen gut miteinander vernetzt werden. Wir fordern ÖPNV-Schnellbusse wie zum Beispiel von Bremen-Nord zur Universität als eine gute Möglichkeit, die Universität für Studierende aus Bremen-Nord besser erreichbar zu machen. Auch die Studierenden, die in Bremerhaven wohnen, sollen schneller zur Universität Bremen kommen können.

Neubauggebiete werden wir von Anfang an mit einer guten ÖPNV-Anbindung planen. Wo es verpasst wurde, müssen wir nachbessern: Die Überseestadt braucht endlich eine bessere Straßenbahnanbindung.

Das Straßenbahnnetz soll größer werden und durch Einkauf-Fahrservice und attraktive Park&Ride-Angebote am Stadtrand ergänzt werden. Wichtig ist uns dabei, dass es gute Übergänge zwischen den einzelnen Verkehrsträgern gibt. Es braucht genügend Fahrradstellplätze in der Nähe von Bahn- und Bushaltestellen und gute zeitliche Anbindungen für Pendler*innen. Hier nutzen wir auch die Chancen der Digitalisierung für ein modernes und attraktives Mobilitätskonzept, unter Wahrung von Teilhabe und Datenschutz. Bei all dem setzen wir darauf, dass bis 2030 der ÖPNV elektrisch und emissionsfrei wird. Wir verstärken den Einsatz von emissionsfreien Bussen und fördern Modellprojekte für autonom fahrende Kleinbusse.

Integrierend setzen wir als Stadt am Fluss auf die Weser als Verkehrslinie. Hierbei kann die Sielwallfähre als gutes Beispiel vorangehen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie und die „Pusdorp“-Fähre in den VBN integriert werden. Ebenfalls werden wir die Fähren Vegesack–Lemwerder, Blumenthal–Motzen und Farge–Berne in den VBN integrieren. Die Fähren wollen wir mit besseren Park&Bike-Angeboten an den Anlegern stärken. Dabei kommt es vor allem auf die Verbindung mit dem Fahrrad und dem ÖPNV zum Arbeitsplatz an. Wir setzen uns dafür ein, dass die Fähren auf der Weser mit Elektroantrieben ausgestattet sind.

Die Verbesserung des Regio-S-Bahn-Netzes und seine Verknüpfung mit den lokalen Verkehren ist ein zentraler Baustein, um Pendler*innen zum Umstieg vom Auto zu motivieren. Wir werden die Taktzeiten weiter verbessern und zügig weitere Haltepunkte als Mobilitätsdrehscheiben schaffen, wie zum Beispiel Universität/Technologiepark und Arbergen. In Kooperation mit dem VBN soll der Kauf von Falträdern gefördert werden. Auf den Strecken der RS1 und RS2 soll in den Hauptverkehrszeiten ein 20-Minuten-Takt eingeführt werden, zwischen Bremen-Hauptbahnhof und Bremen-Vegesack ein 10-Minuten-Takt.

Von Bremen in die Welt

Bremen ist über seine Häfen, die Bahnhöfe, den innerstädtischen Flughafen und den neu entstehenden Fernbusterminal national und international gut vernetzt. Den Flugverkehr und die Schifffahrt möchten wir auf einen nachhaltigen Kurs bringen. Wir wollen, dass die EU sich auf internationaler Ebene für klare Klimaziele für die Schifffahrt und den Flugverkehr einsetzt. Wir setzen uns daher auf europäischer Ebene dafür ein, einheitliche Regelungen zu schaffen, die emissionsarme Kraftstoffe wie Wasserstoff aus erneuerbaren Energien in der Schifffahrts- und Flugindustrie fördern. Landstromanschlüsse für Kreuzfahrt-, Container- und Frachtschiffe sollen europaweit verbindlich werden. Wir setzen auf eine konsequente Nutzung der Schiene, sowohl beim Güter- als auch Personenverkehr. Wir setzen uns dafür ein, dass Flugreisen entsprechend ihrem Beitrag zum Klimawandel den gesellschaftlichen Folgekosten gerecht und damit deutlich teurer werden.

Beim Güterverkehr muss für eine Verkehrsentlastung gesorgt werden. Das steigende Güterverkehrsaufkommen muss vorrangig von der Straße auf die Schiene gebracht werden. Wir setzen weiterhin auf die verstärkte Hinterlandanbindung am Überseehafen in Bremerhaven. Wir wollen den Ausbau und die Elektrifizierung der Eisenbahnlinien Bremen–Uelzen–Stendal und der EVB-Bahnstrecken über Bremervörde. Beides wollen wir bis 2025 erreichen. Von weiteren Gleisen und einem Ausbau wird die Hafen- und Logistikwirtschaft weiterhin profitieren.

Der Güterverkehr und die Logistik sind traditionell sehr starke Bremer Wirtschaftszweige. Um die Arbeitsplätze zu sichern, wollen wir die Bremer und Bremerhavener Logistikunternehmen dabei weiter unterstützen, klimafreundlicher, smarter, effizienter und leiser ihre Transporte zu organisieren. Hierzu gestalten wir mit bei der Digitalisierung, unterstützen Blockchain, sind Pioniere der künstlichen Intelligenz und umweltfreundlicher Antriebe, auf dem Land und auf dem Wasser.

Die Debatte rund um den neuen Deutschland-Takt hat viele Hoffnungen geweckt, die schließlich unerfüllt blieben. Die Deutsche Bahn will Bremerhaven bisher nicht ans Fernverkehrsnetz anbinden. Das wollen wir ändern. Zudem setzen wir uns für günstigere Tarife für Fahrten von und nach Bremerhaven ein.

Für saubere Luft und weniger Lärm in Bremen

Feinstaub und Stickoxide sind ungesund, Lärm macht krank. Häufig sind gerade ärmere Menschen von Umweltbelastungen und den Folgen betroffen. Das werden wir ändern und die Verkehrs-, Lärm- und Abgasbelastung in Bremen reduzieren.

Tempolimits sind sehr wirksam, um die Lärm- und Schadstoffbelastung zu reduzieren. Zur weiteren Lärmreduzierung braucht es Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Tempo 80 für Pkw/Motorräder und Tempo 60 für Lkw von 22 Uhr abends bis 6 Uhr morgens auch auf Autobahnen, die entlang oder durch Wohngebiete führen.

Bremens Schienenverkehr kann noch sauberer und leiser werden. 95 Prozent des Streckennetzes im Land Bremen sind elektrifiziert. Wir unterstützen die Anstrengungen zur hundertprozentigen Elektrifizierung des Bahnverkehrs im Land Bremen durch das Schließen von Elektrifizierungslücken im Netz wie auch den Einsatz von Akku- und Hybridloks sowie Eisenbahnfahrzeugen mit Brennstoffzellen und Wasserstoffantrieb anstelle von dieselbetriebenen Fahrzeugen.

Weiterer aktiver Lärmschutz gelingt mit Flüsterasphalt auf Autobahnen und weiteren Maßnahmen gegen Bahnlärm. Güterzüge müssen technisch umgerüstet werden. Bremen braucht eine Umgehungsstrecke für den Güterverkehr. Wir werden uns für Lärmschutzwände an den Bahnstrecken, Autobahnen und Autobahnzubringern einsetzen, mit dem Ziel eines lückenlosen Lärmschutzes. Auch die Erneuerung von alten und zu niedrigen Lärmschutzwänden werden wir berücksichtigen. Beim innerstädtischen Flughafen fordern wir weiterhin eine konsequente Nachtruhe zwischen 22 und 6 Uhr. Nachtflüge sollen nur mit Sondergenehmigungen und in Notfällen stattfinden dürfen. Die Bearbeitung von Fluglärmbeschwerden und die Erteilung von Sondergenehmigungen für Nachtflüge wollen wir zusammenlegen und im Umweltressort bündeln.

Wir setzen uns für Umweltzonen ein und wissen, dass wir klare Konsequenzen aus dem Diesel-Skandal ziehen müssen: Wir müssen schrittweise raus aus dem Verbrennungsmotor, rein in die emissionsfreien Antriebe. Zur Reduzierung der Luftschadstoffbelastung muss die Elektromobilität basierend auf erneuerbaren Energien ausgebaut und die dafür notwendige Infrastruktur geschaffen werden.

Keine Angst im Verkehr – für mehr Sicherheit

Wir alle sind viel im Straßenverkehr unterwegs und kennen gefährliche Situationen. Davon gibt es noch zu viele in unseren Städten. Wir wollen die Unfallzahlen durch ein integriertes Gesamtkonzept deutlich senken. Unfallschwerpunkte wie am Brill wollen wir dadurch in den Griff bekommen. Gefahren müssen erkannt und beseitigt werden. Sicherheit planen wir bei Straßenneubauten mit, Kreuzungen werden mit angepassten Ampelphasen, deutlichen Markierungen und Abtrennungen entschärft.

In den vergangenen Jahren haben wir an vielen Stellen der Stadt eine Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 durchgesetzt, zur Lärm- und Schadstoffreduzierung, für größere Sicherheit. Wir werden das zügig vor allen Kitas, Schulen, Seniorenheimen und Krankenhäusern zu Ende führen. Wir alle haben die tragischen Unfälle von Radfahrer*innen mit Lkw in Bremen und weiteren Städten mitbekommen. Das darf nicht mehr vorkommen. Wir machen uns stark für eine Abbiegeassistenten-Pflicht bei Lkw. Freie Sicht ist notwendig, damit sich die Verkehrsteilnehmenden besser sehen und wahrnehmen. Wir wollen keine Verkehrstoten und Schwerstverletzten mehr in Bremen und Bremerhaven.

Autofreie Innenstadt – verkehrsberuhigte Stadt

Wir wollen die autofreie Innenstadt bis 2030. Dies werden wir gemeinsam mit den Geschäftsleuten und Anwohner*innen planen. Vollgeparkte Straßen, Stau, Lärm und Abgase sind schlecht für die Stadt. Entscheidend für eine lebenswerte, grüne und familienfreundliche Stadt sind Platz zum Leben und Spielen, saubere Luft, sichere Verkehrsteilnahme für alle und eine Innenstadt mit hoher Aufenthaltsqualität. Wir wollen die Innenstadt und den gesamten Bremer Stadtbereich vom vielen Auto- und Pendlerverkehr weitgehend entlasten und setzen auf eine konsequente Verkehrsberuhigung.

Für die Geschäftsführer*innen stadteigener Unternehmen und solcher Unternehmen, in denen die Stadt mehrheitlich Anteile hält, schaffen wir arbeitsvertragliche Regelungen zur auch privaten Nutzung von Dienstwagen ab. Stattdessen werden Dienstfahrrad-, Bahncard- und Carsharing-Regelungen angeboten.

Im Lieferbetrieb soll die Innenstadt emissionsfrei werden. Hier setzen wir auf Elektromobilität, Lastenräder und „Micro-Hubs“, also kleinere Paketstationen. Wir brauchen eine Innenstadt mit hoher Aufenthaltsqualität, die zum Schlendern und Wohlfühlen einlädt.

In den Stadtteilen werden wir die Infrastruktur stärken – für eine Stadt der kurzen Wege. Darunter verstehen wir die Möglichkeit für alle, sich innerhalb ihres Quartiers barrierefrei bewegen zu können und unter anderem den Einzelhandel fußläufig erreichen zu können. Die Abdeckung des täglichen Bedarfs, insbesondere auch für in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen, muss in den jeweiligen Stadtteilen möglich sein.

Wir unterstützen den raschen Ringschluss der Autobahn A281 mit dem Bau des Wesertunnels zur Entlastung der Stadt.

Verantwortung für den Parkraum

Parkraum nimmt viel Platz weg für städtische Lebensqualität in Bremen. Der Parkraum in Bremen muss reduziert werden. Wir setzen uns für die Modernisierung der Stellplatzverordnung ein. Bei jedem Bauvorhaben sollen zukünftig verpflichtend mindestens 50 Prozent der Stellplätze durch Maßnahmen des Mobilitätsmanagement wie Carsharing oder Zeitkarten ersetzt werden. Das erleichtert autoarme oder autofreie Bauvorhaben. Um die Wohnviertel von Autos zu befreien, werden wir Quartiersparkplätze und -garagen für Autos und für Fahrräder einrichten. Es braucht parkverkehrsfree Wohnstraßen. Freiwerdende Flächen können wir für Fahrradstraßen, Grünflächen und Spielstraßen nutzen. Entscheidend ist es, Falschparken konsequent zu ahnden. Es kann nicht sein, dass falsch parkende Autos und verkehrswidrig abgestellte Fahrräder Geh- und Fahrradwege, enge Straßen, Rettungswege, Einmündungen versperren und anderen die Sicht nehmen. Dafür braucht es mehr Parkkontrollen. Mit der weiteren Ausweisung von bewirtschafteten Lieferzonen für kleine und mittlere Lkw ordnen wir den öffentlichen Raum.

Für die Ladesäulen der Elektroautos werden wir einen Plan erstellen, der das Laden in Wohnstraßen und die Straßenraumgestaltung regelt. Für Neu- und Bestandsbauten ermöglichen wir das Laden in Garagen. Mit uns wird es eine maßvolle Anwendung der Nutzungsvorteile für Elektroautos durch das Elektromobilitätsgesetz geben.

Die Bremer*innen können sich darauf verlassen, dass sie auch in Zukunft mit privaten Pkw zur Arbeit fahren können, wenn es keine bessere Alternative wie Fahrrad oder Straßenbahn gibt. Oft ist der Pkw das direkteste Verkehrsmittel zum Arbeitsplatz. Da die Zahl der PKW ständig steigt, wollen und müssen wir den Parkraum vielerorts bewirtschaften. Dadurch können die Pendler*innen auch abends einen Parkplatz finden und morgens schnell zur Arbeit kommen. Insbesondere soll das gefährliche Falschparken eingedämmt werden. Wir GRÜNE wollen die Verkehrswende hin zu weniger Pkw mit den Bremer*innen zusammen gestalten und konsequent und verantwortlich umsetzen.

Wir werden konsequent den Parkraum bewirtschaften und mehr Parkraum für Fahrradstellplätze und Mobilpunkte für das Carsharing zulasten des allgemeinen Kfz-Parkraums schaffen.

Der Umweltverbund hat für uns Priorität. Wir setzen auf mehr Straßenbahnen, Elektrobusse, Carsharing, Elektrotaxen und alternative Antriebe in öffentlichen Fuhrparks. Pedelecs bieten für Pendler*innen und

andere Nutzergruppen eine bessere Möglichkeit zum Pkw. Daher werden wir sicheres Abstellen und Lademöglichkeiten fördern.

Carsharing

Carsharing reduziert die Anzahl von Autos und schafft Freiflächen. In Bremen ist Carsharing bereits ein Erfolgskonzept. Wir brauchen weitere Stationen und Anbieter, insbesondere auch in Bremen-Nord, Bremerhaven und an den Stadträndern. Wir werden dafür sorgen, dass Carsharing in Bremen zukünftig vermehrt mit E-Autos möglich ist.

Barrierefrei bewegen können

Unabdingbar ist es für uns GRÜNE, Barrierefreiheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen zu schaffen und zu erhalten: Bordsteine müssen an Querungsstellen abgesenkt und Unebenheiten beseitigt werden. Wir müssen Falschparken konsequent verhindern, insbesondere an Einmündungsbereichen, aber auch aufgesetztes Parken. Nur so können sich Menschen mit Kinderwagen, Rollatoren und im Rollstuhl barrierefrei und sicher bewegen, können die Müllabfuhr und die Feuerwehr ohne Hindernisse durch die Straßen kommen. Die Bus- und Bahnhaltstellen werden wir, soweit noch nicht erfolgt, alle barrierefrei gestalten und dabei die Radwege weiter führen. Dort, wo das historische Straßenpflaster mit den angrenzenden Altbremer Häusern ein baukulturell stimmiges Gesamtbild ergibt, erhalten wir das Pflaster und erhöhen die Gebrauchstauglichkeit durch gut verlegte und nach Möglichkeit abgeflachte Steine. Wir sind aber im Sinne der Barrierefreiheit auch für die Ausbauphase in Asphalt, weil diese insbesondere für Radfahrer*innen und mobilitätseingeschränkte Menschen wesentlich nutzungsfreundlicher ist.

Der ÖPNV muss so umgestaltet werden, dass er in der Regel ohne fremde Hilfe für alle Bürger*innen nutzbar ist. Dafür werden wir, soweit noch nicht erfolgt, alle Bus- und Bahnhaltstellen sowie die Fahrgastinformation barrierefrei gestalten.

Smart Mobility-Konzept

Wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung für das Ziel eines „emissionsfreien Bremens“ und der Erhöhung der Lebensqualität. Durch eine bessere Vernetzung von ÖPNV, Radfahrer*innen, Fußgänger*innen und Carsharing – und perspektivisch die Ergänzung um autonome Kleinbusse – erhöhen wir den Mobilitätskomfort und verringern den Individualverkehr.

Autonomes Fahren könnte in Zukunft unser Bild von Städten radikal verändern. Wir wollen die technischen Innovationen für gesellschaftliche Verbesserungen nutzen. Teilhabe für alle und uneingeschränkter Datenschutz sind für uns in der Nutzung der Digitalisierung unabdingbar. Für das Thema autonomes Fahren werden wir unseren Hochschul- und Wirtschaftsstandort nutzen, um eine Vorreiterposition im Hinblick auf grün-smarte Mobilität einzunehmen. Projekte und Testfelder werden wir fördern.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Klimaschutz durch Fahrradfahren**

Wir gestalten Bremen als echte Fahrradstadt. Zur Schule, zur Arbeit, in die Stadt oder an die Badeseen: Wir brauchen gute, sichere Wege für Fahrradfahrer*innen, damit noch mehr Bremer*innen Lust haben, ihre Wege auf dem Fahrrad zurückzulegen. Um das Fahrrad als attraktives Verkehrsmittel weiter zu etablieren, bauen wir „protected bike lanes“, sanieren und verbessern das bestehende Radwegnetz. Dafür werden wir

die Mittel für den Radverkehr in einem ersten Schritt vervierfachen. Für die Beschleunigung der großen Vorhaben muss parallel mehr Personal bereitgestellt werden.

- **Attraktiver ÖPNV für alle: 365 €-Jahres-Ticket und Ausbau des Straßenbahnnetzes**

Wien hat es erfolgreich vorgemacht: das 365 €-Jahres-Ticket – 1 € am Tag für die Nutzung des kompletten Bus- und Bahnnetzes. Wir möchten die Nutzung und das Angebot des ÖPNV stärken und attraktiver machen. Denn öffentlicher Nahverkehr entlastet alle in der Stadt, macht die Luft sauberer, reduziert die Anzahl von parkenden Autos und ist ein bequemes und praktisches Fortbewegungsmittel.

- **Autofreie Innenstadt**

Wir wollen die autofreie Innenstadt bis 2030. Dies werden wir gemeinsam mit den Geschäftsleuten und Anwohner*innen planen. Wir wollen dafür sorgen, dass es Raum zum Bummeln und Entspannen gibt. Im Lieferbetrieb soll die Innenstadt emissionsfrei sein. Hier setzen wir auf Konzepte wie Elektromobilität und Lastenräder.

Tierrechte, gute Landwirtschaft und gutes Essen für alle

Wir GRÜNE setzen uns für die Rechte von Tieren ein: zu Hause, in der Stadtnatur, in der Forschung, aber vor allem in der Landwirtschaft. Tierleid, Güllefluten, verschmutztes Wasser, zunehmend unfruchtbare Böden, Artensterben, Gift auf dem Acker und im Essen sind Folgen der industriellen Massentierhaltung. Wir wollen eine grüne Landwirtschaft, die sich an der Gesundheit der Menschen und dem Schutz von Tieren und Umwelt ausrichtet und die Lebensgrundlagen von morgen erhält. Deshalb kämpfen wir für eine grüne Agrarwende – auch auf europäischer Ebene.

Wir GRÜNE streiten für gutes Essen ohne Gift und Gentechnik. Immer mehr Menschen legen Wert auf regionale, nachhaltig erzeugte und gesunde Lebensmittel. Wir wollen, dass sie ein gutes und vielfältiges Angebot haben. Verbraucher*innen wollen wissen, was in ihren Lebensmitteln enthalten ist. Deswegen setzen wir uns für eine verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln ein. Kinder sollen in Kitas und Schulen mit gutem und gesundem Essen versorgt werden.

Vielfältige naturschonende Landwirtschaft

Bremen ist kein Standort für intensive Landwirtschaft, Massentierhaltung, Gentechnik und Agrargas aus Ackerfrüchten. Wir werden einen Zukunftsplan für die bremische Landwirtschaft erarbeiten mit den Zielen Erhalt vielfältiger bäuerlicher Strukturen, Aufbau ergänzender Einkommensquellen, Steigerung des Anteils der Biobetriebe und Weiterentwicklung der landschaftspflegenden Kompetenzen bei finanzieller Absicherung unter den neuen Rahmenbedingungen der EU-Agrarförderung. Die erfolgreiche verbändegetragene Betreuung der Bremer Schutzgebiete mit ihrer Orientierung an einer engen Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Betrieben werden wir langfristig absichern. Gülle-, Dung- und Gärrestimporte aus Niedersachsen schließen wir aus. Landwirt*innen, die ökologisch wirtschaften, sollen von ihrer Arbeit gut leben können. Wir wollen faire Preise für landwirtschaftliche Produkte und fördern die regionale Vermarktung.

Landwirt*innen für den Biodiversitäts- und Tierschutz gewinnen

Wir GRÜNE setzen auf 100 Prozent „Bio“ und fordern eine Kennzeichnung von Haltungs- und Transportbedingungen für alle, auch verarbeitete Tierprodukte. Dabei sollen die Stufen ambitionierter sein als das EU-Bio-Siegel, um einen Rahmen für ambitioniertere Tierhaltung zu bieten, beispielsweise ganzjährige Weidehaltung oder Schlachtung vor Ort. So können die Menschen feststellen, aus welcher Haltungsart das Produkt stammt. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine massive Verschärfung der gesetzlichen Haltungsbedingungen für Tiere in der Landwirtschaft ein und wollen diese mittelfristig oberhalb der derzeitigen EU- Ökoverordnung ansiedeln, deren Standards wir ebenfalls anheben wollen. Davon profitieren auch Bremer Landwirt*innen, die Tiere schon heute oberhalb der Mindeststandards halten.

Im Land Bremen sollen die Landwirt*innen ab 2020 mit einer an ökologischen Kriterien ausgerichteten Weideprämie bestärkt werden, den Tieren möglichst ganzjährig eine Auslaufmöglichkeit zu bieten. Das ist nicht nur gut für die Rinder, die Weidehaltung ist auch für den Erhalt der Biodiversität unverzichtbar. Durch die Unterstützung der Weidewirtschaft unterstützen wir auch die bodengebundene Bremer Landwirtschaft mit vielen mittleren und kleinen Familienbetrieben. Mit freiwilligen Förderprogrammen zum Erhalt der Biodiversität und einer gezielten Beratung ermöglichen wir den Bremer Landwirten und Landwirtinnen, spezielle Naturschutzmaßnahmen in ihre Betriebe zu integrieren und so die Biodiversität zu erhalten.

Wir GRÜNE setzen uns außerdem, wo wir können, dafür ein, dass der Markt die Biodiversitätsleistungen der Landwirtschaft honoriert und so mittel- bis langfristig Förderprogramme überflüssig macht.

Urbanes Gärtnern ist im Kommen

Wir erweitern die „Essbare Stadt“ um mehr Gemüse und Obst für die Bremer*innen. Wir GRÜNE setzen uns für eine Erweiterung der Nutzung von Kleingartengebieten ein. Zusammen mit den Kleingartenvereinen und Stadtgarten-Initiativen wollen wir mehr Gemeinschaftsgärten für das urbane Gärtnern (Urban Gardening) entwickeln. Streuobstwiesen sollen wieder mehr Einzug in Kleingartengebiete und öffentliche Grünflächen erhalten, um alten, schon längst vergessenen Obstsorten wieder einen Platz in der Stadt zu geben. Zurzeit noch brachliegende Flächen in den Siedlungen wollen wir zum Gärtnern den Bürger*innen zur Verfügung stellen.

Wir fördern gesunde und pflanzliche Ernährung in Mensen und Kantinen

Immer mehr Berufstätige, Kinder, Schüler*innen und Studierende essen dort, wo sie arbeiten, spielen und lernen. Dabei wird pflanzliches, gesundes und vollwertiges Essen, gerade aus der Region und mit weniger Fleisch und Zucker, immer beliebter. Wir GRÜNE fördern das ausdrücklich. Das Thema gesunde Ernährung ist für uns wichtig. Wir haben durchgesetzt, dass in unseren Mensen und Kantinen zunehmend gesundes und klimafreundliches Essen auf den Tisch kommt. Zur gesunden Schule gehört auch die Verpflegung mit ausgewogenen und nahrhaften Lebensmitteln. In Schulen und Kitas werden wir als Vorreiter in Deutschland bis 2022 das Essen auf 100 Prozent „Bio“ umstellen, auf Nahrungsmittel aus ökologischer Landwirtschaft. Die Umsetzung des Aktionsplans „Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung“ werden wir weiterhin unterstützen und vorantreiben und auf weitere Institutionen, insbesondere das Studierendenwerk, ausweiten.

Für die Studierenden wollen wir ein besseres Angebot in den Mensen realisieren, das andernorts schon längst Standard ist; dazu gehört ein veganes Stammessen zu einem günstigen Preis. Stattdessen muss die Subventionierung von Fleischprodukten beendet werden.

Auch in allen anderen öffentlichen Kantinen soll es ein günstiges, vollwertiges veganes Angebot geben, weil pflanzliche Ernährung nicht nur für Umwelt und Mensch gut ist, sondern auch für unsere Tiere und das Klima. Eine gesunde, vollwertige Ernährung ist aber nicht nur für Kinder oder Arbeitende wichtig, sondern auch für die Schwächeren in unserer Gesellschaft. Gerade alte und kranke Menschen profitieren von einem gesunden Essen. Antibiotikabehandeltes Fleisch oder gespritztes Gemüse haben für uns in Krankenhäusern oder Altenheimen nichts zu suchen. Stattdessen muss auch dort schrittweise auf 100 Prozent Bio umgestellt werden.

Tierschutz institutionell stärken

Um den Schutz der Tiere durch Politik zu stärken, wollen wir das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen in Bremen verschärfen. Neben der Feststellungsklage sollen in Zukunft auch Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen möglich sein, damit Tierschutzvergehen nicht mehr nur im Nachhinein festgestellt, sondern bereits vorbeugend verhindert werden können. Wir wollen eine bezahlte Stelle eine*r Landestierschutzbeauftragte*n als zentrale Anlaufstelle für Bürger*innen zum Thema Tierschutz schaffen, außerdem soll das Landesveterinäramt personell, materiell sowie mit Befugnissen angemessen ausgestattet werden, um regelmäßige, unangekündigte Kontrollen von Tierhaltungen zu ermöglichen. Um ein Bewusstsein für den Umgang mit Tieren zu schaffen, sollen Tierschutz und Tierrechte Teil der Lehrpläne in Bremen werden.

Tiergerechte Haltung von Haustieren

Wir wollen, dass Haustiere gute Lebensbedingungen haben. Deswegen verbessern wir die Infrastruktur in den Städten und schaffen mehr Hundenausläufflächen in den Stadtteilen, installieren mehr Mülleimer und Tütenspender. Um sicherzustellen, dass Hunde gut gehalten werden und freilebende Tiere vor jagenden Hunden geschützt werden, machen wir uns stark für einen Sachkundenachweis für Halter*innen. Eine Kastrationspflicht für Katzen haben wir eingeführt.

Wir gehen gegen Tierversuche vor

Für Medikamente und Inhaltsstoffe von Kosmetika und Pflegeprodukten werden nach wie vor grausame Tierversuche durchgeführt. Wir GRÜNE lehnen Tierversuche ab und setzen uns auf Bundes- und EU-Ebene für strengere Regelungen ein. Aktuell ist es für Verbraucher*innen schwer, sich im Dschungel der Produktaufschriften und Siegel zu dieser Thematik zu orientieren. Solange es noch Tierversuche gibt, fordern wir deshalb die Einführung eines einheitlichen Siegels, das ausweist, ob Produkte mit Tierversuchen getestet wurden.

Wir wollen Tierversuche in der Forschung schnellstmöglich abschaffen. Wir werden keine Landesmittel für Projekte mit Tierversuchen ausgeben. Es soll grundsätzlich die Zustimmung der Ethikkommission erforderlich sein, um Tierversuche zu genehmigen. Wir fordern eine paritätische Besetzung der Kommission, in die die Hälfte der Mitglieder auf Vorschlag von Tierschutzverbänden berufen wird.

Tierverbrauch in der Lehre lehnen wir ab. Während angehende Humanmediziner*innen beispielsweise an Leichenteilen lernen, machen Biologiestudent*innen und andere immer noch Versuche mit lebenden Tieren. Dabei stehen viele bessere Alternativmethoden zur Verfügung. Wir wollen Ausbildung und Studium in Bremen tierverbrauchsfrei machen und dafür das Hochschulgesetz entsprechend korrigieren.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Mehr pflanzliche Ernährung in öffentlichen Mensen und Kantinen**

Pflanzliches Essen ist gut für Tiere, Klima, Umwelt und Gesundheit. Wir fördern deshalb pflanzliche Ernährung in Schulen und Kitas, Unimensen, Behördenkantinen und Krankenhäusern.

- **Eine klare Kennzeichnung für Fleisch und alle anderen Tierprodukte, Zucker und Fett**

Für Verbraucher*innen muss erkennbar sein, aus welcher Haltung Fleisch und alle anderen Tierprodukte stammen. Wir wollen den Zuckeranteil in Lebensmitteln reduzieren und sind für die Lebensmittel-Ampel, mit der sich auf einen Blick erschließt, wo Gesundheitsrisiken drohen.

- **Blütenbuntes Bremen**

Unsere heimischen Tier- und Pflanzenarten, insbesondere unsere Insekten, brauchen intakte Lebensräume. Daher fördern wir mehr Urban Gardening, die essbare Stadt und Fassadenbegrünung.

L(i)ebenswerte Großstadt

Bremen ist schön und grün, die Menschen leben gerne hier. Auch in Bremen steigen die Mieten und Hauspreise. Aber insgesamt noch nicht so stark wie in vergleichbaren Städten. Bei uns konzentriert sich der ungehemmte Anstieg auf einige besonders begehrte Stadtteile und zwingt Wohnungsuchende, sich anderswo auf die Suche zu machen. Wer in Bremen ein sehr geringes Einkommen hat, hat es nicht leicht, eine Bleibe zu finden. Die Konzentration von Armut in einigen Stadtteilen macht es für die betroffenen Menschen besonders schwer, für sich und ihre Kinder eine gute Zukunft zu erreichen. Diese Sackgasse wollen wir aufbrechen. Wir stehen für eine Politik des sozialen Zusammenhalts. Wir wollen dazu beitragen, dass die Menschen aus den unterschiedlichen Milieus und Kulturen in Nachbarschaften zusammenleben können. Wir wollen, dass es gute und bezahlbare Wohnungen in jedem Quartier gibt und dass eine ordentliche Infrastruktur, die Kitas und Schulen, die großen und kleinen Parks in jedem Stadtteil ein gutes Leben möglich machen.

Sorgsam mit der knapper werdenden Fläche umgehen

Die Stadt hat in den letzten zwei Jahrzehnten viel von ihrem Grundbesitz verkauft. Diese Strategie war aus der Not geboren, aber sie ist auf Dauer nicht sinnvoll. Denn die eigenen Handlungsmöglichkeiten werden eingeschränkt, und in Bremen werden die Flächen knapp. Wir wollen, dass es auch in Zukunft noch Platz gibt für sozialen Wohnungsbau, für bezahlbaren Wohnraum, für Schulen, Kitas und Spielplätze. Es ist nun Zeit für eine Kehrtwende. Bremen soll wieder aktiv und strategisch Flächen für die Stadtentwicklung erwerben und seine Vorkaufsrechte stärker nutzen. Es hat sich nicht bewährt, die zentralen Flächen nur durch private Investoren zu entwickeln. Stattdessen wollen wir ökologisches und soziales Bauen durch Direktvergabe und Konzeptausschreibung fördern.

Damit die Stadt als Eigentümerin die Deutungshoheit über eine soziale und ökologische Stadtentwicklung wiedererlangt, werden wir städtische Grundstücke grundsätzlich nur noch im Erbbaurecht mit attraktivem Erbbauzins vergeben. Denn wer den Boden besitzt, kann auf vieles Einfluss nehmen: die soziale Mischung, die Bauweise, den Anteil und die Art von Gewerbe und natürlich auch das Verkehrskonzept. Wir werden deshalb einen Bodenfonds zum Ankauf von Grundstücken auflegen.

Die GRÜNEN unterstützen den Vorschlag, eine Stadtentwicklungsgesellschaft zu gründen und ihr einen großen Teil der strategisch wichtigen Grundstücke aus den Sondervermögen der Ressorts Bau, Wirtschaft und Finanzen zu übertragen. Der Aufbau dieser Gesellschaft wird nur schrittweise möglich sein. Sie soll ein Instrument der integrierten und strategischen Stadtentwicklung werden und dazu beitragen, die Zersplitterung der Zuständigkeiten und Ressourcen zwischen den Senatsressorts zu überwinden.

Kehrtwende in der Bodenpolitik: strategischer Aufkauf von Grundstücken

An vielen Straßenecken drehen sich die Kräne. Das grüne Bauressort hat seit 2014 Bauanträge für über 10.000 neue Wohnungen genehmigt. Wir nehmen die Investoren in die Pflicht, dass aus diesen Baugenehmigungen rasch Wohnungen werden. Wo neue Bebauungspläne aufgestellt werden oder städtischer Grund verkauft wird, muss ein Viertel der Wohnungen nach den Regeln des sozialen Wohnungsbaus geschaffen werden. Die bisherigen wohnungspolitischen Anstrengungen reichen jedoch nicht. Wir halten es deshalb für notwendig, die Zahl der geförderten Wohnungen in den nächsten 8 bis 10 Jahren wieder auf 10.000 zu steigern. Zu diesem Zweck wollen wir die Quote für den geförderten Wohnungsbau auf 30 Prozent erhöhen und, wenn nötig, mit bremischen Haushaltsmitteln Mietpreisbindungen sowie Belegungsrechte im Bestand der großen Wohnungsbaugesellschaften erwerben und die Bindung deutlich verlängern. Das schafft Sicherheit für die Mieterinnen und Mieter.

Aber auch nach Auslaufen der Mietpreisbindung müssen die Mieten dauerhaft stabil bleiben, um ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum zu haben. Bei zukünftigen Quartiersentwicklungen werden wir in städtebaulichen Verträgen entsprechende Regelungen durchsetzen.

In den Quartieren mit besonders hohen Grundstückspreisen werden wir für Genossenschaften und Baugemeinschaften, die eine besondere soziale oder kulturelle Leistung für das Quartier erbringen, die gleichen kostenmindernden Regeln für das Bauland anwenden wie beim geförderten Wohnungsbau. Neben dem geförderten Wohnungsbau wollen wir auch das Segment des mittleren Mietpreises ausbauen und somit die Schere zwischen gefördertem und hochpreisigem Wohnraum schließen.

Beim Wohnraum kann es aber nicht immer nur um neue Baugebiete und Wohnungen gehen: Wohnraum ist ungerecht verteilt, ungeschickt genutzt und an vielen Stellen nicht mehr erschwinglich für Bremer*innen. Obwohl in den vergangenen Jahrzehnten viel in Bremen gebaut wurde, leben in Bremen heute weniger Menschen als in den 70er Jahren. Insbesondere für den Klimaschutz wollen und müssen wir der Entwicklung zu immer mehr Wohnfläche pro Person etwas entgegensetzen, durch Förderung von Umbauten und Umzügen, durch eine Wohnungstauschbörse und gesetzliche Unterstützung von Wohnungstausch sowie durch flexiblere Wohnformen und Grundrisse.

Wir GRÜNE stehen für Innenentwicklung. Wir entwickeln die Stadt da weiter, wo alte Gewerbegebiete brachfallen oder Flächen aus anderem Grund neu genutzt werden können. Wo möglich, werden Supermärkte und Parkplätze überbaut, Baulücken geschlossen und Häuser aufgestockt. Um hier die privaten Spielräume zu erweitern und eine behutsame Innenentwicklung im Bestand zu ermöglichen, treten wir stadtweit für eine Überprüfung und Öffnung der Bebauungspläne ein. Große Projekte, wie die Gartenstadt Werdersee und das Neue Hulsberg-Viertel werden jetzt realisiert: Das Kellogg's-Gelände in der Überseestadt und das Brinkmann- Grundstück in Woltmershausen sind auf dem Weg. Die Planungen für das Rennbahngelände haben begonnen. Für den Neustädter Hafen verlangen wir eine Prüfung der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund, dass es sich um einen Hochwasser-Rückhalteraum handelt.

Wir gehen davon aus, dass sich diese Anstrengungen lohnen und sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt langsam entspannen wird. Es ist, trotz aller Unkenrufe, noch kein Engpass an Bauland aufgetreten. Die Stadt hat sich an den richtigen Stellen weiterentwickelt. Deshalb bleiben die Osterholzer Feldmark und das Überschwemmungsgebiet in Brokhuchting mit uns weiterhin unangetastet. Auch die Kleingartengebiete wollen wir erhalten und, wo gewünscht und sinnvoll, eine legale Ferien- und Wochenend-Wohnnutzung ermöglichen. Wo gleich mehrere Parzellen ungenutzt leer stehen, entwickeln wir sinnvolle Folgenutzungen, wie Urban Gardening, neue Parks oder einen Klimawald.

Die Stadt wächst und das Grün muss mitwachsen

Innenentwicklung darf sich nicht nur um Häuser und Wohnungen kümmern. Wenn mehr Menschen auf engem Raum leben, ist es umso wichtiger, dass wir auf das achten, was ein Leben in der Stadt angenehm macht. Auch unser Grün muss mitwachsen, denn es gibt der Stadt Luft zum Atmen, den Kindern Platz zum Spielen, lädt die Menschen zum Verweilen ein, schützt vor Lärm und schafft Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Es trägt aber auch zur Luftverbesserung bei und bietet Tieren und Pflanzen einen Stadtlebensraum. Attraktive Grünflächen sind für Erholung, Naturerlebnis, Sport, Begegnung oder als Ort für Kultur unverzichtbar. Sie müssen gut gestaltet und unterhalten werden. Der Schutz und die Neuanlage von städtischen Grünanlagen muss mit den sich dynamisch ändernden Nutzungsanforderungen stetig in Einklang gebracht werden. Dass das schwierig ist, wissen wir nicht erst seit den Platanenprotesten am

Weserufer. Umso wichtiger ist es, städtisches Grün, wo es geht, zu schützen. Vor allem aber muss es bei neuen Quartiersentwicklungen nachhaltig mitgeplant und der nötige Raum dafür vorgehalten werden.

Wir wissen, dass Vereine und organisiertes Engagement neue Nutzungskonzepte und Unterhaltungsstandards für städtische Freiräume unterstützen können. Aber auch Bürger*innen und Unternehmen müssen dabei stärker unterstützt werden, im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihre eigenen Freiräume klimagerecht und lebensfreundlich zu entwickeln. Nur Hand in Hand kann es Bürger*innen und Verwaltung gelingen, Bremen als lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln. Dazu wollen wir die heute noch zersplitterte Grünplanung und -unterhaltung stärken und sie schlagkräftiger organisieren.

Klimaschutz fängt im Quartier an

Stadtteile, die heute neu entstehen, müssen einen größeren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die neuen Häuser sollen gut gedämmt und effizient beheizt sein. Ideal sind kleine Nahwärmenetze auf der Basis regenerativer Energieträger, so wie am Ellener Hof oder im neuen Hulsberg-Viertel. Bei der Planung von neuen Quartieren, wie z. B. auf der Kellogg's-Brache an der Weser und auf dem Gaswerksgelände in Woltmershausen, verankern wir unsere Ziele in Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen. Wir wollen, dass kompakter gebaut wird und dass auf klimafreundliche Baustoffe wie Holz gesetzt wird. Denn Holz ist ein nachwachsender Baustoff, schlägt die Klimabilanz von Zement und Beton um Längen und hat auch viele andere Vorteile.

Eine Internationale Bauausstellung (IBA) für Hemelingen

Im Bremer Osten schlägt eines der Herzen der Bremer Industrie. Hier wird hart gearbeitet. Gleichzeitig hat der Stadtteil einiges auszuhalten. Große unzugängliche Betriebsgrundstücke zerschneiden die Wohngebiete, und es rollt reichlich Verkehr. Neue Entwicklungsflächen sind durch die Auflösung von Firmenstandorten und die Schließung der Galopprennbahn entstanden. Hier soll auf 35 Hektar ein neues Wohnquartier entstehen. Daran gibt es Kritik im Stadtteil. Aber aus der Sicht von Bremen als Ganzes und all der Bürgerinnen und Bürger, die dringend eine Wohnung suchen, kann auf dieses Bauland nicht verzichtet werden. Und auch für die Hemelinger*innen kann das Projekt ein großer Gewinn werden. Es kann dazu beitragen, dass sich Ein- und Auspendler*innen, die jetzt die Straßen bei Schichtwechsel verstopfen, für ein Leben in der Stadt entscheiden.

Das neue Quartier wird einen großen Grünbereich mit Sport- und Spielangeboten für alle Bürger*innen freihalten. Und weil die Flächen der Stadt gehören, haben wir alle Hebel, die soziale und ökologische Qualität dieses neuen Stücks Stadt zwischen Sebaldsbrück und der neuen Vahr zu steuern. Wir streben eine klimaneutrale Strom- und Wärmeversorgung an und werden dafür das Potenzial der neuen digitalen Steuerungsmittel systematisch ausschöpfen. Die Chancen der Digitalisierung wollen wir nutzen, um Mobilität komfortabel und günstig ohne eigenes Auto zu organisieren. Wir setzen dabei konsequent auf Fahrrad, ÖPNV und Carsharing. Mit der Vergabe von Baugrundstücken in Erbpacht haben wir ein weiteres Werkzeug, um ein gut gemischtes Quartier zu ermöglichen. Das neue Rennbahn-Quartier wird also grün, smart und nachhaltig mobil.

Wir GRÜNE unterstützen die Idee, die Entwicklung von Hemelingen im Rahmen einer Internationalen Bauausstellung (IBA) voranzubringen. In einen solchen Rahmen könnte der ganze Stadtteil einbezogen werden.

Die Mischung macht's

Die Art und Weise, wie wir arbeiten und wirtschaften, verändert sich in rasantem Tempo. Beim Bau neuer Quartiere und bei der Entwicklung der bestehenden Stadtteile ist unser Ziel das gut gemischte Quartier. So verringern wir die Zeit, die wir täglich im Auto sitzen oder im Stau stehen, so sorgen wir dafür, dass die Luft weniger verpestet wird. Das Problem zeigt sich im Moment überdeutlich beim Stau in der Überseestadt, wo die Mischung noch nicht stimmt. Die Menschen wollen kurze Wege zu Einkaufsmöglichkeiten, Arztpraxen und Haltestellen. Kleine Firmen, Start-ups und Handwerksbetriebe brauchen Kundschaft und Kooperationspartner*innen um die Ecke. Bei den neuen Projekten soll dieses moderne und gleichzeitig uralte Mischungsprinzip die Stadtplanung leiten.

Die Überseestadt ist schnell gewachsen und muss jetzt zu einem richtigen Stück Stadt werden

Häuser bauen, Straßen anlegen und Wohnungen und Arbeitsplätze schaffen ist viel, zu einer modernen Stadtentwicklung aber gehört mehr. Noch fehlt es an all den „Kleinigkeiten“, die jede*r zum Leben braucht und die einen Arbeitsplatz attraktiv machen. KITAS, eine Schule, Einzelhandel und Dienstleistungen und Fußwege und Plätze, auf denen sich Leute gerne aufhalten. Im Moment droht die Entwicklung der Überseestadt an dem von ihr selbst erzeugten Verkehr in den Stau zu geraten. Viele können sich dort ein Leben ohne Auto kaum vorstellen. Der Überseestadt fehlt eine Straßenbahn bis zum Wendebecken. Und eine anständige Infrastruktur für das Fahrrad, auch mit komfortablen Verbindungen übers Wasser nach Woltmershausen und Gröpelingen.

Die Erschließung des Großmarkts gehört an die Eduard-Suling-Straße. So kann der Lkw-Verkehr aus dem Rest der Überseestadt herausgehalten werden. Und es entsteht zwischen Hafenhochhaus und Großmarkt Platz für eine richtige grüne Mitte. Diese Korrekturen an der bisherigen Planung sind auch ein Gebot der Fairness gegenüber dem Stadtteil Walle. Planen und Bauen dauert oft lange, aber hier sind Konzentration und Tempo gefragt, denn wenn das nächste Kapitel der Entwicklung an der Weser auf dem ehemaligen Kellogg's-Grundstück aufgeschlagen wird, müssen wir schon ein großes Stück weiter sein. Dort wird von Anfang an ein Quartier mit wenigen Autos und klimaneutraler Strom- und Wärmeversorgung geplant.

Das Bremer Haus schützen und die Quartiere stärken

Das Bremer Haus ist beliebt und es prägt unsere Stadt. Straßen und Quartiere mit diesen Häusern funktionieren seit hundert Jahren. Das Bremer Haus ist manchmal auch unpraktisch, meistens nicht barrierefrei und energetisch nur schwer in den Griff zu kriegen. Die Gratwanderung zwischen der Erneuerung des Hausbestands und dem Schutz der alten charaktervollen Gebäude aus früheren Epochen ist schwierig. Der Denkmalschutz beschränkt sich auf kulturhistorisch herausragende Gebäude. So verschwinden unter dem Druck der Baukonjunktur und der modernen Anforderungen immer wieder Häuser, die viele Jahre das Ortsbild geprägt haben. Die baurechtlichen Instrumente, wie z. B. Erhaltungs- und Milieuschutzsatzung, werden wir zu diesem Zweck anwenden. Besonders achten wir auf die „Bremer Kleinhäuser“, die manchmal nur aus zwei bis drei Zimmern und einer Treppe bestehen. Sie sind erschwinglich und oft gerade für junge Familien ideal. Wir werden möglichst viele dieser Häuser vor dem Abriss bewahren. Sie sind eine gebaute Preisbremse in den angesagten Stadtteilen.

Die gewachsenen Quartiere müssen zwei große Herausforderungen bewältigen: den Klimawandel und den demografischen Wandel. Ältere Häuser haben einen großen Nachholbedarf an guten Fenstern, anständig gedämmten Fassaden und ordentlichen Heizungen. Wir werden deshalb das Netz an Beratung und Förderung in den Quartieren weiter ausbauen und systematisch alle Bundesprogramme nutzen, um die Wirkung zu steigern. Wir GRÜNE wollen ein Förderprogramm für die Schaffung von

Einliegerwohnungen, weil Teile der Wohnung oft gar nicht mehr genutzt werden, wenn die Kinder ausgezogen sind und der Partner oder die Partnerin womöglich schon verstorben ist. Dann kann es besser sein, nette Mieter*innen im Haus zu haben.

Passende Angebote für junge Familien und Baugemeinschaften

Junge Familien können sich trotz gutem Einkommen ein Haus in der Stadt oft nicht mehr leisten. Wir wollen deshalb Quartiere mit erschwinglichen Häusern neuen Typs entwickeln, die von vornherein so flexibel ausgelegt sind, dass sie je nach Lebenssituation verändert und nachträglich erweitert oder verkleinert werden können. Wir wollen auch die Bau- und Mietgemeinschaften sowie Genossenschaften endlich so fördern, dass sie in jedem geeigneten Neubauquartier Angebote für Grundstücke bekommen.

Bremen, Stadt am Fluss

Bremen wendet sich immer mehr dem Fluss zu. Es werden neue Teilstücke des langen Weserufers auf beiden Seiten von der Industrie freigegeben und in die Stadt integriert. Das Motto „Stadt am Fluss“ ist durch uns GRÜNE schon lange zu einem prägenden Motiv der Bremer Stadtentwicklung geworden. Die Menschen genießen es, dort zu flanieren, Sport zu treiben, zu wohnen und ihre Firmen zu gründen. Dafür wollen wir noch mehr Möglichkeiten schaffen.

Bremen hat drei große Weserbrücken im Stadtzentrum. Hier sammelt sich der Verkehr, erzwingt Umwege und produziert nervige Staus. Wir sind davon überzeugt: Mehrere kleine Brücken für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen bringen nicht nur die Stadt am Fluss einen großen Schritt voran, sondern reduzieren den Druck auf die innerstädtischen Brücken und geben dem Rad- und Fußverkehr einen großen Schub. Wir schlagen Brücken vor, die beide Weserseiten, den Werdersee und die Hafenbecken überspannen. Dadurch fördern wir die Verbindung beider Seiten des Flusses und ihre jeweilige Entwicklung. Die Brücken werden schön und können auch zu Wahrzeichen Bremens werden. Das wird eine gute Mischung aus Vergnügung für Ausflügler*innen und Einheimische und wirksame Maßnahme gegen drängende Verkehrsprobleme. Die Brücken integrieren wir in einen Plan zur Brücken- und Weseruferpromenaden-Gestaltung. Ein Großteil der Finanzierung kann mit dafür bereitstehenden Mitteln des Bundes erfolgen. So schaffen wir Orte, die Bremen als Stadt am Fluss noch lebenswerter machen.

Die Innenstadt sucht einen Weg in die Zukunft

Die durch den Online-Handel und die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung vorangetriebenen Umwälzungen im Handel und bei der Büroarbeit, bei den Banken und Versicherungen stellen die Innenstadt vor gewaltige Herausforderungen. Karstadt, Kaufhof und das Parkhaus Mitte, das Sparkassen-Areal und die Gebäude zwischen Obernstraße und Martinistraße sowie der ehemalige Lloydhof werden umgekrempelt. Es wird nach neuen Funktionen und Geschäftsmodellen gesucht. Wir sehen Chancen für eine bürgerorientierte Entwicklung des Zentrums. Am Ende des großen Umbaus soll es einen besser vernetzten öffentlichen Raum, mehr Wohnen, weniger Autos, weniger blockierte Hinterhöfe und einen stärkeren, moderneren Einzelhandel geben.

Und statt die Dächer für Autos und Klimaanlage zu reservieren, wollen wir dort Gärten, Spielplätze und Restaurants sehen. Wer für die Zukunft baut, muss klimaschonend und klimaangepasst bauen, also Strom und Heizwärme aus regenerativen Quellen beziehen und das Regenwasser und die Kühlung bedenken.

Unsere Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen locken junge Leute aus ganz Deutschland und dem Ausland nach Bremen. Zu viele von ihnen ziehen aber nach Abschluss ihrer Ausbildung wieder weg. Das wollen wir ändern. Wir möchten Teile der Universität in die Innenstadt holen, um die nächste Generation

und die Wissenschaft im Zentrum zu versammeln. Das Sparkassen-Areal am Brill und das Telekom-Gelände dahinter, das Bundeswehrhochhaus, die Alte Neustadt, der Mondelez-Turm und später das Hachez-Gelände bieten den nötigen Platz für Studi-Wohnungen, Start-ups, Ateliers, Labore, Institute und Fachbereiche.

Wir brauchen mehr Stadtentwickler*innen

Nicht nur die knappen Finanzen haben Stadtentwicklung in den letzten Jahrzehnten erschwert. Die Aufgaben werden nicht weniger und noch dazu komplexer und anspruchsvoller. Da ist es den Menschen in der Verwaltung kaum möglich, neue Ideen und Methoden, Experimente und Projekte abseits des Tagesgeschäfts anzuschieben. Damit unsere guten Ideen Realität werden, stärken wir den personellen Aufbau und die Qualifizierung der Stadtentwicklungsabteilung im Bauressort. Stadtentwicklung ist ein Querschnittsthema, und wir möchten es zukünftig verstärkt als solches behandeln, indem wir auch die kulturelle Stadtentwicklung verankern.

Stadtkultur und gute Unterhaltung

Wer die jungen, gut ausgebildeten Menschen in der Stadt halten will, muss der Stadtgesellschaft Gelegenheit geben, sich zu erforschen, auszuprobieren und zu verstehen. Auch für die alteingesessenen Bremerinnen und Bremer gilt: All die unvermeidlichen Veränderungen hält man besser aus, wenn man weiß, was geschieht. Zuwanderung, Umwälzung der Arbeit, Neuordnung der Stadt, Verlust der alten Geschichten, Wandlung der „beschaulichen Milieus“ zu angesagten Quartieren für Urlaubsgäste und Studierende. Wir sind davon überzeugt, Kunst, Kultur und Subkultur können eine Mittlerin sein, können Entwicklungen vordenken und helfen der Stadt, sich positiv zu entwickeln. Deshalb wollen wir jährlich eine Million Euro in diese nicht institutionelle Kulturarbeit in den Stadtteilen investieren – in das Entdecken und Entschlüsseln neuer Orte und alter Geschichten.

Die Baukultur in Bremen unterstützen

In den vergangenen 15 Jahren hat das öffentliche Interesse am baukulturellen Geschehen in Bremen deutlich zugenommen. So wie in Bremen die baukulturelle Forschung, Debatte und Vermittlung betrieben wird, findet es bundesweit Anerkennung. Bremen verfügt über gewachsene Strukturen, in denen Geschichte und Gegenwart bremischer Architektur und Stadtentwicklung wissenschaftlich aufgearbeitet und interessant und lebendig vermittelt werden. Wir GRÜNE wollen, dass diese erfolgreichen Strukturen in der wissenschaftlichen Arbeit und der öffentlichen Debatte zu Bremens Baukultur für die Zukunft finanziell abgesichert werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Neue Brücken über die Weser**

Wir wollen unsere Stadt am Fluss weiterentwickeln. Dafür braucht es Brücken für Fußgänger*innen und den Radverkehr über die Weser! Die Brücken integrieren wir in einen Plan zur Brücken- und Weseruferpromenaden-Gestaltung. Ein Großteil der Finanzierung kann mit dafür bereitstehenden Mitteln des Bundes erfolgen. So schaffen wir Orte, die Bremen als Stadt am Fluss noch lebenswerter machen.

- **Kehrtwende in der Bodenpolitik**

Bremen soll aktiv und strategisch Flächen für die Stadtentwicklung erwerben. Dafür legen wir einen Bodenfonds auf. Wir wollen ökologisches und soziales Bauen durch Direktvergabe und

Konzeptausschreibung fördern. Damit die Stadt als Eigentümerin ihren Einfluss behält, setzen wir verstärkt auf die Vergabe von Erbbaurechten mit einem attraktiveren Erbpachtzins.

- **Eine Internationale Bauausstellung (IBA) für Hemelingen**

Wir wollen eine Internationale Bauausstellung (IBA) auf den Weg bringen mit dem Thema, wie sich die Stadt mit und in Nachbarschaft der großen Industrie entwickeln kann. Damit wollen wir einen optimalen Rahmen schaffen, um all die großen Projekte der Stadtentwicklung in Hemelingen, wie die Rennbahn, das Coca Cola- und Könnecke-Gelände, die Fahrradbrücke über die Weser im Sinne der Bürger*innen zu bewältigen.

Innovativ und nachhaltig wirtschaften

Bremen ist ein starker Wirtschaftsstandort. Unser grünes Wirtschaftsverständnis stellt die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt. Daran messen wir ökonomischen Erfolg. Eine große Anzahl an Unternehmen bedeutet eine große Chance für unsere Stadt, denn die Zahl der Arbeitsplätze steigt und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Bremens Abhängigkeit vom Export ist groß und die Turbulenzen auf dem Weltmarkt bergen erhebliche Gefahren. Darüber hinaus steckt ein Teil der Bremer Wirtschaft noch tief im fossilen Zeitalter. Klimakrise, Digitalisierung und Globalisierung stellen unsere Unternehmen vor Herausforderungen. Die Art, wie wir produzieren und konsumieren, muss sich ändern. Wir wollen eine ökologisch arbeitende und ökonomisch erfolgreiche Wirtschaft, die immer weniger Rohstoffe verbraucht und unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhält. Den Weg dorthin gestalten wir verlässlich, gerecht und im Dialog mit Unternehmen, Gewerkschaften und Bürger*innen. Wir unterstützen eine neue Innovationskultur und schaffen den gesetzlichen Rahmen, damit Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen ihren Ideenreichtum realisieren können.

Unser Fokus liegt auf der nachhaltigen Modernisierung der Bremer Wirtschaft. Werden moderne, abgasfreie Transportmittel zukünftig in Bremen gebaut oder nicht? Batterien sind dazu die Schlüsseltechnologie für die Verkehrs- und Energiewende! Im frühen 21. Jahrhundert stellt sich daher für Bremen die Aufgabe, Batterien selber zu bauen und umweltschonende Bauweisen und Rohstoffkreisläufe zu entwickeln.

Wer an alten Technologien festhält, läuft Gefahr, auch wirtschaftspolitisch die Zukunft zu verspielen. Das zeigt nicht zuletzt der aktuelle Diesel-Skandal. Wir wollen gute Arbeitsplätze in Bremen halten und neue schaffen. Wir setzen auf aktiven Strukturwandel in Partnerschaft mit Bremer Unternehmer*innen und Arbeitnehmer*innen. Deshalb z. B. haben wir zusammen mit der Automobil- und der Luft- und Raumfahrtbranche den EcoMaT gegründet, um an besonders leichten Werkstoffen zu forschen. Und in Bremerhaven ist Deutschlands führender Standort für die technische Weiterentwicklung der Windkraftanlagen entstanden.

Wir stehen zu unserer Zusage, die befristet erhöhte Gewerbesteuer ab dem Jahr 2020 wieder abzusenken. Wir werden eine Marketingkampagne zur Anwerbung von Unternehmen und Fachkräften starten, um noch mehr Wirtschaftskraft nach Bremen zu holen.

Die Wirtschaft wird grüner

Wir wollen eine bessere Lebensqualität für alle. Der Marktanteil nachhaltiger Produkte wächst kontinuierlich. Immer mehr Menschen legen Wert darauf, dass Produkte fair erzeugt werden und klimagerecht, schadstofffrei, leicht reparierbar und langlebig sind. Wir werden Unternehmen, die auf Nachhaltigkeit und Gemeinwohl setzen, stärken. Wir setzen dabei auf erprobte und neue Formen des Wirtschaftens wie Genossenschaftsmodelle, Gemeinwohlökonomien oder solidarische Ökonomien. Wir unterstützen innovative Ideen zu Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft mit dem Ziel, dass Rohstoffe immer wieder neu verarbeitet werden und nicht auf der Mülldeponie landen. Wir wollen eine Wirtschaft, bei der Plastikmüll nicht im Meer landet. Daher werden wir in Bremen eine Strategie zur Reduzierung von Plastikabfällen erarbeiten und umsetzen. Wir werden uns für die Anwendung nachhaltiger Produkt- und Unternehmenssiegel einsetzen.

Die Bremer Wirtschaft braucht Frauen

Wir setzen uns in Bremen für Geschlechter- und Lohngerechtigkeit ein, für gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit und für gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir gestalten die

Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere durch eine gendergerechte Gestaltung von wirtschaftlichen Förderclustern zugunsten von Frauenarbeitsplätzen oder durch eine Stärkung von Gründerinneninitiativen. Wir fordern Arbeitgeber*innen auf, Männern die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit zu erleichtern.

Kleine mittelständische Betriebe bilden das Fundament unserer Wirtschaft

Kleine mittelständische Betriebe wie Handwerker*innen und Einzelhändler*innen sind das Rückgrat der Bremer Wirtschaft. Sie haben hier ihren Standort, hier ihre Kundschaft, ihre Kooperationspartner und sie bilden aus. Das sorgt für wirtschaftliche Stabilität. Für all diese Betriebe sind geeignete Standorte knapp geworden. Wir werden für ein Angebot an geeigneten Gewerbeflächen sorgen, u.a. durch Nachverdichtung, Umnutzung von Gewerbebrachen und durch neue Handwerker- und Gewerbehöfe. Für Bürokratieabbau und schlankere Verwaltungsabläufe werden wir uns weiter einsetzen. Um dem derzeitigen Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken, werden wir u.a. in die duale Ausbildung investieren.

Gründer*innen für einen Unternehmensstart im Land Bremen gewinnen

Unsere Hochschulen sind Keimzellen neuer Ideen. Bereits heute gibt es rund um die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven eine lebendige Unternehmenslandschaft mit einem wachsenden Dienstleistungssektor, unter anderem mit Ingenieurbüros und Softwarehäusern. Diese Firmen treiben unsere Wirtschaft voran, ihre Ideen und Entwicklungen bilden die Basis für eine Ökonomie, die auf nachhaltige Entwicklung setzt und mit ihren Geschäftsmodellen die Energie-, Mobilitäts- und Agrarwende zu einer Erfolgsgeschichte macht. Noch hat Bremen im Vergleich mit anderen Städten Nachholbedarf bei den wissensbasierten Dienstleistungsunternehmen. Deshalb wollen wir in diesem Sektor Instrumente der Wirtschaftsförderung verstärken und gezielter einsetzen, unter anderem durch die Schaffung eines neuen Förderclusters und die Bereitstellung erforderlicher Flächen zur Unternehmensansiedlung.

Entscheidend für die Gründung beziehungsweise Weiterentwicklung innovativer, auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Unternehmen ist es, die gut ausgebildeten Hochschulabsolvent*innen im Land Bremen zu halten und sie zu ermutigen, ihre Ideen hier umzusetzen. Wir wollen Gründungszentren an den Hochschulstandorten ausbauen und stärken.

Es gilt, die Wirtschaftsförderung des Landes stärker auf Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Innovation auszurichten. Gemeinsam mit Gründungszentren, Wirtschaftsverbänden, Kammern, Handelskammern, Hochschulen und Start-ups wollen wir ein Gründungsstipendium entwickeln, mit dem Gründer*innen in anderen Ländern Erfahrungen sammeln können. Gerade sozial-ökologische Ausgründungen mit nachhaltigen Geschäftsideen werden wir im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsförderung beim Übergang von der Hochschule in die Geschäftswelt unterstützen.

Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, für alle Selbstständigen den Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen zu verbessern. Dazu wollen wir eine Senkung des Mindestbeitrags zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung erreichen und die Mindestbeiträge für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung sehr deutlich senken. Wir werden neue Finanzierungsformen wie Crowdfunding stärken und diese mit Förderbanken vernetzen. Die Schaffung von Co-Working- und Gewerberäumen für Gründer*innen werden wir fördern. Um die Start-up-Landschaft in Bremen weiter zu beleben, werden wir insbesondere die Mikrokreditförderung von Gründer*innen einfacher gestalten, Digital und Creative Hubs

ausbauen sowie einen überregionalen Kongress zum Austausch etablieren. Das von uns gegründete START-Haus wollen wir als zentrale Anlaufstelle für Gründer*innen im Nordwesten Deutschlands etablieren, das Angebot weiter verbessern und besonders auch soziales Unternehmertum fördern. Dabei finden wir es wichtig, auch ein inspirierendes Umfeld zu schaffen und das START-Haus zu einem aktiven Teil der Bremer Start-up-Community zu machen.

Eine lebendige Kultur ist das Salz in der Suppe

Wir wollen ein innovatives Land sein mit einer lebendigen Kulturszene und starken Kreativbranchen. Daher wollen wir die Kultur- und Kreativwirtschaft in Bremen weiter stärken und ausbauen. So wollen wir kluge Köpfe für unser Land gewinnen bzw. sie hier halten. Kulturschaffende und Kreative sind zum überwiegenden Teil Freiberufler*innen und arbeiten oft projektbezogen. Sie haben daher häufig geringe oder unregelmäßige Einkünfte und können sich oft nicht ausreichend absichern. Wir wollen sie durch Regelungen auf Bundesebene mit Mindesthonoraren stärken und auch besser absichern.

Neue Industriepolitik für Bremen

Die industrielle Produktion ist im Land Bremen ein wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaft. Das gilt besonders für die Lebensmittelverarbeitung, den Fahrzeugbau und die Luft- und Raumfahrt. Die technologische Innovation fördern wir mit speziell zugeschnitten Förderprogrammen und Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. In diesen und anderen Bereichen werden grüne Ideen wie der Einsatz von Umwelttechnologien und erneuerbaren Energien immer mehr Teil des Geschäftsmodells, da sie ein positiver Kostenfaktor sind und Interessen aufgeklärter Verbraucher*innen aufgreifen. Diesen deutlich sichtbaren Wandel hin zu grünem, nachhaltigem Wirtschaften wollen wir in Bremen im Dialog mit Unternehmer*innen, Arbeitnehmer*innen und Verbänden weiter fördern. Für die Abkehr vom Verbrennungsmotor begrüßen wir es daher, dass Bremen ein bedeutender Standort für die Produktion von Elektroautos wird. Wir wollen die Bremer Autoindustrie dabei unterstützen, sich zu einem wichtigen europäischen Zentrum emissionsfreier Mobilität zu entwickeln.

Starke Gesundheitswirtschaft

Wir wollen die Gesundheitswirtschaft in Bremen stärken. In Bremen arbeiten rund 61.000 Menschen im Gesundheitsbereich. Durch den demografischen Wandel und die Fortschritte in der Medizin nimmt die Gesundheitswirtschaft in ihrer Bedeutung weiter zu. Wir sind durch unsere Universität, die Kliniken, in der Pflege, der Reha und durch Unternehmen, die innovative Produkte im Gesundheitsbereich herstellen, ein starker Standort mit überregionaler Bedeutung. In der Gesundheitswirtschaft arbeiten viele Frauen. Ihre Berufsperspektiven stärken wir durch die Bildung eines neuen Förderclusters.

Maritime Wirtschaft wird grün

Bremen als Bundesland an Weser und Nordsee hat großes Potenzial im Zukunftsfeld der maritimen Wirtschaft. Sei es in der Meerestechnik, in der Ozeanforschung, der Biotechnologie oder dem Schiffbau. Dieses Potenzial wollen wir auch durch die Ansiedlung weiterer Unternehmen erweitern. Das mit der Green-Ports- Initiative entwickelte, vorbildliche Profil der Häfen in Bremen und Bremerhaven werden wir schärfen. Bei der Nachrüstung umweltfreundlicher Technologien an Bord unterstützen wir ein wirksames Green-Shipping-Förderprogramm, das die Binnenschifffahrt in Bremen mit einbezieht.

Noch werden viele Schiffe mit schwefelhaltigem Schweröl oder Diesel angetrieben. Der Beitrag der weltweiten Schifffahrt zur Klimakrise ist dramatisch. Die Abgase sind noch weit bis in das Binnenland spürbar. Dabei könnte die Schifffahrt mit alternativen Antrieben einen enormen Beitrag zum Klimaschutz

und zum Schutz der Meere leisten. Den Schiffbaucluster werden wir stärken und uns auf Bundesebene für eine bessere Förderung umweltfreundlicher Antriebe, günstigen Ökostrom in der Schifffahrt und effektive Beratung für Eigner*innen einsetzen. Denn wir GRÜNE wollen, dass Bremen international in umweltfreundlichen maritimen Technologien vorne ist. Die Hafengebühren sollen sich noch stärker an ökologischen Kriterien orientieren. Die Beschränkung des Ökorabatts auf 25 Schiffe soll wegfallen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die stadtbremischen Häfen in Bremerhaven in Landeshäfen umgewandelt werden.

Nachhaltigen Tourismus ausbauen

Mit fast 2,5 Millionen Übernachtungen wächst der Tourismus nach Bremen stetig an. Eine attraktive Naturlandschaft ist neben Bremens städtebaulichen Attraktionen und dem Kulturangebot eine wichtige Grundlage für den Tourismus. Die Herausforderung der Zukunft wird sein, den Tourismus umweltverträglich, ressourcenschonend und sozialverträglich zu gestalten. Wir wollen ein Konzept „Nachhaltiger Tourismus“ entwickeln und dabei mit dem niedersächsischen Umland zusammenarbeiten. Auch das Thema Kreuzfahrten und Landstromversorgung muss darin behandelt werden. Außerdem wollen wir Tourismusinitiativen mit innovativen und ökologischen Konzepten besonders unterstützen. Themenkonzepte wie Bio-Hotels, Hofläden, Bio-Märkte und Radfahren werden wir unterstützen.

Bremen als Zentrum für erneuerbare Energien und moderne Mobilität

Wir wollen eine Wirtschaft, die zu 100 Prozent durch Wind, Sonne, Wasser und Biogas erzeugte Energie bezieht. Beim Ausbau der erneuerbaren Energieträger wird nicht nur der Klimaschutz, sondern auch der Strukturwandel in Bremen profitieren. Wir wollen, dass EU- und Bundesmittel vor allem für emissionsfreie Wirtschaft, moderne Infrastruktur, erneuerbare Energie und eine grüne Verkehrswende genutzt werden. Wir werden die vernetzte, emissionsfreie Mobilität in Bremen fördern. Dies umfasst alle Ebenen, sei es beim Auto, der Installation einer zukunftsweisenden Ladeinfrastruktur, bei Schiffen, Bussen, Bahnen oder Lastenrädern. Wir werden Bremen zu einer Modellregion für Elektromobilität und autonomes Fahren in Europa machen. Dazu gehören vor allem Kompetenzen und Produktion in den Schlüsselbereichen Batterien, Brennstoffzellen und Synthesekraftstoffen. Den Umbau der Bremer Innenstadt wollen wir nutzen, um neue verkehrsentlastende Logistikkonzepte für den innerstädtischen Warentransport zu erproben.

Die Zukunft der Offshore-Windenergie wird von der Bundesregierung entschieden. Deren Politik hat den Ausbau der erneuerbaren Energie, auch der Offshore- Windenergie, in den letzten Jahren gebremst. Das muss ein Ende haben, die Offshore-Ausbaupläne müssen erheblich erweitert werden. Mit der Planung des Offshore-Terminals in Bremerhaven (OTB) vor zehn Jahren haben wir unterstrichen, dass die Stadt auch in Zukunft ein Zentrum der Windkraftindustrie sein soll. Inzwischen haben sich die Rahmenbedingungen für die Windkraft in Bremerhaven durch die Politik der Bundesregierung drastisch verschlechtert. Gegen den Bau des OTB wird geklagt. Im Licht der kommenden, sicher noch nicht endgültigen Gerichtsentscheidung muss eine aktualisierte Überprüfung des Bedarfs, der Wirtschaftlichkeit und von Standortalternativen erfolgen.

Richtungswechsel bei Gewerbeflächen – Innenentwicklung und Kooperation stärken

Bremen ist eine Stadt mit begrenztem Flächenvorrat. Und weil Bremen stark auf Logistik setzt, werden viele flache Hallen gebaut, in denen nur wenige Menschen Arbeit finden und die Wertschöpfung eher

bescheiden ist. Das ist teuer und wenig effektiv. Das Güterverkehrszentrum (GVZ) ist nahezu voll. Es wäre besser, die Logistikhallen in die Höhe zu bauen mit mehr Arbeit und mehr Wertschöpfung. Wenn der Wesertunnel endlich fertig ist, werden der Bremer Industriepark und das GVZ zu einem hochattraktiven, von der Logistik geprägten Gewerbegebiet zusammenwachsen. Es ist höchste Zeit, dass die Bremer Wirtschaftsförderung auf eine Strategie für einen effizienten und sparsamen Umgang mit unseren begrenzten Flächen umgestellt wird. Eine wichtige Reserve für die Ansiedlung von Gewerbe sind die brachgefallenen alten Industriegebiete. Dazu gehört das Gaswerks- und Brinkmann-Gelände in Woltmershausen und die Standorte von Könecke und Coca Cola in Hemelingen. Hier werden wir Gewerbe und Wohnen so zusammenbringen, dass ein sehr produktives neues Stück Stadt entsteht. Dort, wo neue Gewerbegebiete geschaffen werden, werden wir nach dem Vorbild des Gewerbegebiets Lune Delta in Bremerhaven dafür sorgen, dass sie einen Beitrag zur Energiewende leisten und die Wirtschaft nachhaltiger machen. Das vom Mercedeswerk geprägte Gewerbegebiet Hansalinie wird nicht ewig reichen. Deshalb kooperieren wie entlang der Autobahn A1 mit der Nachbargemeinde Achim.

Bremen hat in der letzten Legislaturperiode jedes Jahr ca. 30 Hektar zusätzliche Gewerbefläche für die Ansiedlung von Unternehmen veräußert. Etwa die Hälfte dieser Flächen wird versiegelt. Aus ökologischer Sicht ist das nicht zu rechtfertigen. Die Europäische Union hat das Ziel ausgegeben auf mittlere Sicht ganz zur Kreislaufwirtschaft mit Siedlungsflächen überzugehen. Dieses Ziel unterstützen wir. Wir werden deshalb im Dialog mit den Bremer Unternehmen eine Strategie erarbeiten, wie Bremen sich durch effizienteren und sparsameren Umgang mit dem knappen Flächenvorrat auf den Weg zu diesem Ziel macht, und über die Fortschritte regelmäßig Rechenschaft ablegen. Ein wichtiges Instrument für dieses Ziel ist die Vergabe von Gewerbeflächen in Erbpacht, wie es in den Hafengebieten seit jeher in Bremen üblich ist.

Die ungebremsste Zunahme des Warentransports zwischen den verschiedenen Produktions- und Verbrauchsorten überschreitet längst die Leistungsfähigkeit unserer Infrastrukturen auf Straße und Schiene. Vor allem aber ist sie eine extreme Belastung für Mensch und Natur. Eine Politik zum Schutz des Klimas muss sich dafür stark machen, diese Entwicklung umzukehren. Wo immer das möglich ist, organisieren wir Produktion und Verteilung der Waren daher so, dass Transportwege eingespart werden können und Rohstoffe in Kreisläufen verwendet werden.

Eine günstige und nachhaltige Versorgung mit grünem Strom aus Windenergie oder Photovoltaik ist für Unternehmen ein Wettbewerbsvorteil. Daher setzen wir uns für eine Solardach- und/oder Dachbegrünungspflicht in den Bebauungsplänen für Gewerbegebiete ein und finden neue Standorte für Windkraftanlagen in Gewerbegebieten.

Wir wollen, dass Bremen europäische Fördermittel zur Realisierung eines sozial- ökologischen, nachhaltigen Gewerbegebiets im Lune Delta nutzt. Bei der Nachfrage von Großflächen werden wir die Kooperation mit Niedersachsen suchen, so wie es beim Gebiet Achim-West mit Erfolg durchgeführt wurde.

Zugang zu schnellem Internet für alle

Schnelles Internet ist die Basis jeder wirtschaftlichen Entwicklung und erhöht die Lebensqualität. Ein schnelles Glasfasernetz und die hohe Lebensqualität sind gute Voraussetzungen, um sich als Unternehmen oder Fachkraft in Bremen niederzulassen. Wir verfolgen das Ziel, spätestens bis zum Jahr 2025 alle Haushalte in Bremen und Bremerhaven an diese schnelle und zukunftsfähige Technologie anzubinden. Im Bund drängen wir auf Änderungen im Beihilferecht, damit die öffentliche Hand Lücken im Breitband- und Mobilfunknetz besser schließen kann.

Industrie und Mittelstand 4.0

Die Bremer Wirtschaft braucht Unterstützung auf dem Weg ins digitale Zeitalter. Bei dieser Entwicklung wollen wir besonders Innovationen fördern, die nicht nur technisch führend sind, sondern auch hohe Daten-, Verbraucher*innen- und Arbeitnehmerschutzstandards einhalten. Die Blockchain bietet als neue Technologie neue Chancen, auch im Bereich einer Verkehrs- und Energiewende und das Potenzial neuer Unternehmensformen. Sie birgt aber auch Risiken in sich, insbesondere in den Bereichen Energieverbrauch, Sicherheit und Demokratie. Wir fördern Modellprojekte zur Erforschung und zum Einsatz von Blockchains in Kooperation mit Hochschulen und Wirtschaft, bei denen der gesellschaftliche Nutzen und eine umweltfreundliche Nutzung der Technologie im Vordergrund stehen müssen.

Durch die Digitalisierung werden neue Arbeitsplätze entstehen und andere Tätigkeiten werden wegfallen. Wir setzen uns für die Schaffung ethischer Grundlagen der Digitalisierung ein. Gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Wissenschaft werden wir diesen Wandel aktiv gestalten und Strategien für einen Weg zu einer „Guten Arbeit 4.0“ entwickeln. Bremen verbindet mit dem Kompetenznetzwerk Industrie 4.0 Bremer Unternehmen und Institute und treibt die Digitalisierung voran. Wir wollen die Unternehmen in Bremen bei diesen tiefgreifenden Veränderungsprozessen durch die Weiterentwicklung des mit uns eingeführten Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrums Bremen und der DIGILAB-Brennerei 4.0 noch intensiver begleiten, damit Bremen auch in Zukunft ein attraktiver Wirtschaftsstandort ist.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Grüne Wirtschaft**

Wir wollen den Einsatz von Umwelttechnologien und erneuerbaren Energien in der Wirtschaft beschleunigen und unterstützen innovative Ideen zu Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft. Nachhaltigkeit und Orientierung am Gemeinwohl sollen Grundpfeiler der Wirtschaft im Land Bremen werden. Bremen soll sich europaweit zu einem der wichtigsten Zentren der emissionsfreien Mobilität entwickeln.

- **Zwei neue Fördercluster**

Wir werden die bestehenden Wirtschaftsförderprogramme nutzen, um nachhaltige Unternehmensgründungen im Bereich der wissensbasierten Dienstleistungen und der forschungsintensiven Unternehmen zu stärken. Auch die Gesundheitswirtschaft werden wir entsprechend fördern.

- **Gründer*innen für einen Unternehmensstart gewinnen**

Wir beleben die Start-up-Landschaft in Bremen und Bremerhaven und erleichtern die Mikrokreditförderung von Gründer*innen. Das START-Haus wird zentrale Anlaufstelle. Wir fördern sozial verantwortliche Unternehmen.

Teilhabe für alle – auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft

Jeder Mensch ist einzigartig. Durch die Vielfalt von Talenten, Fähigkeiten, Erfahrungen und Zielen bildet sich die Stärke unserer Gesellschaft im Land Bremen. Alle Menschen müssen die Chance haben, ihr Leben inmitten der Gesellschaft selbstständig und selbstbestimmt zu gestalten, egal ob sie mit dauerhaften, vorübergehenden oder ohne Behinderungen leben. Die Grundlage unseres Handelns ist die UN-Behindertenrechtskonvention. Wir GRÜNE stehen hinter dem Bundesteilhabegesetz und dem Bremischen Behindertengleichstellungsgesetz. Für die Umsetzung dieser bedeutenden Rechtsgrundlagen in die Praxis werden wir uns einsetzen. Dafür ist es unumgänglich, ausreichend Personal im öffentlichen Dienst zur Verfügung zu stellen.

Bisher wurden auch im Land Bremen Menschen, für die aufgrund ihrer Behinderung eine Betreuung in allen Angelegenheiten angeordnet wurde, vom Wählen ausgeschlossen. Dies ist ein Verstoß gegen die UN-Behindertenrechtskonvention und widerspricht der Idee einer inklusiven Gesellschaft. Wir GRÜNE haben durchgesetzt, dass diese Menschen in Bremen zukünftig an Wahlen teilnehmen können. Wir werden dafür Sorge tragen, dass alle Maßnahmen dieser Konvention zukünftig in Bremen umgesetzt und eingehalten werden.

Inklusive Bildungseinrichtungen

Wir GRÜNE stehen für Inklusion im gesamten Bildungssystem. Sie muss an allen Bremer Schulen weiter vorangebracht und gefördert werden. Nur so wird verhindert, dass Barrieren im Denken und im täglichen Miteinander entstehen und bestehen bleiben.

Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Schulen und Bildungseinrichtungen im Land Bremen das Personal aufgestockt wird. Unser Ziel ist eine zweite Person für die besonderen Bedarfe der Schüler*innen. Zudem sind Teams mit heil- und sonderpädagogischen Fachkenntnissen, Schulpsycholog*innen und Pflegefachkräfte erforderlich, um bei entsprechenden veränderten Bedingungen an den Schulen kompetent zu agieren. Nur wenn alle Kinder den Raum und die Unterstützung bekommen, sich individuell mit ihren Talenten zu entfalten und sich im sozialen Miteinander zu üben, gelingt eine vorurteilsfreie Teilhabe.

Wir fordern Inklusion über die 10. Klasse hinaus auch in den Gymnasien und Berufsschulen. Auch Berufsausbildungen sollen inklusiv gestaltet werden und den betroffenen Schüler*innen über die Arbeit in Werkstätten hinaus Alternativen für den Berufseinstieg bieten.

Verbesserte Kommunikation

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Kommunikationsmöglichkeiten für gehörlose Menschen und Menschen mit Sehbeeinträchtigung verbessert werden. Die Vorteile der Digitalisierung wollen wir nutzen, um die Lern- und Studienbedingungen an Schulen und Universitäten zu verbessern und Studierenden mit Beeinträchtigungen durch angepasste digitale Hilfsmittel das Lernen und die Teilhabe zu erleichtern. Wir wollen, dass der Zugang zu diesen Hilfsmitteln so unbürokratisch wie möglich erfolgt und gefördert wird.

Barrierefreiheit im ganzen Land

Immer noch ist im Land Bremen die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum nicht ausreichend umgesetzt. Dies ist aber für eine erfolgreiche Verwirklichung von Inklusion und Teilhabe erforderlich. Wir GRÜNE legen bei allen Baumaßnahmen im öffentlichen Raum einen Schwerpunkt auf die Barrierefreiheit und gehen dabei Problembereiche vorrangig an. Alle öffentlichen Gebäude sollen bis 2021 barrierefrei sein.

Hierzu gehört für uns auch die konsequente Verfolgung von Falschparken, das Menschen mit Beeinträchtigungen in der Mobilität besonders trifft.

Zugang zum ersten Arbeitsmarkt

Wir GRÜNE wollen, dass Menschen mit Behinderungen bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen. Wir werden gemeinsam mit Unternehmen ein Programm entwickeln, um dieses Ziel zu erreichen. Dafür wollen wir die Mittel der Ausgleichsabgabe besser nutzen, für das Budget für Arbeit werben und mehr Übergänge von den Werkstätten für Behinderte in den Arbeitsmarkt ermöglichen.

Selbst gewählte Wohnformen für beeinträchtigte Menschen

In Bremen gibt es nicht ausreichend Wohnformen für ältere Menschen mit einer Behinderung. Es ist noch immer so, dass Menschen mit Beeinträchtigung in Heimen wohnen müssen und Ältere in einer klassischen Pflegeeinrichtung untergebracht werden. Diese Wohnform entspricht aber nicht den Bedürfnissen. Wir GRÜNE setzen uns für inklusive Wohnkonzepte ein. Bis 2020 wollen wir alle Außenwohngruppen in ambulantes Wohnen überführen und in den kommenden Jahren mehr Wohnheimplätze in ambulante Wohnformen umwandeln. Gerade Menschen mit Behinderung sollen ein Leben führen können, wie sie es sich wünschen und vorstellen.

Ehrenamt unterstützen und stärken

Ehrenamtlich engagierte Menschen leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Sei es im Sportverein, in der Betreuung älterer Menschen oder bei der Integration von Flüchtlingen – ohne diese Menschen wären Bremen und Bremerhaven ein großes Stück ärmer. Sie helfen mit, unsere beiden Städte menschlicher und lebenswerter zu machen. Wir wollen deswegen dieses Engagement auch in der Zukunft unterstützen. Wir werden prüfen, ob die Ehrenamtskarte auf weitere Einrichtungen und Institutionen ausgeweitet werden kann und ob die ehrenamtlichen Leistungen bei Schul- und Studienleistungen stärker anerkannt werden können bzw. eine Befreiung für das Ehrenamt möglich ist.

Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass das Ehrenamt steuerlich weiter gewürdigt wird und ehrenamtlich tätigen Geflüchteten ihre Ehrenamtsvergütungen auf ihre Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht angerechnet werden. Darüber hinaus werden wir die vielen Bildungsangebote für ehrenamtlich engagierte Menschen weiterhin fördern.

Wir richten eine Antidiskriminierungsstelle im Land Bremen ein

Bremen ist ein offenes und tolerantes Land. Dennoch sind auch in Bremen Menschen vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt – bei der Wohnungssuche, am Arbeitsplatz, in der Schule, auf der Straße oder in der Behörde. Menschen werden aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Herkunft, ihrer Sprache, ihres Aussehens, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Behinderung, ihres Alters oder auch ihres Aufenthaltsstatus diskriminiert. Im Bremer Netzwerk gegen Diskriminierung haben sich viele Anlauf- und Beratungsstellen zusammengeschlossen, wo betroffene Menschen sich beschweren und Hilfe in Form von Beratung bekommen können.

Um den Betroffenen den Weg zu der für sie richtigen Anlaufstelle zu erleichtern und die vorhandenen Anlauf- und Beratungsstellen zu unterstützen, schaffen wir eine Antidiskriminierungsstelle im Land Bremen, die wir angemessen ausstatten werden.

Wir fördern den Sport in Bremen

Sportliche Bewegung, ob im Kindergarten, in der Schule, in Vereinsstrukturen, privat oder auf Hochleistungsniveau: Wir GRÜNE wollen Sportler*innen fördern und noch mehr Menschen sportliche Betätigung näherbringen. Die Vielfalt des Sports ist uns wichtig. Breitensport und Spitzensport ergänzen sich gegenseitig. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Sport auf allen Ebenen nachhaltig zu fördern. Dazu gehört auch die Umsetzung des Sportentwicklungsplans. Wir wollen, dass sich auch in Zukunft Ehrenamtliche im Sport engagieren, deshalb sichern wir die Übungsleiterpauschale ab und prüfen eine Erhöhung der Mittel. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Geld für Energiekostenzuschüsse an Sportvereine ausgeschüttet wird.

Wir haben unter grüner Regierungsbeteiligung erfolgreich Präventionsprogramme und Fanprojekte gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie im Sport unterstützt, hierfür setzen wir uns auch weiterhin ein. Wir wollen, dass Vereine und Verbände auch zukünftig ausreichend Förderung für solche Programme erhalten.

Um die Aus- und Fortbildung der vielen ehrenamtlich engagierten Menschen zu unterstützen, wollen wir den Landessportbund mit seinem Bildungswerk finanziell stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass im Kindergarten durch qualifizierte Bewegungsangebote ein Grundstock für kindgerechten Sport geschaffen wird.

Wir setzen uns für eine dritte Sportstunde in den Schulen ein und den Aufbau des Studiengangs Sport an der Universität Bremen. Die vielen Leistungssportler*innen in Bremen in den verschiedenen Disziplinen und Vereinen wollen wir weiterhin vermehrt unterstützen und ihre positiven Leistungen würdigen. Dafür unterstützen wir den Aufbau eines Hauses der Athleten und setzen uns dafür ein, dass der Förderturnus für die Leistungssportförderung in Anlehnung an den olympischen Rhythmus angepasst wird. Wir wollen auch die Modernisierung der maroden Schulturnhallen und die kontinuierliche Modernisierung und Instandhaltung von Bezirkssportanlagen. Dafür werden wir einen verbindlichen Modernisierungsplan auflegen, damit am Ende alle Schulturnhallen und Bezirkssportanlagen in einem guten Zustand sind.

Alle Kinder sollen schwimmen lernen

Wir GRÜNE wollen, dass alle Kinder schwimmen lernen, denn immer mehr Kinder können nicht schwimmen. In Zusammenarbeit mit Kinderärzt*innen, Kitas, Grundschulen und Schwimmverband/DLRG wollen wir ein Netzwerk schaffen, damit der präventive Charakter des Schwimmens hervorgehoben und Eltern ihre Verantwortung besser wahrnehmen können. Im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung werden wir die Schwimmfähigkeit der Kinder erfassen und entsprechende Angebote und Informationen an die Eltern reichen. Wir wollen sicherstellen, dass Schulschwimmen ab der zweiten Schulklasse beginnt, mit deutlich längeren Wasserzeiten, damit die Kleinen schon früh schwimmen lernen und auch ihre Fähigkeiten weiter ausbauen können. Dazu gehört auch, dass wir den Kindern im Elementarbereich bis zum Grundschulalter einen kostenlosen Eintritt in die Bremer Bäder gewähren wollen – und das ohne bürokratische Hürden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schwimmbäder auch in Zukunft saniert werden und dass das Bäderkonzept umgesetzt wird. Hierzu bedarf es eines mehrjährigen Modernisierungs- und Sanierungsplans. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schwimmbäder genügend Übungszeiten für Kindergärten, Schulen und Vereine anbieten. Daneben muss noch ausreichend Platz und Zeit für private Schwimmbadbesuche bleiben. Wir wollen ein gutes Angebot an Schwimmkursen für die vielfältigen Bedürfnisse der unterschiedlichen Menschen.

Auch ist es wichtig, dass die Kinder schon früh eine Wassergewöhnung erfahren; daher werden wir Schwimmvereine und Elterninitiativen unterstützen. Damit auch Jung und Alt nicht zu kurz kommen,

werden wir die Eintrittspreise der Bremer Bäder neu ordnen und darauf achten, dass sozial ausgrenzende Preise vermieden werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese vier Projekte:

- **Umsetzung der Barrierefreiheit in Bremen**

Mit dem Behindertengleichstellungsgesetz haben wir die Grundlage für die Umsetzung der Barrierefreiheit geschaffen. Daraus werden wir einen Maßnahmenplan entwickeln, um in Bremen im öffentlichen Raum eine gänzliche Barrierefreiheit zu schaffen. Zudem werden wir Anstöße dafür geben, dass Produkte und Dienstleistungen von privaten Anbietern barrierefrei werden.

- **Selbst gewählte Wohnformen für beeinträchtigte Menschen**

Das Selbstbestimmungsrecht von beeinträchtigten Menschen, insbesondere auch Älteren, wollen wir durch ein integratives Wohnkonzept ermöglichen. Dafür wollen wir mehr ambulante Wohnformen schaffen und für bedarfsgerechten barrierefreien Wohnraum sorgen.

- **Alle Kinder sollen schwimmen lernen**

Viele Bremer Kinder können nicht schwimmen. Wir wollen die Schwimmzeiten für Kindergärten, Schulen und Vereine ausweiten, damit alle Bremer Kinder schwimmen lernen. Für alle Bremer*innen soll es Schwimmkurse, gute Öffnungszeiten und angemessene Eintrittspreise in den Bremer Bädern geben. Dazu gehört, den Kindern bis zum Grundschulalter freien Eintritt in die Bremer Bäder zu gewähren.

- **Antidiskriminierungsstelle im Land Bremen einrichten**

Wir dulden keine Diskriminierung im Land Bremen. Um von Diskriminierung betroffenen Menschen den Weg zu der für sie richtigen Anlaufstelle zu erleichtern, schaffen wir als Dach für die vorhandenen Anlauf- und Beratungsstellen eine Antidiskriminierungsstelle. Diese werden wir angemessen ausstatten.

Armut bekämpfen und Perspektiven schaffen

Die Spaltung zwischen Arm und Reich ist in Bremen und Bremerhaven groß. Derzeit liegt die Armutsquote in Bremen bei 23,1 Prozent, und dort wo Armut herrscht, verfestigt sie sich. Besonders ausgeprägt ist in Bremen und Bremerhaven die Kinderarmut, betroffen sind hier vor allem Kinder von Alleinerziehenden. Mit einer Vielzahl von Initiativen, Programmen und Einzelmaßnahmen haben wir in den letzten Jahren versucht, Wege aus der Armut zu ebnet. Die Armutsquote zeigt, dass dies nicht in dem Maße gelungen ist, wie es notwendig gewesen wäre.

Für uns GRÜNE ist klar: Wir akzeptieren diese Entwicklungen nicht. Wir wollen nicht zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Mit einem Dreiklang aus Prävention, Bekämpfung von Ursachen von Armut und der Sicherstellung von Teilhabe von armen Menschen am gesellschaftlichen Leben wollen wir den sozialen Ausgleich in Bremen und Bremerhaven sicherstellen.

Chancen für Kinder unabhängig von ihrem Elternhaus sowie ein Einkommen, das ausreicht, um den Lebensunterhalt selber bestreiten zu können, sind die beste Versicherung gegen Armut. Wege aus der Armut führen vor allem über ausreichend bezahlte Arbeit. Wir wollen Menschen, die schon lange arbeitslos sind, neue Chancen eröffnen und uns dafür einsetzen, dass alle von ihrer Arbeit leben können. Auf die nach wie vor herrschende Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt wollen wir dabei ein besonderes Augenmerk legen. Armut darf nicht zum Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben führen. Deshalb sichern wir die bestehenden Angebote ab, insbesondere im jeweiligen Quartier, und entwickeln diese weiter.

Die wirksame Bekämpfung von Armut setzt ein gut koordiniertes Zusammenspiel des gesamten Senats voraus. Von Bildungsangeboten über Gesundheitsthemen bis zur Stadtentwicklung reichen die Instrumente gegen Armut.

Im Schulterschluss mit der Bundespartei der GRÜNEN setzen wir uns für die Überwindung der Agenda 2010 ein. Die Hartz-Reformen haben die gesellschaftliche Ungleichheit verstärkt, zu mehr Leiharbeit und zu mehr Besucher*innen der Essenstafeln geführt. Um realistisch Verbesserungen zu erreichen und langfristig als Volkswirtschaft wettbewerbsfähig zu bleiben, brauchen wir einen aktiven und geschlechtergerechten Wohlfahrtsstaat. Wir setzen uns daher auf Bundesebene auch für die Kindergrundsicherung, eine armutsfeste Garantierente und eine Reform der Grundsicherung ein. Wir streben zukünftig eine sanktionsfreie Garantiesicherung an. Das verfassungsrechtlich garantierte Existenzminimum darf nicht gekürzt werden. Bis dahin werden wir uns auf Bundesebene für eine Erhöhung des Regelsatzes für Grundsicherungsbezieher*innen einsetzen. Die erfolgreiche Arbeitslosen- und Sozialberatung soll weiter unterstützt und fortgesetzt werden. Außerdem ist es an der Zeit, auf Bundesebene ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zum bedingungslosen Grundeinkommen zu starten. Bremen oder Bremerhaven als Kommunen können wir uns dafür sehr gut vorstellen.

Langzeitarbeitslosigkeit effektiv bekämpfen

Voraussetzung für ein Leben frei von staatlichen Hilfeleistungen und Armutsgefährdung ist eine sichere Arbeitsstelle und eine entsprechende existenzsichernde Entlohnung. Trotz guter Konjunktur gibt es immer noch zu viele Menschen, die dauerhaft keine Chance haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Wir GRÜNE stehen dafür, diese Menschen zu unterstützen und Sanktionen abzubauen. Wir werden daher unsere Programme zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt mit Hilfe von europäischen und Bundesmitteln fortführen, intensivieren und besser an die Bedürfnisse der Arbeitssuchenden anpassen. Dazu gehört die Schaffung von flexiblen Arbeitszeitmodellen, jobbegleitenden Unterstützungsmaßnahmen, die Ausweitung der Programmdauer sowie passgenaue und

schnell zur Verfügung stehende Angebote zur flexiblen Kinderbetreuung für Teilnehmer*innen an Beschäftigungsprogrammen. Weiterbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen sollen im Einvernehmen mit den Langzeitarbeitslosen ohne Androhung oder Ausübung von Sanktionen vereinbart werden.

Geringqualifizierte sind besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. Wir wollen daher Weiterbildungen mit einem Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf besser fördern, um Arbeitssuchende nachhaltig in Beschäftigung zu bringen und somit die Gefahr der Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern. Zentral ist hierbei, dass Arbeitssuchende bei einer Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen finanziell bessergestellt werden und nicht die Mehrkosten selber tragen müssen. Wir wollen deshalb prüfen, welche Finanzierungsmöglichkeiten zum Lebensunterhalt von Arbeitslosen während einer Weiterbildungsmaßnahme möglich sind.

Kinderarmut bekämpfen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zentral für die Armutsprävention. Sie muss möglich sein, egal ob alleinerziehend oder nicht. Lange Wartelisten in der Kindertagesbetreuung, belastende Bring- und Abholwege und Stundenausfall in der Ganztagsbetreuung wollen wir deutlich verringern. Wir GRÜNE setzen uns für verlässliche, bedarfsgerechte und flexible Kinderbetreuung ein. Unser Ziel ist die Bekämpfung der Kinderarmut. Deshalb setzen sich GRÜNE auf Bundesebene für die Einführung einer Kindergrundsicherung ein. In den zunehmend belasteten Stadtteilen werden wir zügig Ganztagsangebote schaffen und die Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Berufsschule besser ausstatten, um allen Kindern einen guten Start zu ermöglichen. Der räumlichen Konzentration von Kindern, die in Armut leben, wie sie aktuell in Bremen-Nord, im Bremer Westen, dem Goethequartier und Grünhöfe in Bremerhaven stattfindet, müssen wir durch verstärkte Integrationsangebote begegnen. Dazu gehört auch die sozialräumliche Unterstützung, die die Kompetenzen der Familien frühestmöglich stärkt. Den Jugendämtern kommt bei der Umsetzung und fachlichen Begleitung eine zentrale Rolle zu. Deshalb müssen sie personell gut ausgestattet sein. Mit dem Projekt „Jugendamt weiterentwickeln!“ haben wir die Grundlage dafür geschaffen, dass die Jugendämter verstärkt im Quartier ihren Beitrag dazu leisten können.

Soziale Stadtentwicklung gestalten

In Bremen und Bremerhaven wollen wir die soziale Stadtentwicklung weiter vorantreiben. In den Stadtteilen gibt es eine Vielfalt von Häusern oder gemeinsam genutzte Liegenschaften, die als so genannte „Quartiers- und Bildungszentren“ arbeiten. Diese Zentren arbeiten in der Regel stark vernetzt. Sie haben oftmals mit viel Bürokratie im Antragswesen zu kämpfen. Generell wollen wir Abläufe, Antragsverfahren und Bewilligungszeiträume prüfen und vereinfachen. Um die soziale Stadtentwicklung weiter zu fördern, wollen wir das bewährte Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) ausbauen. Wir wollen dessen Mittel verdoppeln, um gezielt die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern.

Ungewollte Einsamkeit im Alter verhindern

Einsamkeit kann Menschen beflügeln, aber auch krank machen. Wir wollen Angebote unterstützen und fördern, die sich an einsame und alleinstehende Menschen richten. Mit der Aufsuchenden Altenarbeit, den ZeitspenderInnen und den vielfältigen Angeboten der Altenhilfe verfügen wir über ein Netzwerk, das wir noch ausbauen wollen. Dabei wollen wir auch die Selbsthilfe von Älteren unterstützen. Über 4.000 Nachbarschaftshelfende reichen in Bremen noch nicht aus, um allen Menschen die Einsamkeit zu nehmen.

Alleinerziehenden Arbeit und Ausbildung ermöglichen

Im Land Bremen leben aktuell ca. 18.000 Alleinerziehende, mehr als die Hälfte davon sind zur Sicherung ihrer Existenz auf Grundsicherungsleistungen gänzlich oder ergänzend angewiesen. Besonders auffällig sind im Land Bremen die hohen Quoten von Alleinerziehenden ohne Schul- bzw. Berufsabschluss. Für uns GRÜNE ist deshalb klar: Wir werden die Möglichkeiten von Teilzeitausbildungen sowohl in der schulischen als auch in der dualen Ausbildung ausbauen, um frühzeitig der drohenden Armutsspirale für Alleinerziehende zu begegnen.

Alleinerziehende in einer Großstadt müssen in der Regel ohne familiäre Unterstützungssysteme auskommen. Grundlage einer Erwerbstätigkeit ist daher eine verlässliche und flexible, an den tatsächlichen Bedarf angepasste Kinderbetreuung. Wir werden deshalb beim Kita-Ausbau die bessere Randzeitenbetreuung berücksichtigen, über die Regelbetreuung hinaus auch flexible Kinderbetreuungseinrichtungen vorhalten, kreative Lücken- Betreuungsangebote, wie Hol- und Bring-Dienste nach dem Berliner Modell, ausbauen und ein regelmäßiges Familien-Monitoring mit Elternbefragungen zu Bedarf und Ausgestaltung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten einführen.

Um die Lebenssituation von Alleinerziehenden in den Stadtteilen zu verbessern, werden wir ein Handlungskonzept zur Entlastung und Stärkung von Alleinerziehenden im Quartier entwickeln. Dafür sollen niedrigschwellige Unterstützungsangebote in den Stadtteilen systematisch überprüft, gegebenenfalls ausgebaut, auf andere Stadtteile übertragen und verstetigt sowie mit den erforderlichen Ressourcen ausgestattet werden.

Hilfe in Notlagen für Alleinerziehende

Wir GRÜNE werden dafür sorgen, der Druck auf Unterhaltspflichtige, ihren gesetzlichen Verpflichtungen für ihre Kinder auch nachzukommen, verstärkt wird. Wer keinen Unterhalt zahlt, muss mit Sanktionen rechnen. Hierzu wollen wir die personelle Ausstattung der Jugendämter verbessern. Außerdem wollen wir, dass die Situation für alleinerziehende SGB-II-Bezieher*innen verbessert wird. Von den ausgeweiteten Ansprüchen auf Unterhaltsvorschuss haben alle Bezieher*innen von Jobcenter-Leistungen nichts, denn das Jobcenter kürzt seine Leistungen um den erhaltenen Unterhaltsvorschuss. Wir wollen uns auf Bundesebene deshalb für einen Unterhaltsfreibetrag einsetzen.

Die fehlenden Unterhaltszahlungen bedeuten für die Alleinerziehenden Ämtergänge, Beantragungstress und Gerichtsverfahren und nicht zuletzt Existenzängste. Wir wollen daher Ämtergänge durch eine moderne Verwaltung vermeiden, indem Unterhaltsvorschuss auch per App beantragt werden kann. Zudem wollen wir die vorhandenen Unterstützungsleistungen des Jugendamts, z. B. bei der Beistandsschaft, besser bekannt machen. Wir wollen die Häuser der Familie zu dezentralen Stadtteil-Anlaufstellen für Alleinerziehende entwickeln, wo sie zu Informations-, Dienstleistungs- und Finanzleistungsfragen beraten werden.

Wirksame Steuerung von Programmen zur Bekämpfung der Armut

Um die Armutsgefährdung in Bremen und Bremerhaven zügig und effektiv zu reduzieren, müssen alle Senatsressorts das Thema Armutsbekämpfung als Querschnittsaufgabe begreifen. Wir wollen daher eine engere Zusammenarbeit und effektive Abstimmung der relevanten Maßnahmen sicherstellen. Hierzu werden wir gemeinsam mit Arbeitgeber*innen, Jobcenter, Agentur für Arbeit und den freien Beschäftigungsträgern die Zielsetzungen, Steuerung und Umsetzung besser verabreden und die einzelnen Programme, Maßnahmen und Projekte verbindlich evaluieren.

Strom- und Wassersperren verhindern

Eine ausreichende Versorgung mit Energie und Wasser gehört zur Grundversorgung. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Zahl der Strom- und Wassersperren sinkt und Menschen in Not schnell geholfen wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundsicherung und das Wohngeld erhöht werden, damit steigende Kosten für Energie und Wasser abgedeckt sind. Wir wollen zudem Projekte weiter fördern, die Verbraucher*innen beraten, wie sie ihren Energieverbrauch senken und sich nachhaltig vor steigenden Kosten schützen können.

Menschen helfen, Wohnungen schaffen und Quartiere unterstützen

Der Wohnraumangel trifft vor allem diejenigen, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind. Eine Voraussetzung für die Bekämpfung von Armut ist das Vorhandensein von bezahlbaren Wohnungen in stabilen Strukturen. Daher werden wir GRÜNE zur Gewährleistung eines ausreichenden Angebots an bezahlbarem Wohnraum in allen Stadtteilen die soziale Wohnraumförderung bedarfsgerecht fortsetzen und ausbauen.

Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – ohne Wohnung sind, brauchen unsere Unterstützung. Das bedeutet: Hilfe beim Suchen und Finden einer geeigneten Wohnung oder eines Wohnheimplatzes. Nötig ist auch die Begleitung beim Überwinden der entsprechenden, häufig bürokratischen Hürden. Wir unterstützen die Organisationen und Projekte, die hier wichtige Arbeit in unseren Städten leisten. Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass betroffene Menschen dezentral in normalen Wohnungen leben können und persönliche Hilfe bekommen.

Um stabile Bewohnerstrukturen zu schaffen und zu erhalten, wollen wir preiswerte Wohnungen auch in Stadtteilen mit höherem Mietniveau. Dafür haben wir die Sozialwohnungsquote eingeführt. Diese wollen wir fortführen, bedarfsgerecht anpassen und von Widersprüchen, wie der Aufrechnung von Baugemeinschaften auf die Sozialquote, befreien. Die Städtebauförderung leistet im Rahmen ihrer Maßnahmen zur Quartiersentwicklung wichtige Beiträge. Sie stärkt die Kräfte und Potenziale im Stadtteil, die bei der Bewältigung von Armutslagen unentbehrlich sind. Wir werden deshalb die soziale Stadt(teil)entwicklungspolitik effektiver aufstellen. Unser Ziel ist es, die Quartiersentwicklung zu fördern die Akteur*innen im Stadtteil zu stärken. Dabei werden wir die bestehenden Erfahrungen des kommunalen Handlungsprogramms WiN und der Städtebauförderung (insbesondere Soziale Stadt und Stadtumbau West) nutzen.

Neben Maßnahmen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit brauchen wir auch weiterhin ein vielfältiges Angebot an Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen ohne Wohnung. Vor allem psychisch kranke Wohnungslose benötigen besondere Unterstützung an der Schnittstelle zwischen den Senatsressorts für Soziales und Gesundheit. Wir dürfen keine*n vergessen. Wohnungslose brauchen niedrigschwellige Gesundheitsangebote und Orte, an denen sie zusammenkommen und sich treffen können. Wir brauchen gute öffentliche Sanitäranlagen, Trinkwasserbrunnen und Schutzräume bei Kälte. Angriffen und Anfeindungen gegen obdachlose Menschen treten wir entschieden entgegen.

Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass der Kündigungsschutz für Mieter*innen auf gemeinnützige Vereine, die Wohnraum für die Unterbringung von Obdachlosen oder im Rahmen ihrer sozialen Zwecke untervermieten, ausgeweitet wird.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Quartierszentren ausbauen**

Den Ausbau der Quartierszentren wollen wir weiter vorantreiben. Unser Ziel ist ein gutes wohnortnahes Angebot, in dem Kinder, Eltern und Familien und alte Menschen unkompliziert Unterstützung, Beratung und Förderung erhalten. Gemeinsam mit den freien Trägern werden wir diese familienunterstützenden Angebote stärken und sie mit Jugendhilfe und Schule verbinden und weiterentwickeln. Außerdem wollen wir die WiN-Gebiete finanziell und personell besser ausstatten.

- **Hilfe in Notlagen für Alleinerziehende**

Wir werden die personelle Ausstattung der Jugendämter verbessern, um die Ansprüche auf Unterhalt bei säumigen Zahler*innen durchzusetzen und uns auf Bundesebene für Verbesserungen in der SGB-II-Gesetzgebung einsetzen, um hier einen Unterhaltsfreibetrag zu etablieren.

- **Menschen helfen und Wohnraum schaffen**

Wir sichern für Wohnungslose niedrigschwellige Gesundheits- und Beratungsangebote und Orte, an denen sie zusammenkommen und sich treffen können. Wir brauchen gute öffentliche Sanitäranlagen, Trinkwasserbrunnen und Schutzräume bei Kälte. Wir schaffen mehr preiswerten Wohnraum, auch in Stadtteilen mit einem sonst höheren Mietniveau.

Gute Bildung: Heute schon an morgen denken

Bildung beginnt für uns GRÜNE mit der Geburt. Wir stärken Familien den Rücken, damit alle Kinder in unserem Land gleiche Chancen erhalten. Die ersten Lebensjahre sind entscheidend. Hier sorgen wir für einen grundlegenden Wandel in den Kitas. Wir setzen auf Qualität und mehr Erzieher*innen. Im Mittelpunkt steht dabei stets das einzelne Kind mit seinen Bedürfnissen.

Genau so geht es dann in der Schule weiter: Schule ist mehr als die Aneinanderreihung von 45-Minuten-Einheiten. In der Schule findet Zukunftslernen statt, sie ist Lern- und Lebensraum. Wir unterstützen ausdrücklich die Weiterentwicklung von Schulen und Unterrichtsqualität.

Inklusion heißt für uns GRÜNE, jede und jeden in ihrer und seiner Einzigartigkeit zu erkennen, Talente zu fördern und Unterstützung dort zu geben, wo sie erforderlich ist. In einer inklusiven Gesellschaft gibt es keine definierte Normalität. Normal ist allein die Tatsache, dass Unterschiede vorhanden sind. Diese Unterschiede sind eine Bereicherung und dürfen keine Auswirkungen auf die Teilhabe haben. Es ist die grundsätzliche Aufgabe eines inklusiven Bildungssystems, den Unterricht so zu gestalten, dass durch eine individualisierte Pädagogik und Didaktik jedes Kind seinen Bedürfnissen entsprechend gezielt unterstützt und gefördert werden kann.

Gute Betreuung für die Kleinsten

Seit 2013 haben Kinder ab dem ersten Geburtstag bundesweit Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Viele Eltern wünschen sich die Betreuung in der Kita für ihre Kinder: weil sie wieder in den Beruf oder die Ausbildung zurückkehren und weil ihre Kinder von dem Besuch einer Kita profitieren. Eine gute Kita schafft Geborgenheit für die Kleinsten, Sicherheit für die Eltern und eine anregende Atmosphäre, damit die Kleinsten spielen und lernen. Gute Kitas leisten eine wichtige Aufgabe im Bereich der Integration und Inklusion. In Bremen und Bremerhaven müssen wir uns anstrengen, den Ausbau der Kitas noch zu beschleunigen. Und wir brauchen Erzieher*innen, die gut ausgebildet sind und angemessen bezahlt werden.

Ausbau von neuen Einrichtungen und Ausweitung der Betreuungszeiten

Unser Ziel ist es, dass für alle unter 3-jährigen (U3) und über 3-jährigen (Ü3) Kinder, deren Eltern einen Platz wünschen oder für die aus sozialpädagogischen Gründen eine Betreuung für notwendig erachtet wird, ausreichend Kitaplätze in Bremen und Bremerhaven zur Verfügung stehen. Dazu müssen weitere Kitas gebaut werden. Die Verfahren zur Planung und zum Bau von Kitas mit den dafür nötigen Investitionen wollen wir unter Nutzung der Kompetenzen der Beiräte vor Ort weiter beschleunigen und dafür die Verwaltung, die plant und baut, besser ausstatten. Hamburg und Berlin haben gezeigt, dass mit einem anderen Finanzierungsmodell, das auf größere Trägerverantwortung und Kita-Gutscheine für die Eltern setzt, schneller neue Plätze geschaffen werden können. Dieses System wollen wir übernehmen. Wir wollen die U3-Betreuung so ausbauen, dass Kinder, die noch nicht drei Jahre alt sind („Viert-Quartals-Kinder“), länger in den Krippengruppen bleiben können. Dadurch entlasten wir die Erzieher*innen in den Ü3-Gruppen und geben den Zweijährigen mehr Geborgenheit.

Wir brauchen mehr ganztägige Angebote in Kitas für alle Kinder von Anfang an. Den Rechtsanspruch auf 30 Stunden Betreuung pro Woche wollen wir auf alle Kinder ab dem ersten Geburtstag ausweiten. Hinzu kommt eine zeitliche Flexibilisierung des Betreuungsangebots. So reagieren wir auf die veränderten Arbeitsbedingungen und helfen Alleinerziehenden.

Fachkräftemangel in Kitas entgegenwirken

Mehr Kitas benötigen mehr Fachkräfte. Wir wollen mehr Erzieher*innen einstellen und ausbilden. Wir wollen, dass die Erzieherausbildung zukünftig nicht nur kostenlos ist, sondern – wie beim begonnenen Bremer Modell der Praxisintegrierten Ausbildung (PIA) – eine Ausbildungsvergütung gezahlt wird. Damit wollen wir den Einstieg in die mittelfristig flächendeckende duale Ausbildung schaffen und mehr Menschen aller Geschlechter ermutigen, sich in diesem Bereich zu qualifizieren. Wir machen uns außerdem für eine bessere Bezahlung der Erzieher*innen stark: Sie sollen für ihre wichtige Arbeit gut bezahlt werden!

Qualität, Inklusion und Sprachförderung in den Kitas

Im bundesweiten Vergleich schneiden unsere Kitas schon heute gut ab. Der Betreuungsschlüssel ist besser als in vielen anderen Bundesländern. In Bremen und Bremerhaven ist die Inklusion in Kitas gelebte Praxis. Wir wollen gemeinsam mit den Akteur*innen landesweit einen neuen Orientierungsrahmen für gute fachliche Praxis erarbeiten und diesen mit Fortbildungsangeboten verbinden.

Die Sprachförderung muss intensiviert werden. Wir wollen den Übergang von der Kita in die Grundschule durch Festlegung von Kooperationen systematisieren. Wir wollen, dass Assistenzkräfte von der Kita in die Grundschule „mitgenommen“ werden können. So stellen wir sicher, dass zum Beispiel zusätzliche Förderung vom ersten Schultag an gewährleistet ist und wichtige Informationen über die einzelnen Kinder nicht verloren gehen. Die Arbeit der Familienzentren wollen wir stärken. Das Thema Inklusion soll stärker in die Ausbildung von Erzieher*innen integriert werden.

Elternvereine sowie Tagesmütter und -väter bleiben wichtig für unser System der frühkindlichen Bildung. Sie sollen an den neuen Maßnahmen für Fachberatung und Qualitätsentwicklung teilnehmen und sich vernetzen können. Eltern, die ihre Kinder von Tagesmüttern oder -vätern betreuen lassen, sollen keinen Nachteil haben, wenn ihr Kind später einen Kitaplatz benötigt.

Erleichterung des Anmeldeverfahrens und Abschaffung der Kindergartenbeiträge

Wir führen ein zentrales internetbasiertes Anmeldeverfahren für die Kinderbetreuungsplätze ein, bei dem zu jedem Zeitpunkt die freien Platzkapazitäten in den Einrichtungen ersichtlich sind. Wir erwarten dadurch eine schnellere Aufnahmeentscheidung, bessere Vermittlung bei Kapazitätsengpässen, mehr Klarheit über tatsächliche Bedarfe sowie weniger Kommunikationsaufwand für Eltern und Behörden.

Wir führen zum Kita-Jahr 2019/2020 ohne Qualitätsverlust eine Beitragsfreiheit in der Ü3-Betreuung (3-6 Jährige) für acht Stunden Betreuung am Tag ein. In einem nächsten Schritt sollte die Hortunterbringung beitragsfrei werden.

Für Bremen und Bremerhaven einheitliche Bedingungen schaffen

Wir wollen, dass die Kitas in Bremen und Bremerhaven nach den gleichen Maßstäben finanziert werden und einheitlichen Qualitätsansprüchen unterliegen. Dies werden wir in einem Landesgesetz festlegen. Dabei sollen die gleichen sozialen Kriterien wie bei den Schulen angelegt werden.

Ungleiches wird ungleich gefördert, d.h. wir werden Einrichtungen mit überdurchschnittlich vielen sozial und wirtschaftlich benachteiligten Kindern mit individuellem Förderungsbedarf und Sprachförderbedarf stärker unterstützen. Das von uns eingeführte kostenlose, gesunde Mittagessen in Kitas soll für alle

Kinder aus Familien mit geringem Einkommen erhalten bleiben. Wir werben dafür, dass jedes Kind, bevor es in die Schule kommt, mindestens das dritte Kindergartenjahr besucht hat.

Mehr Bildungsgerechtigkeit in unseren Schulen durchsetzen

Guter Unterricht, individuelle Förderung, ein wertschätzender Umgang zwischen allen Beteiligten: So stellen wir uns unsere Schulen vor. Eine ganzheitliche Bildung, die unsere Schüler*innen befähigt, ihre eigenen Persönlichkeiten zu entfalten und als mündige Bürger*innen selbstbewusst und solidarisch unsere Gesellschaft mitzugestalten, ist unser Ziel.

Bei der Umsetzung der Inklusion, der Einführung von Ganztagschulen und bei der Sprachförderung haben die Schulen in Bremen und Bremerhaven bereits gute Arbeit geleistet. Die weitere Qualitätssteigerung in diesen Bereichen wird ein Schwerpunkt in der nächsten Wahlperiode sein.

Bildung besser ausstatten und die Unterrichtsversorgung sicherstellen

Gute Bildung kostet Geld. Wir werden das Ausgabenniveau in der Bildungspolitik weiter erhöhen, um es an die anderen Stadtstaaten anzugleichen. Das Geld benötigen wir für eine Qualitätsoffensive, u.a. für Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur, für eine bessere personelle Ausstattung der Schulen, für die Umsetzung der Inklusion, für die Unterrichtsentwicklung und die Reduzierung des Unterrichtsausfalls.

In den kommenden Jahren werden mehr Schüler*innen in die Schule kommen und gleichzeitig viele Lehrer*innen in den Ruhestand gehen. Für uns ist es eine zentrale Voraussetzung erfolgreicher Bildungspolitik, die Unterrichtsversorgung an allen Schulen sicherzustellen. Dafür müssen wir kurzfristig mehr Lehrer*innen einstellen. Gleichzeitig wollen wir aber auch mehr Lehrer*innen an der Universität und im Referendariat ausbilden. Für Schulen, die aufgrund von Personalknappheit Mindeststandards für Beschulung unterschreiten, werden wir Notfallkonzepte erarbeiten und umsetzen. Dabei ist der Verein Stadtteilschule ein wichtiger Partner. Wenn Masterstudierende an Schulen eingesetzt werden, müssen den Schulen Ressourcen für eine intensive Begleitung zur Verfügung gestellt werden. Seiten- und Quereinsteiger*innen benötigen von Anfang an berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen.

Zugewanderten Lehrer*innen muss der Zugang zu einer Tätigkeit als Lehrer*in in Deutschland erleichtert und zügiger vollzogen werden. Wir wollen die hier entstandenen Potenziale nutzen, um die Lehrerversorgung an den Schulen in Bremen und Bremerhaven zu verbessern.

Mehr Ganztags-Grundschulen einrichten

Mit unseren Grundschulstandorten in Bremerhaven und Bremen haben wir das Konzept der kurzen Wege für unsere Jüngsten umgesetzt. Wir fordern weiterhin die flächendeckende Versorgung mit Ganztagsschulplätzen. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass es ab 2025 deutschlandweit einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen geben soll.

Wir werden mehr Ganztagschulen einrichten, bevorzugt gebundene, aber auch offene, und die jetzigen offenen Ganztagschulen, die dies wollen, mittelfristig in gebundene überführen. Die notwendigen Mittel zur Sicherstellung der räumlichen Kapazitäten stellen wir zeitgerecht bereit. Unsere Ziele sind ein flächendeckendes Angebot und einheitliche Standards.

Wenn eine Schule zur Ganztagschule wird, braucht sie mehr Personal, mehr Räume, eine Mensa und eine hierfür angemessene Ausstattung. Diese Bedingungen müssen mit Beginn des Ganztagschulbetriebs zur Verfügung stehen. Der Ausbau von Ganztagschulen dient sowohl Familien in sozial und wirtschaftlich

benachteiligten Gebieten als auch einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Solange noch nicht genügend Ganztagsplätze bereitstehen, muss es weiterhin ein ausreichendes Hortplatzangebot geben.

Für effektiveres Lernen: Schulbeginn 9 Uhr

Viele Studien, aber auch die Erfahrungen vieler Pädagog*innen und Schüler*innen belegen, dass das Lernen in den ersten Schulstunden vielen Kindern schwerfällt. Konsequenterweise fordern wir deshalb, dass der Unterricht an Schulen im Land Bremen nicht vor neun Uhr beginnt. Frühbetreuung für die Kinder arbeitender Eltern stellen wir selbstverständlich sicher.

Zukunft der Schulstruktur gestalten

Wir haben aktiv für eine Verlängerung des Schulkonsenses geworben und diesen unterschrieben, da wir uns bewusst sind, dass die Schulen Ruhe wollen, um an Schulkultur und Unterrichtsmethoden und -qualität weiterarbeiten zu können. Um der sozialen Spaltung und Bildungssegregation entgegenzuwirken, muss nach unserer Überzeugung aber perspektivisch das „Zwei-Säulen-Modell“ überwunden werden, zugunsten einer „Schule für alle“.

Wir wollen Diskussionen über die Unterrichtsqualität und über Unterrichtsmethoden anstoßen mit dem Ziel zu überprüfen, ob die heute verbreiteten Methoden tatsächlich für alle Schüler*innen, auch die mit schwierigeren Startbedingungen, geeignet sind.

Besoldung für Grundschullehrer*innen und Unterrichtsverpflichtung verbessern

Obwohl sie keine geringer einzustufende Ausbildung absolvieren, werden Grundschullehrer*innen gegenwärtig eine Gehaltsstufe niedriger eingestuft. Dies betrifft auch einige Lehrer*innen in der Sekundarstufe 1. Wir werden dieses Gerechtigkeitsdefizit in einem immer noch klassischen Frauenberuf bis 2023 beseitigen, so dass alle Grundschullehrer*innen von Anfang an wie ihre Kolleg*innen grundsätzlich mit A 13 besoldet bzw. entsprechend der Eingruppierung nach TV-L bezahlt werden.

Unterschiedliche Belastungen sollen künftig durch die Anzahl der zu haltenden Unterrichtsstunden ausgeglichen werden. Die Arbeit an Schulen mit besonders vielen sozial und wirtschaftlich benachteiligten Kindern werden wir weiterhin durch eine Kürzung der Lehrverpflichtungen verbessern. Unsere Lehrer*innen erhalten dadurch mehr Zeit, u.a. für die Arbeit in multiprofessionellen Teams und Elternarbeit. Unser Ziel ist es außerdem, den Anteil männlicher Grundschullehrer zu erhöhen.

Für gute Schulen brauchen wir engagierte Schulleitungen. Wir GRÜNE wollen die Anreize verbessern, diese verantwortungsvolle Aufgabe anzunehmen. Wir werden uns weiter für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Leitung von Schulen einsetzen.

Schulen brauchen nicht nur Lehrer*innen

Die Ausstattung der Schulen ist in Bremen und Bremerhaven in Bezug auf das nichtunterrichtende Personal sehr unterschiedlich. In Zukunft soll auch das nichtunterrichtende Personal in Bremerhaven vom Land finanziert werden. In der Landeszuweisungsrichtlinie wollen wir auch festlegen, dass soziale Herausforderungen der einzelnen Schulen anhand transparenter Kriterien bewertet werden und zu unterschiedlich hohen Ressourcenausstattungen führen.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass – wie im neuen Bremer Schulkonsens vorgesehen – in spätestens fünf Jahren jede Schule über das Instrument der Sozialarbeit verfügen soll: An jeder Schule in jedem Stadtteil braucht es Ansprechpartner*innen mit hohen Beratungskompetenzen und guten Kenntnissen der Unterstützungssysteme! Schule begreifen wir als sozialen Raum, in dem nicht allein Schüler*innen mit diagnostiziertem Förderbedarf und in sozial benachteiligten Stadtteilen gefördert werden sollen. Jedes Kind soll an jeder Schule die notwendige soziale, psychologische und pädagogische Unterstützung erhalten können, die es braucht.

Inklusion durchführen

Wir GRÜNE wollen ein flächendeckendes inklusives Angebot an unseren Schulen. Damit alle Kinder individuelle Lernunterstützung in Anspruch nehmen können, werden wir mehr Förderlehrkräfte und weiteres pädagogisches Fachpersonal einstellen. Wir werden dafür sorgen, dass die Personalzuweisung von Sozialpädagog*innen spürbar angepasst wird. Wir wollen die vorhandenen schulunterstützenden Angebote, die Zentren für unterstützende Pädagogik (ZUP) und die regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) stärken und ausbauen. Wir wollen verpflichtende Kooperationszeiten für Lehrkräfte einführen, um sowohl die Teamarbeit in den Kollegien als auch die Zusammenarbeit mit anderen Diensten zum Wohl der Kinder besser zu untermauern.

Wir wissen, dass die Inklusion an vielen Schulen hervorragend umgesetzt wird. Wir kennen aber auch die Probleme, die vor allem dann auftreten, wenn einzelne Schüler*innen durch ihr Verhalten das Lernen in der ganzen Klasse erschweren. Hier brauchen wir dringend bessere Voraussetzungen für schulinterne Maßnahmen, wie z. B. die in Hamburg und Berlin praktizierten sogenannten Übergangsklassen oder temporäre Lerngruppen. Darüber hinaus benötigen wir eine verstärkte Aus- und Fortbildung der Lehrer*innen und mehr Unterstützung in akuten Krisensituationen, zum Beispiel durch mehr schuleretzende Maßnahmen an den ReBUZen, um nach 2024 das Förderzentrum Fritz- Gansberg-Straße schließen zu können.

Wir wollen die Mittel von Schulbegleitung und Schulasistenz im Sinne der Schule und der Verlässlichkeit für die betroffenen Familien besser verzahnen. Bauliche Veränderungen sollen auch die gemeinsame Planung und Gestaltung des Unterrichts verbessern. Die Zusammenarbeit von Fach- und Förderlehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen und Schulasistent*innen, von Ganztagspersonal und Schulbegleiter*innen wird so erleichtert und wirkungsvoller. Alle Kinder sollen, egal auf welchem Lernstand und unabhängig von ihrem Lerntempo und ihrem Lerntyp, optimal in unseren Schulen gefördert werden. Wir begrüßen deshalb auch die bereits angelaufenen Projekte zur Förderung von Hochbegabten an unseren Schulen und werden sie als wichtigen Beitrag für Vielfalt an Schulen weiter fördern.

Deutsch als Zweitsprache fördern

Ohne die engagierte Arbeit unserer Schulen wird Integration nicht gelingen. Wir wollen das bestehende System der so genannten Vorklassen für Geflüchtete und Zugewanderte überprüfen. Wir GRÜNE wollen ein Konzept, das alternativ zu den Vorklassen auch eine sofortige Integration in die Regelklassen ermöglicht bei gleichzeitigem intensiven Sprachunterricht, der dann bei Bedarf wesentlich länger als in den jetzigen Vorklassen erteilt werden kann. Hier gibt es bereits erfolgreiche Beispiele in Bremerhaven und an einzelnen Bremer Schulen. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, diese mehr in die Breite zu bringen.

Familien unterstützen

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, aber auch bei uns sitzen immer noch Kinder mit leerem Magen in der Schule. Das von uns eingeführte kostenlose, gesunde Mittagessen in Grundschulen soll für alle Kinder aus Familien mit geringem Einkommen erhalten bleiben. Mit dem Bremen-Pass stellen wir auch weiterhin sicher, dass alle Kinder an Klassenfahrten und Ausflügen teilnehmen können sowie bei Bedarf zusätzliche Förderung erhalten. Die Schule ist zudem auch für Eltern oft erste Ansprechpartnerin bei Fragen zur Entwicklung und Unterstützung der Kinder. Wir begrüßen das Modell „Familienklasse“ und wollen Modellprojekte unterstützen, bei denen Schulen sich in Richtung Familienzentren entwickeln.

Demokratie und Vielfalt erfahren

Demokratie, Vielfalt und Selbstbestimmung müssen früh erlernt werden. Wir wollen Kinder von Beginn an mitbestimmen lassen, da wir wissen, dass ein undemokratisches Bildungssystem nicht zu Demokratie befähigen kann. Kinder können bei der Auswahl von Einheiten und Projekten mitbestimmen. Dafür braucht es demokratie-pädagogisch ausgebildete Erzieher*innen und Lehrkräfte, die den demokratischen Rahmen sinnvoll gestalten. Durch entsprechende Aus- und Fortbildungsangebote unterstützen wir unsere pädagogischen Fachkräfte dabei.

Demokratieprojekte sollen in allen Schulformen ein festes Angebot sein, damit Kinder und Jugendliche die Vielfalt der Gesellschaft, unterschiedliche Lebensentwürfe und die Pluralität von Meinungen schätzen lernen. Projekte, die das Ziel einer kritischen Reflexion von Geschlechterrollen unter Jugendlichen haben, werden wir fest in den Lehrplänen verankern. Politische Bildung ist, gerade in Zeiten erstarkender rechtspopulistischer Parteien, für das Mitwirken an demokratischen Prozessen und das Gelingen von Demokratie unverzichtbar.

Schüler*innen sollen an allen schulpolitischen Entscheidungen und in allen schulpolitischen Gremien zu mindestens 40 Prozent und in gleichem Maße wie die Lehrerschaft beteiligt werden. Wir werden die Schulkonferenz wieder zum wichtigsten Entscheidungsgremium einer jeden Schule in allen relevanten Fragen des Schullebens machen. In der Schulkonferenz sollen die unterschiedlichen Personengruppen an den Schulen angemessen vertreten sein. Die Schulkonferenz wählt den Vorsitzenden oder die Vorsitzende aus der Mitte ihrer Mitglieder.

Gesunde Schule, Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung stärken

Das Thema „Gesunde Schule“ ist für uns wichtig. Uns liegt die Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Lehrkräften am Herzen. Wir wollen deshalb Schulen unterstützen, die Konzepte zur ganzheitlichen Gesundheitsförderung umsetzen. Zur „Gesunden Schule“ gehört auch die Verpflegung mit ausgewogenen und nährhaften Lebensmitteln, die zudem aus der Region kommen und dem Saisonangebot entsprechen. Ganz wichtig ist auch ausreichende Bewegung: Jede Schule benötigt eine ausreichende Versorgung mit Sporthallen und Bewegungsräumen drinnen und draußen und mit Lehrkräften, die Sport unterrichten.

Wir werden die schulische und außerschulische Umweltbildung im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken. Gerade junge Menschen wollen wir stärker befähigen, ihre Zukunft naturnah und umweltgerecht aktiv mitzugestalten. Wir werden die engagierten Vereine und Verbände im Land stärker unterstützen und dabei insbesondere auch die kleinen, aktiven Jugendverbände besser fördern. Neben der Erweiterung von entsprechenden Angeboten für angehende Lehrer*innen in der Ausbildung wollen wir dem Naturerleben in Schulen durch Unterrichtseinheiten im Freien oder Projekte, wie z. B. die Kultivierung von Schulgärten, eine höhere Bedeutung einräumen.

Kulturerleben stärken

Viele Kinder haben keinen Kontakt zu kulturbezogenen Erlebnisräumen, weder in ihrem Stadtteil noch bremen- oder bremerhavenweit, sofern ihnen dies nicht im schulischen Kontext angeboten wird. Wir wollen Schulen dabei unterstützen, Projekte mit kulturellen Einrichtungen durchzuführen. Museums-, Theater-, Musik- oder z. B. Tanzprojekte stärken die Kreativität und Selbstsicherheit der Kinder, erweitern ihre Horizonte und ermöglichen ein gemeinsames Erleben im erweiterten schulischen Kontext.

Berufsschulsystem weiter stärken

Mit der Einführung von Jugendberufsagenturen haben wir einen guten Weg eingeschlagen, um Jugendliche nach der Schule abschlussbezogen mit bedarfsgerechten Angeboten zu erreichen. Wichtig sind Angebote zur Beratung und Begleitung von Schüler*innen zur Motivation und zur Orientierung, so dass sie ihre Talente entdecken können. Die Berufsschulen im Land Bremen sind bundesweit für ihre hervorragende Arbeit anerkannt. Ihre personelle Ausstattung muss verbessert werden, um die Qualität zu sichern. Durch die Einführung der Werkschulen konnte die Anzahl der Schulabbrecher*innen deutlich gesenkt werden. Diesen Weg wollen wir fortführen.

Bei den Gebäuden und der Ausstattung stehen dringend zahlreiche Sanierungen und Neubauten an. Wir wollen auch darauf achten, dass Sanitäreinrichtungen für alle Geschlechter in einem ausreichenden Ausmaß und einer räumlichen Nähe zu den Klassen- und Fachräumen vorhanden sind und hier bei Bedarf nachbessern.

Eigenständigkeit und Qualitätssicherung in Einklang bringen

Auch künftig sollen Schulen über ihre pädagogischen Methoden weitgehend selbst entscheiden. Wir wollen die eigenverantwortliche Schule zur Regel in Bremerhaven und Bremen werden lassen. Die Budgetierung der Schule – wie schon bei den beruflichen Schulen – wird Standard. Zur Autonomie gehören jedoch auch einheitliche Standards, Unterstützungs- und Fortbildungssysteme, bedarfsgerechte Evaluationen und Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Daher bauen wir ein Institut für Qualitätsentwicklung in Bremen auf, um die bisherige Arbeitsteilung zwischen senatorischer Behörde, Landesinstitut, Schulaufsicht und Schulleitungen neu zu ordnen. Unser Ziel ist es, bestehende Konzepte für eine test- bzw. datengestützte Unterrichtsentwicklung, für die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen, für die Qualitätsentwicklung an den Schulen sowie für das Bildungsmonitoring zusammenzuführen, mit Ressourcen auszustatten und weiterzuentwickeln.

Schulen für das Digitalzeitalter fit machen

Moderne Schulen brauchen zeitgemäße Methoden. Digitales Lernen gehört heute dazu. Wir werden die dazu erforderliche IT-Infrastruktur in Bremen und Bremerhaven auf einen hohen Standard bringen und die Wartung über den zentralen Dienstleister Dataport organisieren, um den Schulbetrieb davon zu entlasten. Es bedarf der Erarbeitung einer Strategie, welche Bildungsinhalte in den Lehrplänen mit welchen digitalen Mitteln vermittelt werden sollen. Dabei gilt es für uns, die Teilhabe für alle auch durch die Wahrung der Lehrmittelfreiheit zu unterstützen. Sowohl für die Bereitstellung von Lerninhalten als auch für digitale Lehrmittel in Form von Hard- und Software erarbeiten wir klare Sponsoringregeln, bei denen allein der konkrete Bildungsmehrwert entscheidend ist und nicht eine Kostenersparnis. Ferner müssen Ausgewogenheit und Zukunftssicherheit ausreichend Eingang finden. Freier Software ist der Vorzug zu geben.

Die Digitalisierung verändert unsere Welt, sie bietet dabei Chancen und Risiken. Wir wollen unsere Kinder zu mündigen Gestalter*innen ihrer Zukunft befähigen, dazu gehört neben der Vermittlung von Digital- und Medienkompetenz auch eine Befähigung zur kritischen Medienmündigkeit. Wir werden daher die Vermittlung von Medienkompetenz und -mündigkeit in den Lehrplänen stärker berücksichtigen und durch Ergänzungen in der Aus- und Fortbildung von Lehrer*innen, im Referendariat und mit außerschulischen Partner*innen erhöhen.

Freie Schulen sind unsere Partner

In den vergangenen Jahren haben wir die Förderung von Schulen in freier Trägerschaft immer fest im Blick behalten. Schulen in freier Trägerschaft sind eine Bereicherung unserer Schullandschaft. Wir wollen mit den freien Schulen vereinbaren, wie auch sie sich den Aufgaben von Inklusion und der Integration von Geflüchteten widmen können.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Betreuungsangebot in den Kitas ausweiten und flexibilisieren**

Den Rechtsanspruch auf 30 Stunden Betreuung pro Woche wollen wir auf alle Kinder ab dem ersten Geburtstag ausweiten. Durch flexible Öffnungszeiten in den Randstunden werden wir den veränderten Arbeitsbedingungen in der Gesellschaft Rechnung tragen und somit auch Alleinerziehenden helfen.

- **Flächendeckenden Ganztagschulausbau voranbringen**

Im Jahr 2025 wird es deutschlandweit einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen geben. Hierfür werden wir den Weg ebnen. Wir werden in Bremen mehr gebundene Ganztagschulen einrichten und die schon bestehenden weiterentwickeln. Die notwendigen Mittel zur Sicherstellung der räumlichen Kapazitäten stellen wir zeitgerecht bereit.

- **Grundschullehrer*innen endlich wie alle Lehrer*innen bezahlen**

Wir werden dieses Gerechtigkeitsdefizit in einem immer noch klassischen Frauenberuf bis 2023 beseitigen, so dass alle Grundschullehrer*innen von Anfang an wie ihre Kolleg*innen grundsätzlich mit A 13 besoldet bzw. entsprechend der Eingruppierung nach TV-L bezahlt werden.

Hochschulen – unsere Ideenwerkstätten für die Zukunft

GRÜNE Wissenschaftspolitik steht für Freiheit und Verantwortung. In unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden vom Klimaschutz bis zu Fragen des Zusammenlebens Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen entwickelt. Sie sind damit ein zentraler Bestandteil unserer zukünftigen Städteentwicklung.

Immer mehr junge Menschen interessieren sich für ein Studium in Bremen und Bremerhaven. Wir wollen die notwendigen Angebote und Strukturen schaffen, um den Studierenden einen guten Start an unseren Hochschulen zu sichern und langfristige Perspektiven in unserem Land zu ermöglichen.

Wer an die Hochschule geht, braucht gute Studienbedingungen und ein auskömmliches BAföG. Nicht Geld und „Familiendotation“ sollen das Studieren ermöglichen, sondern die Lust aufs Lernen. Die Gründe, nicht zu studieren, sind vielfältig und viele von ihnen sind gute Gründe. Aber eines darf niemanden daran hindern, ein Studium aufzunehmen: das zu geringe Einkommen der Eltern! Deswegen setzen wir GRÜNE uns auf Bundesebene für die Reformierung und Erhöhung des BAföG ein; es muss größere Unabhängigkeit der Studierenden von den Eltern bieten!

Wir wollen die gute Vernetzung von Hochschulen und Praxis weiter fördern, den Austausch mit der Gesellschaft stärken, lebenslanges Lernen und Ansätze bürgerschaftlicher Wissensgewinnung weiterentwickeln.

Wir wollen mehr Ressourcen für unsere Hochschulen bereitstellen

Wir GRÜNE unterstützen den Ausbau unserer Hochschulen. Wir wollen unsere Hochschulen im Wissenschaftsplan 2025 weiter finanziell stärken, damit sie sich im bundesweiten Vergleich gut aufstellen. Besonders im Blick haben wir die Verbesserung der Betreuungsrelation in den Studiengängen, akut vor allem an der Hochschule Bremen. Für gute Hochschulen kann das Land jedoch finanziell nicht allein verantwortlich sein. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine Neuordnung der Wissenschaftsfinanzierung zwischen Bund und Ländern ein. Unsere Ziele sind die gerechtere Ausfinanzierung und Fortsetzung des Hochschulpakts bis zum Jahr 2025 und die Aufstockung und Weiterfinanzierung der Hochschulbauförderung.

Gute Bedingungen für Forschung und Lehre erfordern intakte und innovative Gebäude sowie eine gute Geräteausstattung. Daher wollen wir die notwendigen Finanzbedarfe im Wissenschaftsplan 2025 abbilden.

Die bremischen Hochschulen haben Nachhaltigkeitsstrategien für Lehre und Forschung entwickelt und Klimaschutzkonzepte für den Betrieb aufgestellt. Das Einwerben von Fördergeldern zur Umsetzung wirksamer Maßnahmen wollen wir durch ein Klimaschutzmanagement an den Hochschulen unterstützen.

Für uns GRÜNE bleibt zudem zentral: Studiengebühren widersprechen unseren Zielen einer offenen Hochschule. Sie wird es mit uns nicht geben, für niemanden!

Wir wollen mehr Studienplätze an der Hochschule Bremerhaven

Die Studienplatzanzahl in Bremerhaven wollen wir durch die Einführung von Masterstudiengängen sowie andere neue Studiengänge Schritt für Schritt mittelfristig auf 5.000 erhöhen. Hierdurch wird der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Bremerhaven gestärkt. Durch die längeren Studienzeiten entstehen mehr soziale Verbindungen und eine Vernetzung in der Stadt. Es gilt Stadtentwicklung in der

Seestadt neu zu denken und Bremerhaven mit der Integration von Lehre und Forschung nachhaltig zu stärken.

Offene Hochschule und gute Lehre weiter voranbringen

Für uns sind akademische und berufliche Bildung gleichwertig. Wir GRÜNE wollen bestehende Bildungshürden abbauen und durchlässige Bildungswege ermöglichen. Um Studienanfänger*innen den Start zu erleichtern und einen erfolgreichen Abschluss zu ermöglichen, wollen wir mehr studienbegleitende Angebote schaffen. Beispiele sind die Einführung von Orientierungsstudiengängen; Brückenkurse in Mathematik, wissenschaftlicher Recherche und Schreiben; gezielte Fortbildungskampagnen für Lehrende in Hochschuldidaktik und der verpflichtende Nachweis von Lehrfähigkeiten bei Neuberufungen. Wir wollen passfähigere Übergänge vom Bachelor in Masterstudiengänge schaffen sowie Kooperationsangebote zwischen Hochschulen und Bremer Unternehmen ausbauen.

Studienbedingungen verbessern

Wir GRÜNE wollen die große Anzahl unserer Studienanfängerplätze halten. Mehr Menschen mit unterschiedlichen Bildungsverläufen, Lebensentwürfen oder auch körperlichen oder psychischen Einschränkungen werden wir ein erfolgreiches Studium ermöglichen. Mehr Studierwillige aus Arbeiterfamilien, mit Migrationshintergrund oder Berufserfahrene ohne Abitur sollen den Weg an die Hochschulen schaffen. Auch die erfolgreiche Integration von Geflüchteten an den bremischen Hochschulen werden wir weiter fördern. Studierende mit Kind, mit zu pflegenden Angehörigen oder Handicaps bekommen mehr Unterstützung. Hierfür werden wir die Möglichkeiten für ein Teilzeitstudium weiter ausbauen, den Wechsel von einem Voll- zu einem Teilzeitstudium flexibilisieren, die Rahmenbedingungen für ein Auslandsstudium verbessern, die Kinderbetreuungseinrichtungen in den Hochschulen ausbauen. Wir GRÜNE setzen uns für mehr Flexibilität bei der Studiumsgestaltung und -dauer sowie die Barrierefreiheit an allen Hochschulen ein.

Mehr studentischen Wohnraum schaffen

Die soziale Infrastruktur mit Beratungs- und Kulturangeboten, Mensen und insbesondere mit günstigem Wohnraum ist ein zentrales Element für ein gerechtes Hochschulstudium. Dieses Angebot in Bremen wird sehr gut angenommen und jedes Semester sind die Wartelisten für Wohnheimplätze wieder lang. Daher muss dieses Angebot weiter ausgebaut und differenziert werden. Wir wollen, dass sich Studierende für ein Studium in Bremen entscheiden. Wir fordern daher mindestens 500 neue Wohnplätze pro Jahr in den kommenden vier Jahren. Wir fördern daher den Bau integrierter Wohnheime, bei dem studentisches Wohnen mit Wohnraum für Geflüchtete kombiniert wird. Dazu müssen notwendige Flächen und Mittel bereitgestellt und die Bauabteilung im Studierendenwerk gestärkt werden. Die Sanierung der bestehenden Wohnheime treiben wir voran.

Studium für Geflüchtete ermöglichen

Wir unterstützen Geflüchtete mit Hochschulzugangsberechtigung dabei, ein Studium bei uns im Land aufzunehmen. Auf Bundesebene muss das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) so geändert werden, dass Geflüchtete nach drei Monaten Aufenthalt in Deutschland BAföG-Leistungen erhalten können, wenn sie die Einschreibung in eine Hochschule geschafft haben. Programme, die Geflüchtete auf dem Weg zum Studienplatz unterstützen, wollen wir weiterführen.

Vernetzung mit beruflicher Bildung stärken

Lange Zeit wurden berufliche und akademische Bildung als Gegensatz behandelt. Der Bereich des dualen Studiums hat sich in der Vergangenheit als geeignetes Bindeglied zwischen beruflicher und akademischer Bildung erwiesen. Für kleine und mittlere Unternehmen sowie den Sozial- und Gesundheitsbereich wollen wir die Möglichkeiten des dualen Studiums ausweiten.

Wissenschaftliche Expertise für die Gesundheitsversorgung im Land Bremen nutzen

Wir GRÜNE wollen die Gesundheitsversorgung verbessern. Bremen soll sich zu einer Gesundheitsregion entwickeln. Die Expertise von Universität und Hochschule in Public Health und den therapeutischen Gesundheitsfachberufen wollen wir stärker mit Versorgungsstrukturen verknüpfen. Dazu werden wir an konkreten Projekten mit den Hochschulen arbeiten, um ihre praxisnahen Profile zu stärken. Wir wollen einen neuen Studiengang für Hebammen einrichten. Wir prüfen die Gründung eines medizinischen Studiengangs für die klinischen Semester. Exzellente Kliniken in Bremen wie auch eine hohe wissenschaftliche Expertise im Bereich Public Health und in den therapeutischen Gesundheitsfachberufen sind die Grundlage, um modellhaft die Zusammenarbeit aller medizinisch-pflegerischen Disziplinen auf Augenhöhe zu entwickeln. Das schafft eine hohe Bindung von Fachkräften und eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung. Wir wollen eine stärkere Berücksichtigung der Versorgungsforschung bei der Weiterentwicklung des Gesundheitsstandorts Bremen, eine Stärkung der Allgemeinmedizin und die Berücksichtigung queerer Aspekte in der Gesundheitsversorgung.

Forschung vertiefen

Wir haben in den vergangenen Jahren die Rahmenbedingungen für exzellente Hochschulen und Spitzenforschung geschaffen und die Hochschulen in ihren ambitionierten Bemühungen stets unterstützt. Dabei ist für uns GRÜNE klar: Exzellente Ergebnisse in der Spitze sind nur durch eine gute Aufstellung in der Breite möglich. Wir wollen, dass alle Fachbereiche gleichermaßen profitieren können und einzelne Bereiche nicht abgehängt werden. Bremen und Bremerhaven verfügen im Bereich der Forschung über bundesweite Exzellenz, hohe Anerkennung im europäischen und internationalen Kontext und bemühen sich, zukünftig wieder gute Perspektiven im Rahmen der neuen Exzellenzstrategie zu haben. Das werden wir GRÜNE unterstützen.

Der Bremische Hochschulstandort profitiert in herausragendem Maße von europäischen Förderprogrammen. Damit dies auch zukünftig der Fall ist, setzen wir uns – nachdem „Horizon 2020“ ausläuft – für ein Nachfolgeprogramm ein, das die europäische Forschungslandschaft vernetzt, Schlüsseltechnologien fördert, den Nährboden für innovative Start-ups schafft und die angewandte Forschung und Grundlagenforschung stärkt. Wichtig ist uns dabei der Beitrag der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zu einem Europa der Innovation. Transformative Forschung muss hier Hand in Hand mit sozialen Innovationen gehen.

Im Rahmen der Forschungsförderung wollen wir die guten Erfahrungen mit der Gründung von An-Instituten weiter ausbauen. Das sind Forschungsinstitute, die an Hochschulen angegliedert sind, aber organisatorisch selbstständig arbeiten. Sie ermöglichen Forschungsverbänden im Wettbewerb um Fördermittel und in der Kooperation mit der Wirtschaft sinnvolle Spielräume, ohne dass sie Organisationen außerhalb der Hochschule gründen müssten.

Wir setzen auf mehr Kooperation unter den Hochschulen

Die Hochschullandschaft in Bremen ist sehr gut mit innovativen Studiengängen und hoher Forschungsleistung aufgestellt. Um die vorhandenen Ressourcen effizienter zu nutzen, setzen wir GRÜNE auf engere Kooperation unter den Hochschulen. So können doppelte Verwaltungsstrukturen abgebaut, Serviceleistungen für Studierende ausgebaut und Lehrangebote durchlässiger angeboten werden.

Bremen wird European University

Wir GRÜNE wollen Bremen und Bremerhaven zu europäischen Bildungsstandorten ausbauen. Wir werden unsere hervorragenden EU-spezifischen Forschungsstrukturen nutzen, um zu einem der wenigen Standorte einer „European University“ zu werden. Zusätzlich zur nationalen Exzellenzstrategie setzen wir auf bremisch-europäische Forschungsverbünde, die die vorhandenen europaweit vernetzten Strukturen und die EU-Drittmittelstärke der Bremer Hochschulen nutzen. Dies bietet darüber hinaus die Chance, die Jacobs University (JUB) ins bremische Hochschulsystem zu integrieren.

Bremerhaven: Internationales Zentrum der Umweltforschung

Das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meereswissenschaften (AWI) in Bremerhaven ist eine international vernetzte und anerkannte Forschungseinrichtung. Ihre Bedeutung und ihr Ertrag für die Erforschung der Ursachen und Folgen des Klimawandels im Polarmeer und an den Küsten wird weiter zunehmen. Wir werden uns weiter für den Auf- und Ausbau einer nachhaltigen und zivilen Meeres- und Polarforschung in Bremerhaven einsetzen.

Nachhaltige Wissenschaft durch Reallabore

Reallabore sind in der Nachhaltigkeitsforschung ein fester Begriff und in Baden- Württemberg erfolgreich erprobt. Wir wollen diese Erfahrungen nutzen, darauf aufbauen und auch in Bremen in einer dreijährigen Pilotphase Reallabore als Forschungsformat ermöglichen, in denen Wissenschaft und Praxis zusammen Lösungsansätze erproben.

Verantwortungsvolle Forschung

Die Wissenschaften dienen der gesellschaftlichen Entwicklung als Ganzes. Gesellschaftliche Kernfragen, wie zum Beispiel die ökologische Krise oder auch die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit, müssen besonders berücksichtigt werden. Unter Wahrung des hohen Guts der Wissenschaftsfreiheit muss Forschung sich gegenüber der Gesellschaft verantworten. Deshalb ist für uns GRÜNE klar: Forschungsergebnisse müssen genauso veröffentlicht werden wie die Herkunft und Verwendung von Drittmitteln. Wir wollen für Transparenz in der Forschung sorgen und den Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft verbessern. Insbesondere bei kritischen Forschungsvorhaben, wie dual-use-Entwicklungen, setzen wir auf die notwendigen gesellschaftlichen Diskurse. Das Bekenntnis zur Zivilklausel, die Veröffentlichungspflicht und die Einführung von Ethikkommissionen an allen Hochschulen unterstützen diese Auseinandersetzung um Nutzen und Gefahren von Forschungsergebnissen. Es soll keine Tierversuche in der Bremer Forschung geben.

Schutz für bedrohte Wissenschaftler*innen

Mit großer Sorge sehen wir, dass international zunehmend politischer Druck auf Wissenschaftler*innen ausgeübt wird. Die Wissenschaftsfreiheit ist ein demokratisch verbrieftes Grundrecht. Wenn in der Türkei mehrere tausend Wissenschaftler*innen aus politischen Gründen entlassen oder verhaftet werden, wenn

in Ungarn Universitäten bedroht werden, dann ist das eine dramatische Abkehr von der Wissenschaftsfreiheit. In Bremen haben wir mit speziellen Stipendienprogrammen dafür gesorgt, dass bedrohte Wissenschaftler*innen hier eine sichere Forschungsheimat finden. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Wissenschaftler*innen, die wegen ihrer Tätigkeit verfolgt werden und ihr Land verlassen müssen, in der EU Schutz finden und ihre Forschung frei fortführen können. Es ist daher unser Ziel, dass die EU einen europäischen „Fonds für verfolgte Wissenschaftler*innen“ einrichtet, aus dem Forschungsaufenthalte an Universitäten, Hochschulen und weiteren Forschungseinrichtungen für solche Gastwissenschaftler*innen finanziert werden können.

Die Digitalisierung an Hochschulen gestalten

Wir GRÜNE wollen die Hochschulen in ihrer Digitalisierungsstrategie unterstützen. Sie bietet ein hohes Potenzial zur Verbesserung der Lehre, des Studierendenservice und für die Forschung. Digitale Lehr- und Lernformen wie Online-Kurse, -Lernumgebungen und -Materialien sind wichtige Bestandteile zur Barrierefreiheit. Sie können die Vereinbarkeit von Studium und Familie oder Studium neben dem Beruf verbessern. Die Hochschulen werden als Präsenzzort weiterhin eine zentrale Rolle für die Lehre spielen. Online-Angebote ergänzen die Präsenzangebote sinnvoll. Um digitale Lern-Lehr-Umgebungen an der Präsenzhochschule nutzen zu können, muss dort verstärkt in die Infrastruktur investiert werden, um beispielsweise hochschulweit ein leistungsfähiges Drahtlosnetzwerk oder ausreichend Cloud-Speicher für die Hochschulangehörigen anzubieten. Bei der Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur setzen wir auf hochschulübergreifende Lösungen.

Auch Open Access wollen wir weiterhin verantwortungsvoll fördern. Dabei muss – bei allen Chancen, die Open Access bietet – ein faires Urheberrecht gewährleistet sein und die Qualitätsstandards für wissenschaftliche Publikationen müssen gesichert werden.

Attraktive und faire Arbeitsbedingungen an den Hochschulen

Wir GRÜNE wollen kluge Köpfe in Bremen und Bremerhaven halten. Im Rahmen der Reform des Hochschulgesetzes haben wir die Arbeitsbedingungen des akademischen Mittelbaus an den Hochschulen verbessert: Wir haben die Laufzeiten der Verträge von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen grundsätzlich an die Promotionsdauer und die Projektlaufzeit gebunden, haben Mindestlaufzeiten für Arbeitsverträge festgesetzt und „Tenure Track“ ausgebaut. Um eine freie Wissenschaft und faire Beschäftigungsbedingungen sicherzustellen, den Mittelbau auskömmlich zu finanzieren und mehr Dauerstellen für Daueraufgaben zu ermöglichen, muss auch der Bund endlich seine Verantwortung übernehmen. Weil von guter Lehre an den Hochschulen letztlich alle profitieren, wollen wir mehr pädagogische und didaktische Aus- und Fortbildungen für die Lehrenden an den Hochschulen schaffen.

Lehrbeauftragte sind eine tragende Säule der Hochschullehre, insbesondere an der Hochschule Bremen und der Hochschule für Künste. Wir GRÜNE setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und eine faire Vergütung ein. Unnötigen Verwaltungsaufwand für diese Tätigkeit wollen wir reduzieren, um die Lehrtätigkeit zu stärken.

Auch wenn rund die Hälfte der Studierenden und Promovierenden Frauen sind, spiegelt sich dies in den Professuren und Leitungsfunktionen der Hochschulen nicht wieder. Wir GRÜNE wollen die Gleichstellung auch an den Hochschulen weiter vorantreiben. Insbesondere der Übergang von Promotion zur Professur muss verbessert werden, damit Frauen gleiche Karrierechancen haben. Wir setzen daher weiter intensiv auf die Formulierung von konkreten Zielvereinbarungen und werden die Ergebnisse intensiver evaluieren.

Arbeitsbedingungen von studentischen Hilfskräften verbessern

Wir wollen die Bezahlung studentischer Hilfskräfte und ihre Arbeitsbedingungen verbessern, um mehr Studierende zu motivieren, diesen guten Einstieg in die wissenschaftliche Arbeit zu nutzen und Erfahrungen zu sammeln. Gleichzeitig wird die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Studierenden während der Studienzeit gestärkt. Eine Verknüpfung der Kompetenzen im „Pool“ verschiedener Fachrichtungen führt zu erhöhtem Austausch, qualitativen Lern- und Ergebnisverbesserungen. Gleichzeitig steigt die standortspezifische Attraktivität für den Studienort, wie auch das Angebot für Wirtschaftsunternehmen in angrenzenden Arbeitsfeldern.

Autonomie ausweiten

Autonomie und Selbstverwaltung sind ein hohes demokratisches Gut an Hochschulen. Wir wollen, dass alle Statusgruppen in den Bereichen, in denen sie tätig und betroffen sind, echte Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten. Dabei sehen wir Verbesserungsbedarf an den öffentlichen Hochschulen insbesondere bei den Gruppen der Lehrbeauftragten und den Studierenden. Bei der Organisation der Lehre und für die Qualitätsentwicklung der Hochschulen sind ihre Erfahrungen aber besonders wichtig.

Die Autonomie der Hochschulen erfährt ihre Grenzen in dem Rahmen, den Gesetze und Zielvereinbarungen mit dem Land Bremen setzen. Wir GRÜNE wollen an diesem Prinzip festhalten. Gesellschaftliche und politische Zielsetzungen, seien es der Abbau der Unterrepräsentanz von Frauen in den Führungspositionen im Wissenschaftsbereich oder die Förderung der Diversität und Internationalisierung im Hochschulbereich, werden wir weiterhin in konkrete Zielvereinbarungen mit den Hochschulen münden lassen.

Die Jacobs University Bremen ist eine Bereicherung der bremischen Ausbildungs- und Forschungslandschaft. Das Land hat sie bislang mit öffentlichen Mitteln gefördert, wir werden sie weiter bei ihren Anstrengungen unterstützen, sich selbst zu tragen. Wir erwarten dabei eine hohe Kooperationsbereitschaft mit den Hochschulen des Landes und die Bereitschaft, auch bei sich die üblichen Mitbestimmungsstrukturen für die Beschäftigten und die Studierenden zu schaffen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Wir stärken unsere Hochschulen finanziell**

Wir unterstützen den Ausbau unserer Hochschulen und stärken sie finanziell. Besonders im Blick haben wir die Verbesserung der Betreuungsrelation in den Studiengängen. Auf Bundesebene setzen wir GRÜNE uns für eine Neuordnung der Wissenschaftsfinanzierung zwischen Bund und Ländern ein.

- **Bremen wird European University**

Wir GRÜNE wollen Bremen und Bremerhaven zu einem der wenigen Standorte einer „European University“ machen. Zusätzlich zur nationalen Exzellenzstrategie setzen wir auf bremisch-europäische Forschungsverbünde, die die vorhandenen europaweit vernetzten Strukturen und die EU-Drittmittelstärke der Bremer Hochschulen nutzen. Dies bietet darüber hinaus die Chance, die Jacobs University ins Bremische Hochschulsystem zu integrieren.

- **Neue Studiengänge für die Gesundheitsregion Bremen**

Die Expertise von Universität und Hochschule in Public Health und den therapeutischen Gesundheitsfachberufen wollen wir stärker mit Versorgungsstrukturen verknüpfen. Wir wollen einen neuen Studiengang für Hebammen einrichten und prüfen die Gründung eines medizinischen Studiengangs für die klinischen Semester.

Gute Arbeit, faire Löhne und mehr Zeit zum Leben

Für die meisten Bremerinnen und Bremer ist die Arbeit ein wesentlicher Teil ihres Lebens. Arbeit soll im besten Fall zur Selbstverwirklichung dienen und Freude machen. Sie soll fordern und erfüllen, herausfordern, aber nicht überfordern. Fachkräftesicherung, Standortsicherung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl für Frauen wie auch für Männer und Geschlechtergerechtigkeit sind dabei auch für Bremen und Bremerhaven zunehmend wichtige Aspekte.

Wir wollen mehr Menschen in Arbeit bringen und dadurch Armut dauerhaft verhindern. Eine anständig bezahlte Arbeit unter fairen Bedingungen ist ein Recht, für das wir eintreten. Deshalb haben wir uns in den letzten Jahren für den Mindestlohn und für faire Arbeitsbedingungen in Bremen und Bremerhaven stark gemacht und als erstes Bundesland ein Mindestlohngesetz eingeführt. Wir wollen den Bremer Mindestlohn deutlich erhöhen und auf ein armutsfestes Niveau anheben. Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene für einen höheren Mindestlohn ein.

Minijobs scheinen eine gute Gelegenheit, etwas dazuzuverdienen. Aber sie haben zu keiner Zeit das Ziel erreicht, Brücken in reguläre Beschäftigung zu bauen. Stattdessen haben sie sich häufig als berufliche Sackgasse und Armutsrisiko erwiesen, insbesondere für viele Frauen. Wir fordern auf Bundesebene, dass die Minijobs schrittweise abgeschafft werden und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gefördert werden.

Wir nehmen nicht hin, dass in Bremen und Bremerhaven noch immer zu viele Jugendliche nach der Schule ohne Ausbildungsplatz bleiben. Auch die Absolvent*innen unserer Hochschulen brauchen Perspektiven in unserem Bundesland. Digitalisierung, Globalisierung und demografischer Wandel verändern die Arbeitswelt drastisch. Diese Entwicklungen fordern uns heraus, die daraus entstehenden Chancen zu nutzen und Fehlentwicklungen durch kluge Regeln und Maßnahmen zu begegnen.

Jugendlichen eine gute Ausbildung ermöglichen

Wir GRÜNE meinen: Alle Jugendlichen haben das Zeug dazu, einen Beruf zu lernen. Jede und jeder Jugendliche soll durch zielgenaue Unterstützung zum Schulabschluss gelangen und einen Ausbildungsplatz bekommen. Alle Auszubildenden, ob in dualer oder schulischer Ausbildung, sollen eine Vergütung bekommen und auch bei schulischer Berufsausbildung (wie bei dualer) sollen die Zweige der Sozialversicherung berücksichtigt werden. Wir GRÜNE fordern eine Mindestauszubildendenvergütung in der Art, wie wir im Land Bremen den Mindestlohn eingeführt haben. Wir stehen außerdem für eine Ausbildungsumlage ein, die es kleinen Unternehmen durch eine Ausgleichszahlung großer Unternehmen ermöglicht, auszubilden und dabei Standards im Sinne einer gerechten Bezahlung für die Auszubildenden aufrecht zu erhalten.

Viele Jugendliche brauchen, auch wenn sie einen Ausbildungsplatz gefunden haben, weitere Unterstützung, um die Ausbildung erfolgreich abschließen zu können. Sie und auch die Betriebe benötigen mehr laufende Hilfen, zum Beispiel durch eine assistierte Ausbildung und Beratung. Viele Auszubildende brauchen außerdem auch finanzielle Unterstützung über eine Mindestvergütung hinaus, um ihren Berufswunsch unabhängig von ihrem Elternhaus auszuleben. Das BAföG für Auszubildende sollte deshalb an die Standards des BAföG für Studierende angepasst werden.

Auch nach der Schule stellen wir eine bedarfsorientierte Sprachförderung sicher. Sie ist wichtig für den Übergang in die Ausbildung oder Erwerbstätigkeit und den Abschluss der Ausbildung sowie eine gelingende Integration. In der Berufsschule werden bildungssprachliche Kompetenzen und eine fundierte Allgemeinbildung vorausgesetzt, die von diesen Jugendlichen ohne Hilfe nicht noch zusätzlich gelernt

werden können. Bisher wird diese Aufgabe mit großem Engagement von Ehrenamtlichen übernommen. Eine öffentliche Unterstützung und Qualitätsfestlegung ist aber notwendig, um stabile Lernerfolge und einen guten Start ins Berufsleben sicherzustellen.

Wir fordern eine finanzielle Absicherung von Auszubildenden mit unsicherer Bleibeperspektive über das Ausbildungsgehalt hinaus.

Ein fairer Arbeitsmarkt für alle!

Wir wollen einen Arbeitsmarkt schaffen, der allen Menschen einen gerechten und fairen Zugang und Arbeitslohn bietet. Migrant*innen sollen einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. Menschen mit Migrationshintergrund werden am Arbeitsmarkt immer noch benachteiligt. Ihr Risiko, arbeitslos zu sein, ist höher und die Bedingungen, zu denen sie beschäftigt werden, schlechter. Das gilt auch, obwohl sie oder ihre Eltern schon sehr lange hier leben. Das wollen wir ändern. Dazu verstärken wir unsere Unterstützungsprogramme für Menschen, die zu uns kommen, und fördern Unternehmen in ihrem Engagement.

Für Betriebe, deren Mitarbeiter*innen einen Migrations- bzw. einen Fluchthintergrund haben, werden wir auch zukünftig ein Unterstützungsangebot sicherstellen. Wir werden uns für eine aufsuchende Betreuung dieser Firmen einsetzen. In der aktuellen Arbeit zeigt sich, dass die bestehenden Unterstützungs- und Beratungsangebote von vielen Betrieben aus schlichtem Zeitmangel oder Unkenntnis nicht in Anspruch genommen werden. Mit der Handels- und der Handwerkskammer wollen wir prüfen, ob durch zentrale Beratungen Abläufe und Weitervermittlung verbessert werden können.

Berufsintegrierte Sprach- und Bildungsangebote für jede*n, die oder der Bedarf hat, sind, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, wichtige Bestandteile für eine nachhaltige Integration. Der Erwerb von Fachkompetenzen und vertieften Deutschkenntnissen bis hin zu spezifischer Berufssprache sichern den Arbeitsplatzert. Sprachmittler*innen unterstützen dabei, Sicherheitsanweisungen und Arbeitsschutzbestimmungen zu verstehen und die zugrundeliegenden Strukturen kennen zu lernen.

Wer mit Qualifikationen nach Deutschland kommt, soll diese nutzen können. Berufliche Kompetenzen der Migrant*innen sollen möglichst früh erkannt und anerkannt werden. Dazu wollen wir die Anerkennungsvoraussetzungen in den landesrechtlich geregelten Berufen verbessern. Die Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz muss dabei über eine Erstberatung hinausgehen.

Langzeitarbeitslosigkeit effektiv bekämpfen

Arbeit und existenzsichernde Löhne sind die Voraussetzung für ein von staatlichen Hilfeleistungen und Armutsgefährdung freies Leben. Trotz guter Konjunktur bleiben immer noch zu viele Menschen dauerhaft ohne Chance auf dem Arbeitsmarkt. Bremen hat zu viele langjährig Erwerbslose. Wir GRÜNE stehen dafür, diese Menschen zu unterstützen und Sanktionen aufzuheben.

Gering Qualifizierte sind besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. Wir wollen daher Weiterbildungen mit einem Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf besser fördern, um Arbeitssuchende nachhaltig in Beschäftigung zu bringen und somit die Gefahr der Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern. Zentral ist hierbei, dass Arbeitssuchende bei einer Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen finanziell bessergestellt werden und nicht noch die Mehrkosten selber tragen müssen. Die Weiterbildungsmaßnahmen sollen außerdem auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmt werden.

Wir prüfen, welche Finanzierungsmöglichkeiten zum Lebensunterhalt von Arbeitslosen während einer Weiterbildungsmaßnahme möglich sind. Wir werden daher unsere Programme zur Integration von

Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt mit Hilfe von europäischen und Bundesmitteln fortführen, intensivieren und besser an die Bedürfnisse der Arbeitssuchenden anpassen. Dazu gehört die Schaffung von flexiblen Arbeitszeitmodellen, jobbegleitender Unterstützungsmaßnahmen, Ausweitung der Programmdauer sowie passgenaue und schnell zur Verfügung stehende Angebote zur flexiblen Kinderbetreuung für Teilnehmer*innen an Beschäftigungsprogrammen.

Fördern statt sanktionieren

Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsperspektiven sind dringend nötig. Migrant*innen, Langzeitarbeitslosen, Wiedereinsteiger*innen und Menschen mit niedrigen Ausbildungsstandards werden wir durch bessere Vorbereitungskurse eine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern.

Es gibt aber auch Menschen, die absehbar keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Die Etablierung eines sozialen Arbeitsmarkts ist daher unerlässlich. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren, damit auch Arbeitslose mit besonders vielfältigen Problemen wieder Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen – schrittweise und nachhaltig. Wir wollen gemeinsam mit Fachleuten prüfen, welche Möglichkeiten es für eine Beschäftigungsgesellschaft gibt, die ergänzende Kinderbetreuungsmöglichkeiten und haushaltsnahe Dienstleistungen vermittelt. Dadurch soll entweder ein Einstieg in sozialversicherungspflichtige Tätigkeit oder für Menschen, die absehbar nicht mehr auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelbar sind, auch dauerhafte Beschäftigung geschaffen werden.

Unser Landesprogramm für öffentliche Beschäftigung, das gezielt Langzeitarbeitslose fördert und dauerhaft in Arbeit bringt, wollen wir verstetigen und ausbauen. Unternehmen wollen wir noch stärker als Partner in die Pflicht nehmen. Dabei werden wir es auch möglich machen, solche Programme in Teilzeit wahrzunehmen. Wir sorgen dafür, dass gerade auch ältere Menschen, die über Jahre hinweg arbeitslos sind, gezielt gefördert werden. Auch die in Aussicht gestellten Bundesmittel werden wir hierfür einsetzen.

Ausbeutung wirksam bekämpfen

Bei der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit kommt es leider immer noch zu Ausbeutung. Das sehen wir an den unwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen von bulgarischen und rumänischen Arbeitnehmer*innen in Gröpelingen oder Bremerhaven. Die neue europäische Entsenderichtlinie war ein wichtiger grüner Teilerfolg, um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in Europa durchzusetzen. Für die Umsetzung braucht es aber noch mehr staatliche Kontrollen, dafür werden wir uns auf europäischer Ebene einsetzen.

Unser Ziel ist es, faire Bedingungen für Zugewanderte aus allen europäischen Ländern zu schaffen. Die vielen Fälle von Sozialbetrug und professioneller Ausbeutung bulgarischer Arbeitnehmer*innen in Bremerhaven haben deutlich gemacht, dass es mehr Information und koordinierte Unterstützung für EU-Zugewanderte braucht. Die Situation in ihren Heimatländern macht sie häufig erpressbar, und die Bereitschaft, zu Hungerlöhnen zu arbeiten oder kostenlose Überstunden zu machen, wird ausgenutzt. Häufig kennen die Menschen ihre Rechte nicht. Wir GRÜNE wollen dieser Ausbeutung begegnen und werden die wichtige Arbeit der Beratungsstelle für mobile Beschäftigte weiterhin absichern. Wir werden prüfen, wie wir die bestehenden Kontrollmöglichkeiten stärken können, um Missbrauch vorzubeugen.

Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit

Bezahlung und Aufstiegschancen dürfen nicht vom Geschlecht abhängig sein. Schon seit Jahrzehnten setzen wir GRÜNE uns für Geschlechter- und Lohngerechtigkeit ein. Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit sowie gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind unser Ziel. Leiharbeit muss begrenzt werden.

Viele gut bezahlte Industriearbeitsplätze sind in Männerhand, viele Frauen arbeiten dagegen im schlechter bezahlten Dienstleistungssektor oder leisten unbezahlte Fürsorgearbeit. Die Situation wird noch verschärft durch Minijobs, die in Bremen überwiegend Frauen und viele Alleinerziehende innehaben. Wir werden das Modellprojekt „Vermittlung und Integration von Alleinerziehenden in Arbeit“ ausbauen und verstetigen. Das Projekt „Frau und Beruf“ sichern wir ab und bemühen uns um eine Erweiterung in „Frauen-, Inter-, Transmenschen und Beruf“. Wir erkennen hiermit die Problematiken von Inter- und Transmenschen auf dem Arbeitsmarkt an. Diskriminierungsmechanismen funktionieren hier ähnlich der Diskriminierung der Frauen, sind aber durch Misstrauen oder Unwissenheit meist noch verstärkt. Diese Probleme gilt es in neuen Projekten anzugehen.

Wir fordern ein Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene mit verbindlichen Regelungen, wirksamen Sanktionen und einem Verbandsklagerecht. Mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sollen Betriebe und Tarifpartner zu aktiven Gleichstellungsmaßnahmen verpflichtet werden. Mit Erleichterung der tariflichen Allgemeinverbindlichkeit wollen wir der Schlechterstellung der Tätigkeiten, die traditionell vorwiegend von Frauen ausgeübt werden, entgegenwirken. Um erfahrene Diskriminierung aufklären zu können, richten wir eine Antidiskriminierungsstelle für das Land Bremen ein.

Eine flexible Vollzeit, die leben zulässt

Wir GRÜNE wollen flexiblere Arbeitszeitsysteme und mehr Ausbildungsmöglichkeiten in Teilzeit. Für Kinderbetreuung, Pflege und Weiterbildung muss es möglich sein, finanziell abgesichert die Arbeitszeit zu reduzieren. Mit der Einführung von Wahlarbeitszeiten zwischen 30 und 40 Wochenstunden soll Vollzeit neu definiert und zu einem flexiblen Arbeitszeitkorridor umgestaltet werden. Wir setzen uns für diese „flexible Vollzeit“ ein, mit der Beschäftigte ihre Arbeitszeit um bis zu zehn Wochenstunden reduzieren und wieder erhöhen können, je nachdem, was die Lebensumstände gerade erfordern.

Soziale und pflegerische Arbeit anerkennen und fair bezahlen

Wir GRÜNE sind für eine umfassendere Sicht auf den Begriff Arbeit. In einem geschlechtergerechten Wirtschaftssystem müssen auch soziale und pflegerische Tätigkeiten, die Tätigkeiten des Sorgens und Sich-Kümmerns (Care-Arbeit) fair bezahlt und gesellschaftlich anerkannt werden. Wir fordern eine Bundesinitiative für eine bessere finanzielle und fachliche Unterstützung pflegender Angehöriger. Wir GRÜNE werden uns in Bremen darum kümmern, dass eine flächendeckende Tarifbindung in der Pflege umgesetzt wird.

Gute und faire Arbeit im öffentlichen Dienst

Der öffentliche Dienst ist in Bremen und Bremerhaven ein wichtiger Arbeitgeber. In den letzten Jahren konnte die Zahl der Menschen, die hier arbeiten, gesteigert werden. Auch den Anteil der Frauen und der Beschäftigten mit Migrationshintergrund konnten wir erhöhen. Wir wollen die fairen Arbeitsbedingungen nutzen, um Trans- und Interpersonen verstärkt berufliche Chancen und Perspektiven im öffentlichen Dienst anzubieten. Wir haben gerade für die unteren Lohngruppen bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung erreicht. Als Vorbild soll der öffentliche Dienst Leiharbeit nur mit besonderer Begründung in Anspruch nehmen. Unsere erfolgreichen Anstrengungen, Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, wollen wir fortsetzen und deren Anteil an den Beschäftigten weiter erhöhen. Bei der Besetzung von Führungspositionen durch Frauen ist Bremen bundesweit spitze – unser Ziel von 50 Prozent gleicher Beteiligung ist jedoch noch nicht erreicht und wir werden hieran weiterarbeiten. Für die bremischen Beamt*innen wollen wir die Option eröffnen, statt der Beihilfe zukünftig wie die bremischen Angestellten einen Zuschuss zur Gesetzlichen Krankenversicherung zu erhalten; damit wird das Solidarsystem der Gesetzlichen Krankenkassen gestärkt.

Handwerk sichert Arbeitsplätze

Handwerksbetriebe halten die Gesellschaft in vielerlei Hinsicht zusammen und gewährleisten das Funktionieren unseres Alltagslebens. Sie setzen die Energiewende um, dämmen Häuser, reparieren Fahrräder und Elektrogeräte, verschönern Menschen und Häuser. Das Handwerk ist für uns ein wichtiger Partner bei der Ausbildung von Fachkräften und der Integration von Geflüchteten und Migrant*innen. Um Letzteres leisten zu können, benötigen sie noch mehr Unterstützung, die wir gemeinsam mit den Kammern organisieren wollen.

Die Beteiligung an beruflicher und betrieblicher Weiterbildung wollen wir steigern. Dazu müssen die Weiterbildungsmöglichkeiten im Handwerk ausgebaut werden. Das Bildungswerk der Handwerkskammer ist dabei unser Partner. Wer eine Meisterausbildung macht, bekommt dafür finanzielle Unterstützung und einen Bonus bei erfolgreichem Abschluss. Wir wollen für die Ausbildereignungsprüfung werben, insbesondere bei den kleinen und Kleinstbetrieben sowie bei migrantischen Firmeninhaber*innen. Nach dem Vorbild Bremerhavens können Branchenverbände oder Betriebspartnerschaften gemeinsam Ausbildungsmöglichkeiten schaffen.

Digitalisierte Arbeitswelt und neue Arbeit

Die „schöne neue Arbeitswelt“ fasziniert und verunsichert zugleich. Der Strukturwandel der Arbeitswelt beschleunigt sich weltweit, so auch in Bremen. Er läutet eine Ära neuer Arbeitsorganisation ein und stellt neue Anforderungen an die Einhaltung von Standards bei der Bezahlung und sozialen Absicherung.

Wir GRÜNE sehen unsere Aufgabe darin, attraktive Rahmenbedingungen für die Einführung neuer Technologien, die Digitalisierung und veränderte Arbeitsmodelle zu schaffen, die nicht zu Lasten von Arbeitnehmerrechten gehen. Die vorhandenen Fort- und Weiterbildungsangebote, aber auch die Hochschulstudiengänge wollen wir stärker auf diesen Wandel der Arbeitswelt ausrichten.

Mit dem Internet haben sich neue Formen von Dienstleistungen auf Abruf herausgebildet („Plattformökonomie“), bei denen die Beschäftigten oft keine soziale Absicherung haben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Europäische Union Regelungen erlässt, die hier Rechte und soziale Sicherheit für die Arbeitnehmer*innen gewährleisten.

Arbeitsbedingungen von studentischen Hilfskräften

Wir werden die Arbeitsbedingungen von studentischen Hilfskräften an der Universität und den Hochschulen verbessern und ihre Leistung besser bezahlen. So wird die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Studierenden gestärkt. Außerdem sollen studentische Hilfskräfte alle Stunden bezahlt bekommen, die sie tatsächlich arbeiten – etwa die Vor- und Nachbereitung von Tutorien muss ebenso als Arbeitszeit anerkannt werden wie die aktive Veranstaltungszeit. Verträge sollen zudem langfristiger angelegt werden, um Studierenden eine Planungssicherheit zu ermöglichen und die Arbeit an der Uni attraktiver zu gestalten.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Arbeitsmarkt für Migrant*innen öffnen**

Wir werden Migrant*innen beim Zugang zum Arbeitsmarkt besser fördern, Qualifikationen und berufliche Erfahrungen leichter anerkennen. Sprach- und Integrationskurse werden wir ausweiten und für Betriebe, deren Mitarbeiter*innen einen Migrations- bzw. einen Fluchthintergrund haben, auch zukünftig ein Unterstützungsangebot sicherstellen.

- **Arbeit für Alleinerziehende**

Der Arbeitsmarkt muss für Alleinerziehende geöffnet werden. Dafür werden wir das Modellprojekt „Vermittlung und Integration von Alleinerziehenden in Arbeit“ ausbauen und verstetigen. Dabei werden wir darauf hinwirken, dass gleichwertige Arbeit von Frauen wie die von Männern bezahlt wird. Die Kinderbetreuung weiten wir aus.

- **Digitalisierung als Herausforderung und Chance**

Wir begreifen den Wandel der Arbeitswelt hin zu mehr Digitalisierung als Chance, integrieren das Thema in die Aus- und Weiterbildung. Einer Aufweichung des Mindestlohns oder anderer sozialer Standards durch neue Arbeitsmodelle oder Technologien treten wir entschieden entgegen.

Geschlechter? Gerechtigkeit!

Wir GRÜNE sind stolz auf unsere Wurzeln in der Frauenbewegung. Unser Ziel ist eine geschlechtergerechte und solidarische Gesellschaft, in der alle Geschlechter gleich behandelt werden und Zeit, Macht und Geld gerecht verteilt sind. Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes Leben ohne vorgegebene traditionelle Geschlechterrollen, gegen Sexismus und für den konsequenten Schutz aller Menschen vor sexualisierter Gewalt ein.

Wir kämpfen gegen männlich dominierte Gesellschaftsstrukturen, sei es in Politik, Wirtschaft, Arbeit oder in den Medien. Für uns ist klar: Nur die volle Hälfte ist gerecht! Wir wollen die gerechte Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen der Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Deshalb wollen wir die Anwendung von politischen Instrumenten wie Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in allen Senatsressorts intensivieren.

Wir haben mit frauenbewegter grüner Politik schon viel erreicht, aber sind längst noch nicht am Ziel. Denn Frauen sind noch immer unterrepräsentiert in Parlamenten und Führungsebenen, sie erhalten weniger Lohn für gleichwertige Arbeit, sie sind als alleinerziehende oder alte Frauen besonders von Armut betroffen, sie werden häufiger Opfer von Sexismus und Gewalt und leisten immer noch einen Großteil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit.

Wir GRÜNE sind in Sorge angesichts der aktuell antifeministischen und frauenfeindlichen Angriffe von rechtskonservativen Kräften in ganz Europa, die von einer neuen Aggressivität geprägt sind. Sie fordern einen Rückfall in vormoderne Geschlechterrollen und stellen viele Freiheiten, die erkämpft wurden, wieder infrage. Diesen Rückfall wird es mit uns nicht geben!

Geschlechtergerechtigkeit als staatliche Aufgabe

Geschlechtergerechtigkeit ist unverzichtbar für eine Demokratie, sie zieht sich durch alle Politik- und Lebensbereiche. Wichtige Akteurin im Land Bremen ist hier seit langem die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF). Ihr Auftrag ist darüber zu wachen, dass die Gleichberechtigung vorangeht. Sie fungiert als wirkungsvolle Mittlerin zwischen Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft, initiiert wichtige öffentliche Debatten und regt Gesetzesvorhaben und Initiativen an. Die Herausforderungen bleiben komplex. Nach Zeiten des Stellenabbaus setzen wir GRÜNE uns deshalb für eine der Aufgabe auskömmliche personelle und sachliche Ausstattung der ZGF ein. Auch andere wichtige Akteur*innen in Bremen, wie etwa Beratungs-, Bildungs- und Anlaufstellen für Frauen, Inter- und Transpersonen sollen gefördert und ausgebaut werden.

Mit uns geht es vorwärts und nicht zurück in die 50er Jahre

Wir GRÜNE stehen für Selbstbestimmung und lehnen vermeintlich „typisch weibliche“ und „typisch männliche“ Rollenbilder ab. Wir wollen daher eine geschlechtersensible Pädagogik fördern, die Kinder individuell wahrnimmt, ohne sich auf Rollenstereotype zu beziehen. Hierfür brauchen wir eine Überprüfung und gegebenenfalls Überarbeitung des Unterrichtsmaterials. Wir wollen die Erzieher - und Lehramtsausbildung erweitern und die Fortbildungsmaßnahmen in der Erwachsenenbildung um die Aspekte einer gendersensiblen Didaktik ergänzen. Wir GRÜNE wollen, dass weibliche Errungenschaften auch in der Schule zum Thema werden: Frauen in Naturwissenschaften und Technik, Frauen aus Politik und Zeitgeschehen, Frauen und ihre historischen Leistungen finden im Unterricht bisher zu wenig Platz.

Mädchen und Jungen wählen sehr häufig ihre Ausbildungsberufe geschlechtstypisch aus. Daher finden sich zu wenige Mädchen in MINT-Berufen und zu wenige Jungs in pädagogischen Berufen wieder. Wir

wollen bei der Jugendberufsagentur geschlechtersensible Berufsberatungsangebote fördern. Mit uns wird es wieder einen wirksamen Zukunftstag geben, der Rollenklischees aufbricht. Denn die Erfahrungen mit dem Kids Day sind nicht zufriedenstellend. Bremen soll sich an der „Initiative Klischeefrei“ beteiligen, einem Bündnis aus Bildung, Politik, Wirtschaft und Forschung mit dem Ziel, Mädchen und Jungen dabei zu unterstützen, einen Beruf zu finden, der zu ihren Stärken passt – frei von Geschlechterklischees.

Von und nach der Arbeit leben können

Das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern ist in Bremen mit rund 26 Prozent überdurchschnittlich hoch. Auch die Armutsquoten bei Alleinerziehenden und alten Frauen sind im Land Bremen höher als in anderen Regionen. Wir GRÜNE setzen uns daher für eine Reform des männerdominierten bremischen Arbeitsmarkts ein, kämpfen für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern und unterstützen tarifliche Verbesserungen bei sogenannten typischen Frauenberufen.

Im Land Bremen ist die Frauenerwerbsquote mit 63,3 Prozent zu gering. Wir brauchen mehr Anstrengungen, um die strukturellen Diskriminierungen für Frauen auf dem Bremer Arbeitsmarkt abzubauen. Wir werden deshalb eine familienpolitische Strategie für die bremische Arbeitsmarktpolitik erarbeiten, in der insbesondere die Lebensrealitäten von Alleinerziehenden berücksichtigt werden.

Unser Ziel bleibt die eigenständige Existenzsicherung von Frauen sowie von Trans- und Interpersonen. Insbesondere die immer noch massiven Diskriminierungserfahrungen von Trans- und Interpersonen auf dem Arbeitsmarkt nehmen wir ernst. Deswegen betonen wir: Jeder Mensch soll das individuelle Familien- und Lebensmodell selbst bestimmen und die Möglichkeit haben, für den eigenen Lebensunterhalt und eine ausreichende finanzielle Absicherung im Alter selbst zu sorgen. Wir GRÜNE setzen uns deshalb ein für einen flächendeckenden Mindestlohn, die Eindämmung der Minijobs, familiengerechte Arbeitszeitmodelle, den bedarfsgerechten Ausbau einer flexiblen Kinderbetreuung, für eine Kindergrundsicherung und die Abschaffung des Ehegattensplittings für alle Ehen zugunsten einer besseren Förderung und Entlastung von Familien mit Kindern.

Frauen sind heute genauso gut wie oder besser qualifiziert als ihre männlichen Kollegen. In Führungsverantwortung und Vorstandsetagen sind sie aber weitgehend unterrepräsentiert. Wir stehen daher weiterhin zur Frauenquote von 50 Prozent in Aufsichtsräten, Vorständen und Unternehmen mit Landesbeteiligung.

Kein Platz für Sexismus

Sexismus ist auch heute noch alltäglich und geht uns alle an. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, etwa in Medien und Werbung, die Frauen zu sexualisierten Objekten macht, treten wir entschieden entgegen. Die Beschwerdestelle für sexistische Außenwerbung, die ein politisches Verbot durchsetzen soll, muss ihre Arbeit öffentlicher machen. Es sollen neue, schärfere Kriterien eingeführt werden, die das Verbot wirksamer machen. Ebenso setzen wir uns für wirksame Maßnahmen gegen Hate Speech und Cybermobbing ein, wovon Frauen doppelt so oft betroffen sind wie Männer. Wir wollen eine Meldestelle für Betroffene von Hate Speech am Bremer Demokratiezentrum einrichten. Wir werden Beratung und Schulung für Multiplikator*innen schaffen. Wir sehen die Medien in der Pflicht, ein geschlechtergerechtes Programm zu gestalten, in dem der Abbau von Rollenklischees und wo Gewaltfreiheit in Wort und Bild gewährleistet ist. Diesen Anspruch sollen auch junge und moderne Formate erfüllen.

Wir fordern von Veranstalter*innen in und um Bremen, dass sie Frauen nicht von gesellschaftlicher und politischer Teilhabe ausschließen. Wir denken hier vor allem an das jährlich stattfindende Eiswettfest, zu dem bis zu 800 hochrangige Männer aus Politik und Wirtschaft eingeladen und Frauen explizit

ausgeschlossen werden. Es handelt sich hierbei nicht um eine harmlose Tradition, sondern um eine Veranstaltung zum Netzwerken, zum Ausweiten und Festigen männlicher Machtstrukturen. Wir fordern daher, dass diese Veranstaltung auch für Frauen geöffnet wird, um diese Tradition den gesellschaftlichen Ansprüchen des 21. Jahrhunderts anzupassen.

Für ein Leben ohne Gewalt

Die Übergänge von Sexismus zu sexualisierter Gewalt sind oft fließend. Wir fordern daher kinder- und jugendgerechte Präventionsarbeit in und außerhalb von Schulen. Wir wollen Aufklärung und Maßnahmen in Verwaltungen und Unternehmen sowie eine landesweite intensivere Ausbildung und Sensibilisierung von Behörden, Polizei und Justiz zum Thema häuslicher und sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie Inter- und Transmenschen, aber auch gegen Männer. Diese Sensibilisierung soll auch gegenüber häuslicher Gewalt im Kontext aller Lebensgemeinschaften geschehen. Jeder Mensch muss gewaltfrei leben können.

Wir wollen intensiv dabei unterstützen, Wege aus der Gewalt zu finden. Mit guten vernetzten Hilfesystemen für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie mit professioneller Täterarbeit. Wir werden die Arbeit der Einrichtungen wie Kita, Schule, Polizei und Ärzt*innen besser vernetzen. Eine einzurichtende Interventionsstelle soll Kindern frühestmöglich aufzeigen, wie sie der Gewalt der Eltern entkommen können. Wir werden die Frauenhäuser und Kinderschutzeinrichtungen nachhaltig finanziell absichern.

Wir schaffen schnell Angebote und Schutzwohnungen für junge Inter- und Transpersonen und Homosexuelle, die in ihrem Umfeld und ihren Familien Gewalt erfahren. Wir haben in Bremen eine der ersten Einrichtungen für traumatisierte geflüchtete Frauen geschaffen und ein sehr umfangreiches Gewaltschutzkonzept, das für alle Einrichtungen gilt, vorgelegt. Dies soll nun auch für Inter- und Transmenschen geschehen. Nun gilt es Gewaltprävention auch in den Stadtteilen zu verankern, Hilfswege transparent aufzuzeigen und bei Gewalt schnell einzuschreiten. Die bereits getroffenen Maßnahmen wollen wir evaluieren und weiterentwickeln. Wir sorgen dafür, dass queere Geflüchtete angemessene Hilfe bekommen und sich sicher fühlen können.

Viele Opfer von sexualisierter Gewalt zeigen aus Angst und Scham die Täter*innen nicht an. Wir setzen uns dafür ein, dass Zeug*innen nach Gewaltdelikten unbürokratische Hilfe und einen Rechtsanspruch auf psychosoziale Zeugen- und Prozessbegleitung erhalten. Notwendig ist auch, dass Polizist*innen, Richter*innen und Staatsanwält*innen im Rahmen ihrer Ausbildung und durch regelmäßige verpflichtende Fortbildungen für den Umgang mit traumatisierten Menschen sensibilisiert werden.

Mein Körper gehört mir

Wir GRÜNE setzen uns für die sexuelle Selbstbestimmung ein. Frauen sollen selbst entscheiden, ob sie ein Kind bekommen wollen. Um diese je nach Lebenslage schwierige Entscheidung treffen zu können, brauchen Frauen unabhängige Information, Rat und Unterstützung, egal für welchen Weg sie sich entscheiden. Wir lehnen die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ab. Frauen brauchen im Fall einer ungewollten Schwangerschaft schnellen und einfachen Zugang zu Hilfe. Dafür muss im Strafgesetzbuch der Paragraf 219a endlich gestrichen werden. Vielerorts ist der Zugang zu einem medizinisch sicheren Schwangerschaftsabbruch nicht mehr gewährleistet. Das muss sich ändern. Die Rechtslage muss so reformiert werden, dass an den medizinischen Hochschulen und in der Facharztausbildung die Lehre sicherer Schwangerschaftsabbrüche sowie bundesweit die Versorgung sichergestellt wird.

Wir stehen für Geschlechtergerechtigkeit und sexuelle Selbstbestimmung für alle LSBTIQ*-Identitäten. Das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper ist für uns zentral. Wir wollen einen geschlechtergerechten Sexualunterricht, der gleichwertig und diskriminierungsfrei über heterosexuelle und queere Orientierungen aufklärt. Ziel soll sein, keine neuen Stereotype im Unterricht zu schaffen, sondern über geschlechtliche Identitäten oder queere Orientierungen aufzuklären. Das Thema Intersexualität soll enttabuisiert werden. Wir verbessern die Aufklärung, um Betroffenen und Angehörigen die Verunsicherung zu nehmen und um Diskriminierung und Mobbing entgegenzuwirken. Wir werden bestehende Beratungsstellen in Bremen darin unterstützen, Beratungsangebote für Eltern von Inter- und Trans-Kindern zu schaffen.

Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Notwendigkeit einer Geschlechtsangabe in den Personalstandsangaben abgeschafft wird und prüfen derweil in bestehenden Registern, wo eine Geschlechtsangabe tatsächlich notwendig sein kann, um eine Faktenlage zu schaffen. Wir GRÜNE werben für die Abschaffung der Gutachtenpflicht für Menschen, die ihren Personenstand ändern möchten. Außerdem fordern wir ein Verbot der geschlechtsangleichenden Operationen von Interkindern nach der Geburt.

Queeres Leben in Bremen

Die Lebenslagen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Interpersonen sowie Queeren (LSBTIQ*) sind gerade im Alltag oft von spezifischen Bedürfnissen geprägt. Vom Inter-Kind in der Kita bis zur lesbischen Seniorin im Altersheim fehlt es an Rahmenbedingungen, um diskriminierungsfrei aufwachsen und leben zu können. Unser Ziel ist deshalb der bedarfsgerechte Ausbau der bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote für LSBTIQ*-Personen jeden Alters. Interessenvertretungen und Selbstorganisationen wollen wir stärker fördern. Queeres Leben in Bremen und Bremerhaven wollen wir sichtbarer und selbstverständlicher machen und für mehr Akzeptanz werben. Dabei werden wir auch kultursensible Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund schaffen. Den von uns initiierten „Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie“ werden wir konsequent umsetzen.

Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung ihrer Rechte ein. Der Europäische Gerichtshof hat im Frühjahr 2018 geurteilt, dass ein in einem Mitgliedsland anerkanntes eingetragenes Paar auch in einem anderen als solches anerkannt werden muss. Jetzt gilt es, diese Rechtsprechung auch in allen Mitgliedsländern durchzusetzen, dafür wollen wir uns stark machen.

Kindgerecht statt mädchen- oder jungenspezifisch

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die sexuelle Vielfalt in allen Bildungseinrichtungen – von der Kita bis in die Ausbildung – angemessen berücksichtigt wird. Ausbildung und Praxis der Kindergärten sollten so gestaltet sein, dass alle Kinder alle Angebote erhalten und alle Spielzeuge auswählen können, nach ihrer Entscheidung und ohne einschränkende und vorwegnehmende Zuordnung nach Geschlecht. In den Schulen soll es zukünftig gezielte Hilfestellungen und Ansprechpartner*innen für LSBTIQ* geben, um zum Beispiel beim Coming-out direkt zu unterstützen. Entsprechendes gilt für die Jugendarbeit: Auch hier muss es qualifizierte Ansprechpartner*innen geben.

Gendergerechte Ausbildung

Auch Berufs- und Universitätsausbildungen, insbesondere in Erziehungs- und Pflegeberufen sowie in pädagogischen und medizinischen Ausbildungen, müssen geschlechtergerechte Bildungsanteile stärker berücksichtigen.

Regenbogenfamilien fördern

Mit der Bundesratsinitiative zur „Ehe für alle“ hat Bremen auf GRÜNE Initiative erfolgreich für die Rechte von gleichgeschlechtlichen Paaren gestritten. Der Erfolg der „Ehe für alle“ war ein erster Schritt. Jetzt werden wir die rechtlichen Rahmenbedingungen und Sicherheiten für Regenbogenfamilien verbessern. Hierzu wollen wir die Beratungslandschaft verbessern und Familiengründungen erleichtern. Noch immer herrscht für Alleinstehende und Frauen, Inter- und Transpersonen, die in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft leben bzw. mit einer Frau, Inter- oder Transperson verheiratet sind, eine unklare Rechtslage in Bezug auf eine künstliche Befruchtung. Wir unterstützen daher die Forderung seitens der Betroffenen und Ärzt*innen an die Bundesregierung, die assistierte Reproduktion für alle Frauen unabhängig von Familienstand und sexueller Orientierung bzw. geschlechtlicher Identität zu ermöglichen.

Gesundheitsversorgung sensibilisieren

Eine queerfreundliche ärztliche und pflegerische Versorgung muss im Land Bremen gewährleistet werden. Hierzu zählt für uns die Sensibilisierung von Frauenärzt*innen für lesbische, Inter- oder Transbesucher*innen sowie eine allgemeine Aufklärung von Ärzt*innen und Pflegepersonal in allen Pflege- und Alteneinrichtungen. Gerade in Pflege- und Altenheimen müssen die Bedürfnisse von LSBTIQ*-Personen stärker in den Blick genommen werden. Auch für eine bessere Berücksichtigung gleicher Rechte von LSBTIQ*-Personen in Seniorenvertretungen setzen wir uns ein.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese zwei Projekte:

- **Für ein Leben ohne Gewalt**

Wir richten eine Interventionsstelle ein, die Kindern aufzeigt, wie sie der Gewalt der Eltern entkommen können. Wir werden die Frauenhäuser und Kinderschutzeinrichtungen nachhaltig finanziell absichern und Inter- und Transeinrichtungen aufbauen. Und wir schaffen Angebote und Schutzwohnungen für junge Inter- und Transpersonen und Homosexuelle, die in ihrem Umfeld und ihren Familien Gewalt erfahren. Als Gesamtstrategie des Landes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Mädchen und mitbetroffene Kinder werden wir einen Landesaktionsplan Gewaltschutz erstellen sowie eine ausreichend ausgestattete Koordinierungsstelle einrichten.

- **Eine Beratungsstelle für Trans-Kinder**

Wir wollen Eltern von Inter- und Trans-Kindern stärken, um den Kindern ein Aufwachsen ohne Rollenzwang zu ermöglichen. Hierfür richten wir eine Beratungsstelle für Eltern und Pädagog*innen ein.

Gesundheit und Pflege: der Mensch im Mittelpunkt

Wir GRÜNE wollen, dass alle Menschen gut versorgt werden, wenn sie krank sind. Das darf nicht vom Stadtteil, von Alter, Einkommen, Geschlecht, Herkunft oder Behinderung abhängen. Wir erleben auch im Land Bremen eine Zwei-Klassen-Medizin. Gesetzlich Versicherte bekommen später einen Termin bei Fachärzt*innen als privat Versicherte. In einigen Stadtteilen gibt es zu wenige Haus- und Kinderärzt*innen. Hilfsbedürftige Patient*innen müssen dann lange Wege in Kauf nehmen.

Wir GRÜNE wollen eine qualitativ hochwertige, stadtteilbezogene Versorgung sicherstellen. Wir wollen die Qualität der Versorgung verbessern und eine stärkere Zusammenarbeit von Pflegekräften, Therapeut*innen, Ärzt*innen und Krankenhäusern auf Augenhöhe. Patient*innen sollen ins Zentrum der Versorgung rücken. Unsere grüne Gesundheitspolitik geht von den Bedürfnissen der Betroffenen statt von den Interessen der Anbietenden aus. Unser Ziel ist eine solidarisch und gerecht finanzierte Krankenversicherung. Wir unterstützen auf Bundesebene die Bürgerversicherung.

Auch unsere grüne Pflegepolitik stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Dabei wollen wir in Zukunft verstärkt auch die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund ansprechen. Unsere Aufmerksamkeit gilt den Menschen, die auf Pflege oder Unterstützung angewiesen sind. Sie sollen so lange, wie es möglich ist und sie das selbst möchten, selbstbestimmt und gut versorgt in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Genauso liegen uns diejenigen am Herzen, die sich um die Pflege einer nahestehenden Person kümmern. Sie wollen wir entlasten. Und wir haben die Situation derjenigen im Blick, die in Pflege- und Gesundheitsfachberufen arbeiten. Sie verdienen mehr Anerkennung, Wertschätzung, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung.

Gute ärztliche Versorgung in allen Stadtteilen

Wir GRÜNE wollen eine gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung in allen Stadtteilen, die auch kultursensibel aufgestellt ist. Das bedeutet, dass gerade Haus- und Kinderärzt*innen überall gut und schnell erreichbar sind. Auch die gute Betreuung von Schwangeren und Eltern nach der Geburt muss überall gewährleistet sein. Wir wollen die Gründung von integrierten Gesundheitszentren politisch unterstützen, um das Zusammenwirken unterschiedlicher medizinischer und präventiver Angebote und der Pflege unter einem Dach zu ermöglichen. So verbessern wir vor allem die Versorgung in benachteiligten Stadtteilen. Wir setzen uns für eine gerechtere Verteilung von Ärzt*innen und anderen Gesundheitsberufen in Bremen ein und werden die Kooperation und Vernetzung ambulanter Einrichtungen und Krankenhäuser fördern. Wir GRÜNE wollen Angebote der Kurzzeitpflege kultursensibel ausrichten. Dafür wollen wir ein Modellprojekt initiieren.

Alle Bremer*innen gut medizinisch versorgt werden, besonders im Notfall. Dafür wollen wir eine Erstversorgung aus einer Hand, wo alle Menschen im medizinischen Notfall Hilfe bekommen. Hierfür wollen wir verbindliche Anlaufstellen an den Krankenhäusern für Notfälle einrichten. Von dort werden die Patient*innen dorthin weitergeleitet, wo sie die notwendige Weiterbehandlung bekommen: ins Krankenhaus oder in eine ärztliche Praxis.

Gemeinsam für ein gesundes Leben in Bremen und Bremerhaven

Wir wollen kommunale Gesundheitskonferenzen in Bremen und Bremerhaven etablieren, um einen zielorientierten Dialog zwischen den ambulanten und stationären Gesundheitsversorgern sowie Patientenvertretungen zu ermöglichen. Die Gesundheitskonferenzen sollen als zentrale Koordinierungsgremien alle gesundheitsbezogenen Akteur*innen zusammenführen und passgenaue

Lösungsvorschläge zu den lokalen Herausforderungen in der gesundheitlichen Versorgung, der gesundheitlichen Prävention, der Gesundheitsförderung und der Pflege erarbeiten.

Die Eigenständigkeit der kommunalen Kliniken erhalten

Wir GRÜNE kämpfen seit Jahren dafür, dass der Klinikverbund Gesundheit Nord (GeNo) in kommunaler Trägerschaft bleibt. Die GeNo-Häuser versorgen professionell Patient*innen auch von jenseits der Landesgrenzen in allen Fachbereichen der Medizin. Zusammen mit den freigemeinnützigen und privaten Kliniken bietet Bremen eine umfassende und hochwertige medizinische Versorgung.

Dafür müssen unsere kommunalen Kliniken bedarfsgerecht und wirtschaftlich geführt werden. Dazu gehört eine sinnvolle Verteilung und Konzentration der medizinischen Abteilungen; dadurch wird die hochwertige Versorgung der Patient*innen sichergestellt. Überall alles anzubieten reduziert die Behandlungsqualität und ist auch noch teuer. Wir erwarten von der GeNo, dass sie die beschlossene Medizinstrategie umsetzt. Bei Medizin und Pflege darf nicht gespart werden, wohl aber bei ineffektiven Betriebsabläufen.

Medizinischer Bedarf richtet sich nicht nach Landesgrenzen. Wir wollen eine echte Versorgungs- und Bedarfsplanung unter Einbeziehung aller Kliniken in Bremen und dem niedersächsischen Umland.

Förderung der ambulanten psychiatrischen Versorgung

Wir wollen Menschen in psychischen Krisen möglichst frühzeitig die passende Unterstützung und Therapie zukommen lassen, die Hilfen vor Ort besser aufeinander abstimmen und die Prävention ausbauen. Hierzu gehört für uns der Ausbau der ambulanten Versorgung und die verbindliche Zusammenarbeit von psychosozialen Diensten, ambulanten und stationären psychiatrischen und psychotherapeutischen Angeboten in gemeindepsychiatrischen Verbänden. Dadurch bekommen die Betroffenen schnelle, passgenaue und lebensweltbezogene Hilfen. „Ambulant vor stationär“ hat für uns Priorität. Jedoch braucht es zusätzlich zu den ambulanten Angeboten in den Stadtteilen die Möglichkeit der stationären Aufnahme von Betroffenen. Wir wollen uns für den Ausbau und die Verstärkung der psychosozialen Versorgung insbesondere von Geflüchteten einsetzen.

In Bayern droht psychisch Kranken neuerdings, wie Verbrecher behandelt zu werden. Wir GRÜNE lehnen eine Stigmatisierung psychisch erkrankter Menschen in aller Deutlichkeit ab. Jeder Mensch kann psychisch krank werden und muss dann schnelle und passende Hilfe finden. Weil eine gewaltvermeidende Behandlung entscheidend ist, wollen wir bei der Bürgerschaft eine Gewaltbeauftragtenstelle schaffen, die Beschwerden aufklären und zwischen den Betroffenen vermitteln soll.

Raus aus der Zwei-Klassen-Medizin

Wir GRÜNE stehen dafür, die gesetzliche und private Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterzuentwickeln. Wir unterstützen ein System, an dem sich alle beteiligen: Beamt*innen, Selbstständige und Gutverdienende. Zuzahlungen für Medikamente und andere Selbstbeteiligungen wollen wir abschaffen. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein.

Wir unterstützen die Forderungen nach einem möglichst breiten Impfschutz der Bevölkerung. Dabei setzen wir auf freiwillige Beratung und bessere Informationen.

Stärkung nicht-ärztlicher Gesundheitsberufe

Wir GRÜNE stärken die Stellung der nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe wie zum Beispiel von Pflegekräften, Hebammen, Physio- und Ergotherapeut*innen und Logopäd*innen. Sie brauchen bessere Bezahlung, mehr Aufstiegsmöglichkeiten sowie ein Angebot akademischer Aus- und Weiterbildung.

Wir fordern eine Kostenfreiheit der Ausbildung sowie eine ordentliche und angemessene Ausbildungsvergütung, die über die Lebenshaltung hinaus eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, einschließlich aller Zweige der Sozialversicherung. Nur so können wir die nötigen Fachkräfte gewinnen. Gleichwertige ausländische Fachabschlüsse sollen schneller und kostengünstiger anerkannt werden.

Gesetzliche Haftpflichtversicherung für Hebammen

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Geburtshilfe gestärkt wird. Hebammen und Entbindungspfleger sollen eine bessere Vergütung bekommen. Unsere Ziele sind eine stärkere Selbstbestimmung der Frauen bei der Geburt und eine Senkung der Kaiserschnitttrate. Hierzu unterstützen wir die Empfehlungen des „Bündnis zur natürlichen Geburt“.

Freiberufliche Hebammen brauchen eine dauerhafte Lösung für die zu hohen Beiträge der Haftpflichtversicherung. Hierfür fordern wir auf Bundesebene eine gesetzliche Haftpflichtversicherung für Hebammen und die anderen Gesundheitsberufe.

Die Einrichtung eines Studiengangs für die Hebammenqualifizierung in Bremen ist ein weiterer notwendiger Schritt, um die Anzahl der Hebammen wieder zu steigern. So bekommt jede Frau eine gute Versorgung für die Schwangerschaft, Geburt und Nachsorge.

Bessere Berufsbedingungen in der Pflege

Wir GRÜNE wollen, dass Kranke und Pflegebedürftige auch künftig gut versorgt sind. Die Sofortprogramme der Bundesregierung reichen nicht aus, um mehr Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen. Auch im Land Bremen steigt die Zahl der Pflegebedürftigen, doch die Zahl der Pflegenden passt sich dieser Entwicklung leider nicht an. Dieser wichtige Beruf ist für viele Menschen unattraktiv geworden, da das Personal zu knapp bemessen wird, die Dienstplanung nicht verbindlich und die Arbeitsbelastung zu hoch ist.

Wir GRÜNE setzen uns nach Kräften dafür ein, dass Pflegekräfte in ihrer Arbeit eine Entlastung erfahren. Wir wollen die Attraktivität dieses wertvollen Berufs wieder in den Mittelpunkt rücken. Bessere Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung, eine familienfreundliche Arbeitsorganisation und mehr Zeitsouveränität sind unsere Ziele. Dazu fordern wir bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, gesetzlich festgelegte Personalbesetzung mit höheren Personalschlüsseln und eine bessere Bezahlung sowie die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen.

Wir treten dafür ein, dass pflegende Angehörige eine finanzielle und zeitliche Entlastung bekommen, um ihre pflegebedürftigen Familienmitglieder in ihrem häuslichen Umfeld zu versorgen. Da ist der Bundesgesetzgeber in der Pflicht, auch die Tarifparteien müssen dazu beitragen. Wir GRÜNE wollen ambulante Versorgungsstrukturen in den jeweiligen Stadtteilen weiter ausbauen und allen pflegebedürftigen Menschen ein möglichst langes Leben in ihrem häuslichen Umfeld ermöglichen.

Für eine starke Vertretung der Pflegeberufe

Wir wollen, dass alle Beschäftigten in der professionellen Pflege – Fachkräfte und qualifizierte Helfer*innen – ihre Interessen auf Augenhöhe mit anderen Berufsgruppen und Vertreter*innen im Gesundheitswesen vertreten können. In vertieften Beratungen mit den Pflegenden im Land Bremen sowie den Arbeitnehmervertretungen wollen wir prüfen, ob und in welcher Weise eine „Pflegeberufekammer“ ein geeignetes Instrument dafür sein kann.

Drogenprävention, Jugendschutz und Selbstbestimmung

Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik. Wir GRÜNE stehen für eine vernunftgeleitete und humane Drogen- und Suchtpolitik, die Drogen weder verharmlost noch ideologisch verteufelt. Kinder und Jugendliche wollen wir wirksam vor Drogen schützen. Die Selbstverantwortung mündiger Erwachsener wollen wir stärken und ebenso die wirksame Prävention – bei gleichzeitiger Information für Konsument*innen zu Folgen und Risiken. Abhängige benötigen Hilfe. Konsument*innen sollen nicht länger kriminalisiert werden, denn das hat schlimme Folgen für viele und bewirkt nichts. Wir prüfen eine regulierte Abgabe unter staatlicher Aufsicht.

Auf Bundesebene fordern wir ein klar geregeltes System für den Anbau, Handel und die Abgabe von Cannabis. Der Verkauf von Cannabis soll unter strenger Wahrung des Jugendschutzes in lizenzierten Geschäften mit geschultem Personal erfolgen. In Bremen wollen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, ein entsprechendes Modellprojekt auf den Weg zu bringen. Bis dahin soll der Erwerb und Besitz von Cannabis bis zu 15 Gramm und der private Anbau von bis zu vier Cannabis-Pflanzen von der Staatsanwaltschaft Bremen strafrechtlich nicht verfolgt werden. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Gleichbehandlung von Alkohol- und Drogenkonsum im Führerscheinrecht ein und wollen auf Landesebene die entsprechenden Spielräume nutzen.

Wir GRÜNE wollen die zielgruppenspezifischen und niederschweligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe stärken. Die bestehenden Unterstützungsangebote wollen wir durch ein offenes Angebot für einen Drogenkonsumraum ergänzen. Dort besteht für drogenabhängige Menschen die Möglichkeit, unter hygienischen Bedingungen mitgebrachte Drogen zu konsumieren.

Zudem wollen wir in Bremen ein gutes Drugchecking-Angebot schaffen. Dies ermöglicht Konsument*innen, die erworbene Droge auf giftige Beimengungen und die tatsächliche Dosierung untersuchen zu lassen. Erfahrungen aus anderen Städten beweisen, dass sich durch ein solches Projekt Gesundheitsrisiken deutlich reduzieren lassen.

Wir GRÜNE fordern eine intensivere Aufklärung über die Gefahren von Alkohol und Tabak. Werbung für diese und andere Drogen lehnen wir ab. Wir setzen uns für konsequenten Nichtrauchererschutz ohne Ausnahmen für Einraumkneipen und Nebenräume ein, wie er in Bayern erfolgreich per Volksabstimmung eingeführt wurde. Der gelebte Nichtrauchererschutz in anderen Bundesländern zeigt, dass dieser nicht zum befürchteten Kneipensterben führt. Wir werden uns für eine konsequente Verschärfung des Nichtraucherchutzgesetzes einsetzen und setzen zudem auf eine strikte Kontrolle des Schutzes vor Passivrauchen durch den Ordnungsdienst.

Wir GRÜNE wollen, dass die Werbung für frei verkäufliche Medikamente reduziert wird und deutlicher über Risiken und Nebenwirkungen aufgeklärt wird. Derartige Werbung, die sich an Kinder und Jugendliche richtet, sollte nicht zugelassen werden.

Schaffung weiterer Hospizplätze für das Land Bremen

Das Lebensende soll jeder Mensch nach seinen Möglichkeiten selbstbestimmt organisieren und die Möglichkeit haben, über die passendste Versorgung zu entscheiden. Uns ist es wichtig, dass schwerstkranke Menschen gut versorgt werden und ihre Angst vor dem Sterben und dem Tod gelindert wird.

Angesichts der zunehmenden Zahl alter Menschen fehlen in Bremen stationäre Hospiz- und Palliativplätze. Sterbenden bleibt somit häufig dieser Weg der Versorgung verwehrt. Deswegen muss es stadtnah weitere Plätze geben. Wir GRÜNE wollen Angebote der stationären und ambulanten Palliativ-Versorgung und der Schmerzlinderung für alle zugänglich machen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung**

In allen Stadtteilen Bremens soll eine gute ärztliche Versorgung für alle Menschen verfügbar sein. In den Stadtteilen, wo es keine ausreichende Versorgung durch Hausarztpraxen gibt, werden wir die Einrichtung von integrierten Gesundheitszentren fördern.

- **Bedingungen für Pflegekräfte und der pflegenden Angehörigen verbessern**

Pflegende Angehörige müssen eine finanzielle und fachliche Unterstützung bekommen, damit sie die Pflege zuhause leisten können. Wir wollen, dass für Pflegekräfte eine flächendeckende Tarifbindung umgesetzt wird, es einen Ausbau der unabhängigen Beratungsstellen gibt und es mehr Plätze in der Tagespflege gibt.

- **Förderung der ambulanten psychiatrischen Versorgung**

Psychisch kranke Menschen müssen schnelle, passgenaue und lebensweltbezogene Hilfen finden. Wir fordern den Ausbau der ambulanten psychiatrischen Versorgung für alle betroffenen Menschen. Die Zusammenarbeit ambulanter und stationärer psychiatrischer, psychotherapeutischer und psychosozialer Angebote werden wir verbindlich in gemeindepsychiatrischen Verbänden regeln. „Ambulant vor stationär“ hat für uns Priorität. Jedoch braucht es zusätzlich zu den ambulanten Angeboten in den Stadtteilen die Möglichkeit der stationären Aufnahme von Betroffenen.

Bremen – ein Land für Jung und Alt

Wir GRÜNE möchten, dass Bremer*innen jeden Alters sich in Bremen und Bremerhaven wohlfühlen, hier ihren Lebensmittelpunkt aktiv gestalten und das Land Freiräume und Unterstützung für alle Generationen bereitstellt. Bremen und Bremerhaven müssen Auszubildende, Studierende, junge Berufstätige, Absolvent*innen und junge Familien stärken und für sich gewinnen, denn sie sind die Zukunft der Städte. Wir wollen den Austausch zwischen den Generationen fördern. Von ganz jung bis hochbetagt: Wir sind der festen Überzeugung, dass alle Bremer*innen die Möglichkeit zur individuellen Entfaltung und aktiven Mitgestaltung des Lebens und der Gesellschaft in Bremen haben müssen. Denn wir GRÜNE wissen, dass eine Stadt davon profitiert, die Impulse junger und alter Menschen aufzunehmen.

Vielfältige Chancen für unsere Jugend

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Jugendliche gute Chancen bekommen, um zu selbstständigen, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten heranzuwachsen. Für uns ist dabei wichtig, die Kinder- und Jugendarmut zu bekämpfen, den Zuzug junger Geflüchteter zu begleiten und die Kinder- und Jugendbeteiligung zu unterstützen. Kinder und Jugendliche in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern, ist eine gesetzliche Pflicht. Dafür sind außerschulische, offene und zielgenau auf den Bedarf ausgerichtete Angebote wichtig. Das sind Orte für die Jugendlichen, in denen sie kostenlos, freiwillig und selbst aktiv dabei sein können. Wir möchten Jugendliche und ihre Interessen von Anfang an in die Politik einbeziehen. Hier setzen wir auf aktive Mitbestimmung. Dadurch gewinnen wir Jugendliche für die demokratische Mitgestaltung.

Freiräume für Jugendliche – offene Jugendarbeit stärken

Wir wollen Bremer Jugendlichen Freiräume geben und sie so auf ihren individuellen Wegen unterstützen. Jugendliche brauchen dafür Räume und Angebote, bei denen sie jugendlich sein können. Sie müssen sich ausprobieren können, um ihre Ressourcen und Kompetenzen zu entwickeln, die sie später benötigen. Es gilt junge Menschen in ihrer demokratischen Grundhaltung zu stärken. Sie müssen erleben, dass ihre Stimme zählt. Offene Jugendarbeit ist außerdem ein wichtiger Bestandteil einer präventiven Jugendhilfe.

Bremen hat schon eine tolle offene Kinder- und Jugendarbeit, die vor allem von den engagierten Mitarbeiter*innen und ihrem guten Kontakt zu den Jugendlichen lebt. Deshalb wollen wir die Angebote in den Stadtteilen absichern und die Angebote an die wachsende Anzahl von Jugendlichen unter Berücksichtigung der geflüchteten Jugendlichen weiterentwickeln. Die Einrichtungen wollen wir auf ihrem Weg zur Einhaltung von Qualitätsstandards, insbesondere in Bezug auf geschlechtergerechte Arbeit, unterstützen und die Verzahnung mit Ganztagschulen verbessern. Es bedarf der Ergänzung um einen Förderstrang für stadtzentrale Mittel.

Junge, innovative Wohnformen schaffen

Wir werden bis 2023 mehr kostengünstigen Wohnraum für junge Menschen schaffen und dabei junge, innovative Wohnformen ausprobieren. Wir wollen sie mit berufs- und situationsspezifischen Beratungsangeboten sowie sozialer Gemeinschaft kombinieren. Dies ist ideal für junge Menschen, die am Beginn des Berufs- und/oder Studierendenlebens stehen. Wir wollen innovative Wohnformen fördern, wo Wohnungen beispielsweise gemeinsam von Studierenden, Auszubildenden und junge Geflüchteten genutzt werden. So entsteht eine gute Kombination aus günstigem Wohnraum, berufs- und situationsspezifischen Beratungsangeboten mit sozialer Gemeinschaft für viele junge Menschen.

Auszubildende sind häufig jünger als Studierende, wenn sie in das Berufsleben starten und brauchen daher möglicherweise noch mehr stabilisierenden Rahmen und Unterstützung. Mit dem Bau eines Azubi-Wohnheims – etwa durch die GEWOBA oder das Berufsbildungswerk – wollen wir Auszubildenden kostengünstigen Wohnraum in Kombination mit berufsspezifischen Beratungsangeboten in einem Haus anbieten. In diesem Wohnheim leben Auszubildende verschiedener Ausbildungsjahre zusammen und können sich so auch gegenseitig unterstützen. Wir können uns ein Patenschaftsprogramm unter den Auszubildenden vorstellen. Gerade auch Auszubildende aus dem (europäischen) Ausland (MobiPro-EU Projekt) oder Geflüchtete, die in Deutschland eine Ausbildung machen, brauchen eine sichere Wohnung und gute Betreuung.

Auszubildende stärken

Unsere Städte brauchen junge, engagierte Menschen, die gerne in Bremer Unternehmen ihre Ausbildung absolvieren. Dafür müssen wir Auszubildende gezielt stärken und Jugendliche und junge Erwachsene beim Berufseinstieg unterstützen. Hierbei sichern wir die wichtige Arbeit der Jugendberufsagentur an den drei Standorten in Bremen-Mitte, Bremen-Nord und Bremerhaven ab. Wir arbeiten an einer noch stärkeren Zusammenarbeit mit den Schulen. Außerdem unterstützen wir Patenschaftsprogramme, die Schüler*innen und Berufstätige verschiedener Berufsgruppen miteinander verbinden. So wollen wir den Übergang von der Schule in den Beruf verbessern. Auszubildende brauchen außerdem eine Mindestauszubildendenvergütung, die über die Lebenshaltung hinaus eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, um eine finanzielle Unabhängigkeit von den Eltern erreichen zu können. So werden Ausbildungsberufe wieder attraktiv.

Junge Politik

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass junge Menschen aktiv beteiligt werden bei politischen Entscheidungen und früh lernen, Demokratie mitzugestalten. Gerade die Stadtteilebene bietet hierfür eine gute Plattform. Damit Jugendliche ihr Lebensumfeld mitgestalten können, müssen sie bei Entscheidungen einbezogen werden. Sowohl in Jugendbeiräten oder Jugendparlamenten, in guten Mitbestimmungsorganen in den Schulen, aber auch durch eine frühere Beteiligung in den Stadtteilbeiräten sollen Kinder und Jugendliche ihr Lebensumfeld aktiv mitgestalten können. Dadurch bekommen die Jugendlichen auch die Chance, ihre Kompetenzen beweisen zu können.

Projekte wie „Jugend im Parlament“, bei denen Jugendliche selbst für eine Woche Politiker*innen in der Bürgerschaft sein können, kommen bei den Jugendlichen sehr gut an. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses und ähnliche Projekte fortgeführt und regelmäßiger veranstaltet werden. Zusätzlich soll in der Schule früh mit einem engagierten und begleitenden Politikunterricht, der für uns bereits ab der 5. Klasse flächendeckend auf die Lehrpläne gehört, begonnen werden. So können Kinder und Jugendliche an wichtige Themen wie „Wahlen“ und „Demokratie“ früh herangeführt werden und das theoretisch Gelernte auch direkt umsetzen und erleben. Nur wenn die Jugendlichen das nicht nur theoretisch lernen, sondern direkt erleben können, werden sie Demokratie wirklich verinnerlichen und diese gegen zukünftige Herausforderungen verteidigen.

Generationsübergreifendes Wohnen

Wir leben in einer Zeit, in der immer mehr Menschen alleine leben. Gerade alte Menschen vereinsamen häufig. Früher lebten Familien näher beisammen und die Großeltern konnten junge Familien unterstützen und z. B. auf die Kinder aufpassen. In der heutigen mobilen Zeit ist das weder gegeben noch immer erstrebenswert. Trotzdem hat das Konzept des gemeinsamen Wohnens von Jung und Alt, Kindern, Familien, Partnerschaften und mehreren Generationen sehr viele Vorteile. In Bremen gibt es bereits

Altenwohngemeinschaften und Mehrgenerationen-Projekte. Diese neuen Wohnformen werden wir weiter unterstützen und ausbauen. Denn so werden die Generationen miteinander verbunden, es entsteht eine gegenseitige Unterstützung und eine gesellschaftspolitische Stärke.

Für ein Bremen, in dem wir gerne alt werden

Die Gesellschaft wird zunehmend älter. Aber „Altsein“ bedeutet heute etwas anderes als noch vor einigen Jahren. Viele heutige Rentner*innen und alte Menschen sind häufig noch ziemlich mobil, relativ fit und voller Tatendrang. Sie haben Lust, sich einzubringen in die Gesellschaft, neue Dinge auszuprobieren und ihre Lebenserfahrung weiterzugeben. Ihre vielfältigen Aktivitäten und ihr ehrenamtliches Engagement schätzen und unterstützen wir.

Altwerden in der eigenen Wohnung, im lieb gewordenen Quartier, ohne in ein Heim umziehen zu müssen, das ist ein Herzenswunsch fast aller älteren und alten Menschen. Wir GRÜNE wollen die Stadt deshalb so organisieren, dass es den Alten möglich ist, so lange wie sie wollen in ihrer gewohnten Umgebung wohnen zu bleiben. Eine Stadt der kurzen Wege erleichtert allen Menschen das Leben, aber ältere und alte Menschen sind darauf angewiesen, die von ihnen benötigten Dienstleistungen und Einkaufsmöglichkeiten in ihrer unmittelbaren Umgebung zu finden. Wo dies nicht der Fall ist, wollen wir Kooperationspartner*innen suchen und zusammenbringen, die nach dem Beispiel Huchting kostengünstig gemeinsame Fahrten alter Menschen im Stadtteil oder in die Innenstadt organisieren: sei es zum Einkaufen, zu Kultur- oder Sportveranstaltungen. So werden Selbstversorgung, Mobilität und soziales Miteinander gestärkt.

Für ein autonomes und selbstbestimmtes Leben

Innerhalb der Quartiere setzen wir auf nachbarschaftliche Hilfsnetzwerke mit gegenseitiger Unterstützung, öffentliche Einrichtungen wie Quartierszentren mit Sozial- und Gesundheitsleistungen, Dienstleistungszentren und Begegnungsstätten mit entsprechenden Ansprechpersonen.

Das Leben ist heute freier, selbstbestimmter, individueller geworden. Das bedeutet aber auch oft, vor allem für ältere Menschen, größere Einsamkeit. Familien, Vereine, Nachbarschaften: Frühere Netze halten oft nicht mehr. Wir wollen daher alle neuen Formen und Initiativen zur Schaffung realer sozialer Bindungen im Stadtteil unterstützen und fördern.

Ambulante Angebote und „Aufsuchende Altenarbeit“

Ausreichende ambulante Hilfs- und Unterstützungsangebote, sowohl medizinische als auch pflegerische, werden in jedem Ortsteil gebraucht. Und auch die von uns GRÜNEN zunächst als Modellprojekt initiierte „Aufsuchende Altenarbeit“ ist ein wichtiger Bestandteil der Unterstützung. Inzwischen in die Regelförderung übergegangen, tut sie etwas gegen die zunehmende Vereinsamung alter Menschen: Unterschiedliche Träger bieten präventive Hausbesuche auf freiwilliger Basis an. So können alte Menschen mit wenigen sozialen Kontakten behutsam mit den unterschiedlichsten Unterstützungsmöglichkeiten bekannt gemacht werden – von Hilfen bei einer Antragstellung für soziale Leistungen über Möglichkeiten zum barrierefreien Umbau der eigenen Wohnung bis hin zum regelmäßigen Besuch ehrenamtlicher Helfer*innen. Diese Unterstützung werden wir ausweiten und weiterentwickeln. Wir setzen uns für eine verbesserte interkulturelle Öffnung der Regelangebote für ältere Migrantinnen und Migranten sowie für ergänzende zielgruppenspezifische Maßnahmen und Projekte ein.

Die Seniorenvertretung

Die bremische Seniorenvertretung als Interessenvertretung für alle älteren und alten Menschen im Land Bremen hat sich in den letzten Jahren an wichtigen Punkten verändert. Sie hat ihre Arbeit transparenter und zeitgemäßer gestaltet, spricht damit immer mehr Menschen an und hat an politischem Gewicht gewonnen. Wir werden ihre Arbeit auch weiterhin begleiten, sie als politische Partnerin in unsere Entscheidungen einbinden und in ihrer weiteren Entwicklung unterstützen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Generationsübergreifendes Wohnen**

In Bremen gibt es bereits generationsübergreifende Wohnprojekte. Diese neuen Wohnformen werden wir weiter unterstützen und ausbauen. Denn so werden die Generationen miteinander verbunden, es entsteht eine gegenseitige Unterstützung und eine gesellschaftspolitische Stärke.

- **Demokratiebeteiligung früh lernen**

Wir setzen uns für einen flächendeckenden Politikunterricht auf den Lehrplänen schon ab der 5. Klasse ein. So können Kinder und Jugendliche an wichtige Themen wie „Wahlen“ und „Demokratie“ früh herangeführt werden und das theoretisch Gelernte auch direkt umsetzen und erleben.

- **Azubi-Wohnheim neu gedacht**

Mit dem Aufbau eines Azubi-Wohnheims wollen wir Auszubildenden kostengünstigen Wohnraum in Kombination mit berufsspezifischen Beratungsangeboten in einem Haus anbieten. In diesem Wohnheim leben Auszubildende verschiedener Ausbildungsjahre zusammen und können sich so auch gegenseitig unterstützen.

Chancen nutzen – für eine nachhaltige Finanzpolitik

Wir GRÜNE stehen für eine seriöse, soziale und generationengerechte Finanzpolitik. Wir gehen mit dem uns anvertrauten Geld der Steuerzahler*innen verantwortlich um. Immer mehr Schulden einfach an die nächste Generation weiter zu reichen, ist keine Lösung.

Eine einseitige Haushaltskonsolidierung, die zukünftige Haushalte und Generationen durch fehlende Bildung, schlechte Daseinsvorsorge oder marode Infrastruktur belastet und in dieser Form Schulden ansammelt, ist aber auch keine Alternative. Sie gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und spaltet die Gesellschaft. Daher wollen wir für einen nachhaltigen, ausgewogenen Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben in Bremen sorgen.

Gute Haushaltsführung ist eine Frage der Gerechtigkeit

Bremen hat es mit der Aufstellung der Haushalte 2018 und 2019 geschafft, sich aus der Spirale immer wachsender Schulden zu befreien. Dies ist ein Erfolg GRÜNER Politik in Bremen. Wir GRÜNE verpflichten uns, ab dem Jahr 2020 unsere Haushalte grundsätzlich ohne neue Kreditaufnahme aufzustellen, so wie es das Grundgesetz und unser Landesrecht mit der Schuldenbremse vorschreiben. Wir haben in Verhandlungen erreicht, dass wir ab dem Jahr 2020 jährlich zusätzlich 400 Millionen Euro als Sanierungshilfen vom Bund bekommen. Diese Mittel wollen wir, wie mit Bund und Ländern vereinbart, zur Einhaltung der Schuldenbremse, zum Abbau der bestehenden Verschuldung – im Schnitt mindestens 80 Millionen Euro im Jahr – und für Maßnahmen der Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft einsetzen. Nach unserer Überzeugung bedeutet dies insbesondere die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und den ökologischen Umbau der Wirtschaft und Infrastruktur.

Fast zwölf Jahre GRÜNER Finanzpolitik in der Regierung haben Bremen aus der Schuldenfalle herausgeführt und die Grundlage dafür geschaffen, ab 2020 Schulden abzubauen und nun verstärkt investieren zu können, insbesondere in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur. Eine stabile Einnahmebasis ist weiterhin unverzichtbar für die weitere Gesundung der bremischen Finanzen, auch damit wir bei neuen Entwicklungen handlungsfähig bleiben. Die Senkung bremischer Steuern haben wir daher nicht vor, mit Ausnahme der vorübergehenden Erhöhung der Gewerbesteuer, die wir wie zugesagt zurücknehmen werden.

Wir investieren in die Zukunft unseres Landes

Nach der gelungenen Haushaltskonsolidierung investieren wir in Bremens Zukunft. Wir wollen mit unseren Investitionen auch die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit bekämpfen, ökologische Nachhaltigkeit anstreben und Kosten senken. Wir werden die Investitionen in den Bildungs- und Wissenschaftsbereich (inkl. Sportanlagen), den Wohnungsbau, den Straßen- und Brückenunterhalt und den Hochwasserschutz in Bremen erhöhen. Energiesparmaßnahmen in den landeseigenen Liegenschaften werden wir umsetzen und unser Land für das digitale Zeitalter fit machen.

Der Schul- und Kita-Ausbau sollen beschleunigt werden. Ferner wollen wir ein Flächenankaufsprogramm der öffentlichen Hand einführen, damit wir die öffentlichen Interessen wieder besser umsetzen können. Neue Fahrradbrücken über die Weser sollen schon bald die Verkehrswege in Bremen verbessern, mindestens eine weitere werden wir für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen in der Überseestadt auf den Weg bringen. Aber auch eine kleinere Investitionssumme, z. B. für ein Programm zur Verschönerung von Klassenzimmern in Kooperation mit Bremer Künstler*innen, wollen wir auflegen.

Schädliche Subventionen abbauen

Wir GRÜNE wollen die Finanzpolitik stärker an Ressourcenschutz oder Vermeidung von CO₂-Emissionen orientieren. Um ökologisch schädliche Subventionen abzubauen, werden wir unsere Zuwendungen entsprechend ausrichten. Auf Bundesebene bekämpfen wir GRÜNE schädliche Subventionen: Steuerliche Subventionen von Dienstwagen, Flugbenzin und Diesel wollen wir abbauen.

Steuergerechtigkeit herstellen, Steuerverwaltung personell stärken

Insgesamt sind in Deutschland gegenwärtig wegen der guten Konjunktur Einnahmen und Ausgaben des Staates in guter Balance. Wir GRÜNE sehen aber große Ungerechtigkeiten und das in mehrfacher Hinsicht: Finanzgewinne werden geringer besteuert als Arbeit. Die Armen werden ärmer und die Reichen reicher. Aber auch die sehr Reichen gehören zur Gesellschaft und müssen sich entsprechend an der Finanzierung des Gemeinwesens deutlich stärker beteiligen.

Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, Steuerhinterziehung stärker zu bekämpfen, Steuerschlupflöcher konsequenter zu schließen und sehr hohe Vermögen, Finanzgewinne und große Erbschaften angemessen zu besteuern. Unser Ziel bleibt eine gerechte Unternehmensbesteuerung. Eine europäische Finanztransaktionsteuer kann zur Stabilität der Finanzmärkte beitragen. Wir unterstützen den Kauf von Steuer-CDs mit Insider-Informationen von ausländischen Banken und arbeiten an Regelungen mit, die verhindern, dass sich Steuerbetrüger*innen hinter dem Bankgeheimnis verstecken können. Insbesondere Großbetriebe sollen häufiger geprüft werden. Für all diese Aufgaben brauchen wir eine gut ausgestattete Steuerverwaltung.

Für einen gerechten öffentlichen Dienst

Wir GRÜNE stehen für einen starken und verlässlichen öffentlichen Dienst. Der Staat kann nicht in allen Bereichen mit den Gehältern in der Wirtschaft mithalten, aber er bietet neben Sicherheit auch andere Vorteile: Er ermöglicht Arbeiten für das Gemeinwohl und er bietet vielfältige und interessante Arbeitsplätze. Familienfreundlichkeit, gute Aufstiegschancen – insbesondere für Frauen –, ein Recht auf Fortbildung und flexible Arbeitszeiten. Das sind die wichtigsten Pluspunkte, mit denen wir werben. Selbstverständlich wollen wir wie bisher die Beschäftigungsquote für schwerbehinderte Menschen übererfüllen. Wir werben gezielt um Menschen mit Migrationshintergrund als Nachwuchs im öffentlichen Dienst.

Wir wollen in Bremen zudem ein Programm zur Beseitigung des Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst auflegen. Die einheitliche Besoldung von Beamt*innen in Deutschland aufzugeben, war ein Fehler. Wenn sich eine politische Chance ergibt, sie wiederherzustellen, werden wir sie nutzen. Die Leiharbeit in öffentlichen Einrichtungen wollen wir abbauen.

Fair mit unseren beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven umgehen

Wir GRÜNE setzen weiterhin verstärkt auf Kooperation, Transparenz und einheitliche Standards in Bremen und Bremerhaven. Den bestehenden Finanzausgleich innerhalb des Bundeslandes Bremen, der in besonderer Weise die Probleme Bremerhavens berücksichtigt, werden wir in diesem Sinne weiterentwickeln. Auf Bundesebene werden wir uns für die Neuregelung einer rechtmäßigen Grundsteuerregelung einsetzen, damit den Kommunen die Einnahmen aus dieser wichtigen Substanzsteuer auch zukünftig zur Verfügung stehen.

Divestment – keine Investition in fossile Energien

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir GRÜNE uns auf den Weg gemacht, bei der Anlage von Geld eine Divestment-Strategie zu verfolgen. Wo wir Geldanlagen tätigen, investieren wir in Unternehmen, die ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen. Das schließt Unternehmen aus, die ihre Geschäfte mit nuklearen und fossilen Energieträgern oder Kinderarbeit machen.

Modernes Bremen – Ausbau des Bürgerservice und Digitalisierung

Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche, von der Bildung über die Mobilität, die Arbeitswelt, die Landwirtschaft bis zur Art, wie wir miteinander ins Gespräch kommen. Wir haben in den letzten Jahren durch bessere telefonische Erreichbarkeit über das Bürgertelefon 115, die Online-Terminbuchung über das Internet, den Bürgerinformations-Service in der Stadtbibliothek Gröpelingen und neue Online-Angebote wie zuletzt das „Online-Finanzamt“ die Dienstleistungsqualität der Verwaltung verbessert. Den digitalen Wandel unserer Gesellschaft wollen wir weiter dazu nutzen, die Verwaltung bürgerfreundlicher zu gestalten. Wir wollen den Einsatz von Finanzmitteln zukünftig stärker an der Herausforderung der Digitalisierung orientieren. Dies betrifft sowohl die Landesverwaltung als auch die Bewilligung von Förderprojekten. Unser Vorhaben: das Antragsverfahren so zu gestalten, dass die Digitalisierung zu Effizienzeffekten und Entbürokratisierung führt. Davon profitieren auch die Wirtschaft und die Fördergeldempfänger*innen des Landes.

Wir bieten Service und ein Recht auf gute Verwaltung

Die Menschen in unserem Land sind auf eine gute Verwaltung angewiesen. Wir werden unsere Verwaltungen bürgerfreundlich modernisieren: mit zusätzlichen online-Möglichkeiten, Termine zu vereinbaren, Fragen zu stellen, Dokumente zu bestellen. Es soll ein Verfahrenskodex für verlässliche und zeitnahe Antworten der Verwaltung auf Anfragen und Anträge der Bürger*innen verabschiedet werden. Die Verwaltung muss zeitlich flexibel sein für berufstätige Menschen. Digitale Möglichkeiten sollen das Angebot erweitern, aber bestehende Alternativen wie den persönlichen Kontakt nicht ersetzen. Wo es im direkten Kontakt mit den Bürger*innen notwendig ist, muss die Verwaltung mehrsprachig und in leichter Sprache sein (Formulare, Dokumente etc.), Dolmetscher*innen müssen zur Verfügung stehen. Wir wollen mehr Personal für Bürgerpartizipation, Bürgerkonsultationen, direkten Bürgerdialog (z. B. Bürgertelefon, Informationstreffen etc.) zur Verfügung stellen.

Vollständige Digitalisierung der Verwaltung bis 2023

Bremen ist deutschlandweit Vorreiter im Bereich der Digitalisierung der Verwaltung. Aufbauend auf der von uns eingeführten IT-Strategie des Landes werden wir ein Umsetzungskonzept erarbeiten, damit die Menschen in Bremen von der Digitalisierung profitieren und Risiken minimiert werden. Wir setzen uns dafür ein, keine Daten von Bürger*innen auf Servern nicht-staatlicher Akteure zu speichern. Stattdessen wollen wir weiter auf Dataport als gemeinsame Institution der Nordländer setzen, um von privatwirtschaftlichen Anbietern unabhängig zu sein. Wir wollen in den nächsten Jahren einen großen Schritt hin zur vollständigen Digitalisierung der verwaltungsinternen Bearbeitungs- und Abstimmprozesse machen. Ebenso wollen wir die zentralisierte Kita-Anmeldung fertig stellen.

Die Entwicklung der Datensammlung und -verarbeitung ist an einen Punkt gekommen, an dem Entscheidungen „automatisch“ getroffen werden können. Wir wollen frühzeitig prüfen, ob der Einsatz von „machine learning“ in der Verwaltung zu bürgernaheren und effizienteren Entscheidungen beitragen kann, unter der Voraussetzung, dass er diskriminierungsfrei erfolgt. Bei dieser Prüfung geht es vor allem

um die Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit von Entscheidungen, aber auch um die Ausübung von Ermessensspielräumen, um Gleichbehandlung und Fairness besser zu gewährleisten.

Datenaustausch zwischen Behörden und Bürger*innen vereinfachen

Wir GRÜNE machen den Menschen das Leben leichter und ersparen ihnen viele Behördengänge. Wir wollen E-Government zu einem Erfolgsmodell in ganz Deutschland machen. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass bundesrechtliche Regelungen einen dazu notwendigen automatischen Datenaustausch sicher ermöglichen und zeitraubende Antragsverfahren entfallen, wenn dies im Interesse der Bürger*innen liegt. Beginnen werden wir mit der Umsetzung des Projekts „Einfach Leistungen für Eltern (ELFE)“. Die mit viel Aufwand verbundenen und von den Eltern bei verschiedenen behördlichen Stellen zu leistenden formellen Tätigkeiten zur Geburt eines Kindes sollen gebündelt, vereinfacht und online durchführbar gemacht werden. So bleibt auch mehr Zeit für die Kinder.

Transparenz und Open Data

Die Freie Hansestadt Bremen ist eine Vorreiterin der Informationsfreiheit. Das ist uns GRÜNEN wichtig. Das Land verfügt über ein Informationsfreiheitsgesetz, das die Verwaltungsarbeit transparenter als früher gestaltet. Der Bund und die Länder haben anlässlich der Neuordnung des Finanzausgleichs beschlossen, dass der Bund und alle Länder ein Open-Data-Gesetz beschließen. Wir haben diese Anforderung bereits umgesetzt. So erhöhen wir die Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischen Handelns und ermöglichen wirtschaftliche Innovation, gerade für Start-ups. Bis 2023 werden wir die bremische Open-Data-Strategie aktualisieren.

Netzneutralität erhalten

Die Gleichbehandlung aller Daten im Internet ist Voraussetzung für wirtschaftliche und demokratische Chancengleichheit im Netz. Wir werden uns weiterhin auf allen politischen Ebenen für die effektive Sicherung der Netzneutralität und gegen ein „Zwei-Klassen-Internet“ einsetzen.

Datenschutz

Das Internet bietet viele neue Chancen, bringt aber auch neue Herausforderungen mit sich. Das Recht auf echte informationelle Selbstbestimmung und Wahlfreiheit auch im digitalen Raum, ein wirksamer Datenschutz, der den Menschen in den Mittelpunkt stellt, eine effektive IT-Sicherheit und die Gleichbehandlung informierter Nutzer*innen sind uns wichtig für eine lebenswerte digitale Zukunft. Der Datenschutz ist durch die EU-Datenschutzgrundverordnung neu aufgestellt worden. Das ist ein Erfolg. Wichtige Rechte wie das Recht auf Löschen und das Recht auf „Vergessenwerden“ sind dort verankert. Diese gelten auch für die bremische Verwaltung. Die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung wollen wir dort, wo es möglich ist, zum Standard machen. Wir haben uns bewusst für den Betrieb öffentlicher Rechenzentren entschieden. Wir GRÜNE werden uns für eine schärfere Regulierung von Hass und Hetze im Netz sowie Manipulationen und Falschmeldungen durch sogenannte Social Bots und Fake Profile einsetzen.

Nutzung von Open Source-Software

Open Source-Software ist in sich vollständig transparent und ermöglicht so ein höheres Niveau an Datenschutz und IT-Sicherheit. Zudem reduziert Open Source-Software die Abhängigkeit der öffentlichen Verwaltung von einzelnen Softwareanbietern. Wir wollen einen vordringlichen Einsatz von Open Source-Software in der bremischen Verwaltung, um so die Sicherheit der Bürgerdaten und die Souveränität der

Verwaltung zu stärken. Dazu werden wir unter anderem die entsprechenden Ausschreibungsbedingungen anpassen.

Bargeldloses Bezahlen

Zur Reduzierung des Aufwands für Bezahlvorgänge für Bürger*innen soll zusätzlich zu den bestehenden Möglichkeiten eine elektronische Bezahlmöglichkeit für Verwaltungsleistungen geschaffen werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **In Bremens Zukunft investieren**

Wir erhöhen die Investitionen in den Bildungs- und Wissenschaftsbereich, den Wohnungsbau, den Straßen- und Brückenunterhalt und den Hochwasserschutz. Energiesparmaßnahmen in den landeseigenen Liegenschaften setzen wir um und bereiten unser Land auf das digitale Zeitalter vor. Der Schul- und Kita-Ausbau wird beschleunigt.

- **Bürgerservice stärken**

Wir werden die Verwaltung bis 2023 vollständig digitalisieren und hierdurch den Bürgerservice verbessern. Durch einen neu organisierten Datenaustausch werden wir Behördengänge deutlich vereinfachen.

- **Schädliche Subventionen abbauen**

Wir GRÜNE orientieren die Finanzpolitik stärker am Ressourcenschutz oder an der Vermeidung von CO₂-Emissionen. Um ökologisch schädliche Subventionen abzubauen, werden wir unsere Zuwendungen entsprechend ausrichten. Auf Bundesebene bekämpfen wir GRÜNE schädliche Subventionen.

Lebendige und bunte Kultur für alle und mit allen

Bremen hat eine lebendige und bunte Kulturszene: vielfältige Museen, großartige Orchester, Galerien, große und kleine Theaterbühnen, Oper, Literatur, Tanz, klassisch und modern, Akrobatik, Clubs, Bands und Festivals, die unser Land mit kontroversen und lebendigen Impulsen beleben. Wir GRÜNE unterstützen diese verschiedenen Kulturbereiche. Wir wissen, dass kulturelle Bildung und Beteiligung wichtig für alle Bremer*innen und für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt sind. Kunst hinterfragt, reflektiert, liefert Denkanstöße, inspiriert und macht Spaß!

Wir werden weiterhin die vielfältigen, innovativen und mutigen Kulturschaffenden in Bremen und Bremerhaven unterstützen und ihnen die entscheidenden Freiräume, aber auch die nötige Planungssicherheit geben. Dabei ist es uns wichtig, dass insbesondere auch Frauen, Migrant*innen und Nachwuchskünstler*innen in Kunst und Kultur unterstützt und gefördert werden. Eine lebendige bunte Kulturszene bereichert uns alle als Gesellschaft und lässt unsere Städte aufblühen. Wir GRÜNE sehen Kultur als Grundstein und treibende Kraft des solidarischen Zusammenlebens, für uns ist Kultur das Fundament der Stadtentwicklung.

Kunst und Kultur haben entscheidende Bedeutung im Rahmen des lebenslangen Lernens. Daher wollen wir die Kunst für noch mehr Bremer*innen erlebbar machen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Bildungshintergrund oder Herkunft. Entscheidend sind hier Bildungsprojekte, Patenschaften, Kooperationen und barrierefreie Kulturangebote für alle und mit allen.

Gerade in der aktuellen politischen Lage müssen wir vehement für die kulturelle Vielfalt und die Freiheit von Kunst und Kultur eintreten, weiter eine lebendige Bremer Erinnerungskultur gestalten und interkulturelle Angebote ausbauen. Sie sind eine Voraussetzung und eine Bereicherung für unsere offene Gesellschaft.

Kulturelle Teilhabe für alle – Bremen als Modellstadt für inklusive Kultur

Wir wollen Modellstadt für inklusive Kulturentwicklung werden. Dafür müssen wir die Barrierefreiheit im Kulturbereich evaluieren, Hürden abbauen und aktive und barrierefreie Angebote unterstützen. Alle Menschen müssen ihr kreatives und künstlerisches Potenzial entfalten können – nicht nur für sich selbst, sondern auch zur Bereicherung unserer Gesellschaft.

Wir wollen, dass gerade Kinder und Jugendliche und ihre Familien kostengünstig und unkompliziert kulturelle Angebote erreichen und kennen lernen. Dafür braucht es stadtteilspezifische, gut erreichbare Angebote und gute, kostengünstige Möglichkeiten, mittels ÖPNV zu den Kulturangeboten zu kommen. Kultur darf kein Luxus sein.

Die Kooperationen von Schulen mit Kulturschaffenden und -einrichtungen unterstützen wir sehr. Hier gibt es die bereits bestehende hervorragende Arbeit der Theaterpädagogik und der Kunstvermittlung. Diese wollen wir finanziell besser ausstatten. Entscheidend ist hierbei ein fester Haushaltstitel für Kinder- und Jugendkultur. Außerdem werden wir den Ausbau von Kita- und Schulpatenschaften mit Museen und Theatern intensivieren. Kunst ist ein Weg zur Verständigung, Kinder lernen neue Herausforderungen kennen, profitieren von Erfolgserlebnissen und lernen früh, dass Kunst lebendig und bereichernd ist.

Kunst und Kultur sind auch Mittlerinnen zwischen den Kulturen, deswegen soll insbesondere der Zugang von Migrant*innen zu Kultureinrichtungen und Projekten erleichtert und die kulturelle Teilhabe gefördert werden.

Für die kulturelle Bildung brauchen wir leistungsstarke Volkshochschulen und gut ausgestattete Bibliotheken. Wir wollen die Bibliotheken auch an Wochenenden öffnen, denn die Stadtbibliothek ist ein wunderbarer öffentlicher Ort für Begegnung, zum Aufhalten und Stöbern. Das muss sozialverträglich für die dortigen Arbeitnehmer*innen gestaltet werden. Wir unterstützen auch Modellprojekte nach dem „Open Library“-Konzept. So können die Bücher und das Wissen der Bibliotheken auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten genutzt werden.

Kultureinrichtungen als Orte der Begegnung und des Austauschs

Bremen hat viele tolle Kultureinrichtungen. Diese wollen wir noch mehr zu aktiven Zentren der Begegnung und des Austauschs für alle Menschen machen. Dabei ist es uns wichtig, die Einrichtungen barrierefrei zu gestalten und die digitale Infrastruktur mitzudenken, beispielsweise freies WLAN in Kultureinrichtungen.

Gleichzeitig stärken und prägen Kulturangebote und -einrichtungen die Stadtteile und machen diese lebendiger. Entscheidend sind hierbei die Bürgerhäuser als kulturelle und soziale Treffpunkte. Wir finden, alle Stadtteile brauchen ein Kulturhaus. Wir werden örtlichen Initiativen Räumlichkeiten zur Verfügung stellen oder langfristige Mietgarantien gewähren, um die materielle Voraussetzung für stadtteilbezogene Kulturarbeit zu schaffen. Wir wissen, dass viele Bremer*innen gerne wieder ein Kino in Bremen-Nord hätten. Wir setzen uns dafür ein, dass es dort wieder ein Kino geben wird und können uns hier auch gut ein kommunales Kino vorstellen.

So ergibt sich ein lebendiges Kulturangebot für die Bewohner*innen der unterschiedlichen Stadtteile und gleichzeitig eine Stärkung der spezifischen Attraktivität der unterschiedlichen Standorte.

Freiräume, Flächen und Finanzierung für die Bremer Subkultur

In Bremen gibt es eine lebendige Subkultur mit kreativen Akteur*innen. Diese Szene muss unterstützt und gefördert werden. Dazu gehören beispielsweise sommerliche Partys unter freiem Himmel, die unkomplizierte Nutzung von öffentlichem Raum, kreative und dynamische Zwischennutzungsprojekte und viele beliebte „Umsonst & Draußen“-Angebote. Diese und zukünftige Projekte, Akteur*innen und Kollektive wollen wir auch in Zukunft weiter unterstützen, indem wir Freiräume und Flächen für Kreativität, Leben und Lärm bereitstellen.

Damit subkulturelle Projekte umgesetzt werden können, wollen wir eine bessere Zusammenarbeit der Senatsressorts und neue, schnellere (Förder-)Strukturen schaffen. Wir setzen uns für eine bessere finanzielle Unterstützung subkultureller Initiativen durch einen eigenen Haushaltstitel ein. Auch die lebendige Klubkultur Bremens und die Akteur*innen dahinter möchten wir unterstützen. „Bremen lebt!“ und soll es auch weiterhin tun. Der Tatendrang, die Menschen und Projekte sind am Start - wir möchten gern in Sachen Lärmschutz unterstützen und ziehen die Einrichtung eines Lärmschutzfonds in Erwägung.

Wir wollen weiter die Zwischennutzung von Gebäuden und Flächen ermöglichen. Außerdem sollen neben der Zwischennutzung auch die Möglichkeiten der langfristigen Umnutzung von Flächen und Gebäuden weiter vorangetrieben werden.

Wir brauchen eine Politik des Ermöglichens. Bremen als eine Stadt, die für kreative und innovative Menschen attraktiv sein möchte, muss ihnen auch entsprechende Freiräume geben.

Verlässliche Unterstützung der freien Szene

Neben den institutionell geförderten Einrichtungen ist die freie Szene ein elementarer Bestandteil der Kunst- und Kulturszene Bremens. Wir möchten die Künstler*innen und Kollektive der freien Szene verlässlich unterstützen. Der Solidarpakt für Kultur, in dessen Rahmen die institutionell geförderten Einrichtungen die freie Szene unterstützten, war und ist eine Übergangslösung für die finanzielle und räumliche Ausstattung der freien Szene. Nach Auslaufen des Solidarpakts streben wir eine dauerhafte Planungssicherheit für die freie Szene an. Neben der Schaffung beständiger Proben- und Produktionsräume sowie Aufführungsorte, möchten wir vor allem eine Finanzierung sicherstellen.

Zeitgenössische Künste in Bremen stärken

Zeitgenössische Künste sollen in Zukunft ein stärkerer Faktor und ein gutes Aushängeschild für Bremen und Bremerhaven sein. Dafür müssen wir die Künstler*innen mit entsprechenden Arbeits-, Entwicklungs- und Einflussmöglichkeiten stärken. Das setzt funktionierende und kooperierende Institutionen für zeitgenössische Künste sowie die Präsenz und Wertschätzung der Kulturschaffenden in unseren Städten voraus. Wir wollen flüchtige Künste und Alltagskulturen unterstützen: Netzkunst und -kultur, Urban Arts, interdisziplinäre performative Projekte.

Wir stärken Kulturschaffende

Die Künstler*innen leisten einen wichtigen Beitrag zum offenen Diskurs und gestalten unsere Stadt bunt und lebendig. Leider arbeiten sie häufig unter unsicheren Arbeitsbedingungen. Die Arbeit der Kulturschaffenden muss angemessen honoriert werden. Auch in den Kultureinrichtungen selbst müssen die Arbeitsbedingungen stimmen. Bauliche Sanierung und Instandhaltung der Arbeitsplätze im kulturellen Bereich müssen wir finanziell unterstützen.

Für eine junge, moderne Schwerpunktausrichtung braucht es in Zukunft noch mehr junges Personal in Kultureinrichtungen. Ein Generationsübergang kann unterstützt werden mit der Ermöglichung und finanziellen Ausstattung von Übergangszeiten für die Einarbeitung der Nachfolger*innen.

Viele Kulturschaffende haben kreative, innovative Ideen, die Förderungen brauchen. Sie benötigen keine Kredite, sondern Mikroförderungen, um ihre Ideen dadurch auch kurzfristig realisieren zu können. Künstlerische und kulturelle Existenzgründungen und Start-ups brauchen ebenfalls finanzielle Förderung als zielgenaue Unterstützung, um das Potenzial noch besser nutzen zu können.

Das stärkt die Bremer Kreativbranche und Kulturszene: Kreative und Innovative bleiben in Bremen, da sie hier Möglichkeiten haben, sich eigenständig auszuprobieren.

Erinnern für die Zukunft

Wir GRÜNE stehen für eine engagierte bremische Erinnerungskultur. Angesichts zunehmender nationalistischer und rassistischer Tendenzen in der Politik und im alltäglichen Geschehen ist eine lebendige Erinnerungskultur sehr wichtig.

Bremen hat bereits eine ernsthafte Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes, und auch die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit kommt voran. Doch wir brauchen weiterhin die aktive Auseinandersetzung von Menschen aller Generationen und Herkünfte mit den Verbrechen des NS-Regimes und des kolonialen Erbes der Hansestadt. Schaffung und Pflege der Erinnerungskultur ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Initiativen und fordern, dass die

Profiteur*innen und Rechtsnachfolger*innen der Verbrechen im Nationalsozialismus an der Aufarbeitung der Geschichte auch finanziell beteiligt werden. Das gilt genauso für den Kolonialismus.

Dringend erforderliche Schritte sind der Bau des „Arisierungs“-Mahnmals zum Gedenken an die massive Ausplünderung der Juden und Jüdinnen und eine bessere finanzielle Ausstattung der Vermittlungs- und Bildungsarbeit der NS-Gedenkorte. Das koloniale Erbe und die Verantwortung unserer Hansestadt hierbei muss aufgearbeitet werden. Es sollte ein kollektives Bewusstsein für die Verbrechen der bremischen und deutschen Kolonialherrschaft entstehen bzw. gestärkt werden. Zu diesem kollektiven Bewusstsein gehört auch die Aufklärung über gegenwärtige Folgen des Kolonialismus in Bremen und weltweit. Hierzu gehört das Hinterfragen unserer Rolle in bestehenden globalen Strukturen. Die reflektierte Aufarbeitung der Herkunft der vielzähligen Kolonialdiebstähle im Überseemuseum unterstützen wir und ermutigen sie zum Ausbau.

Auf GRÜNE Initiative hat die Bürgerschaft die Erarbeitung eines Erinnerungskonzepts beschlossen: „Wider das Vergessen“. Wir möchten damit ein Erinnern an die Verbrechen des NS-Regimes und dessen Opfer auch zukünftig sicherstellen, aufarbeiten und in die Zukunft tragen - ein wichtiger Teil antifaschistischer grüner Politik. Wir sehen es als unsere Aufgabe als Demokrat*innen, dass wir uns kritisch mit der verbrecherischen Seite unserer eigenen Geschichte auseinandersetzen, mit dem Faschismus in unserem Land. Es ist unser aller Aufgabe, durch demokratisches Handeln Faschismus, Nationalismus und Antisemitismus entschlossen entgegenzutreten.

Bremen setzt bereits ein auf GRÜNE Initiative angestoßenes Erinnerungskonzept zum Kolonialismus um. Bislang fehlt ein zentraler Erinnerungsort mit einem Dokumentationszentrum für die Opfer des Kolonialismus. Wir setzen uns für die Etablierung eines Zentrums im Nelson-Mandela-Park ein. Der inhaltliche Schwerpunkt soll nicht nur in der Aufarbeitung der kolonialen Verbrechen liegen, sondern auch die Auswirkungen des Kolonialismus auf Afrika, Asien und Ozeanien heute und das Engagement gegen Rassismus mit einbeziehen. Daran müssen immer auch Vertreter*innen der kolonialisierten Länder beteiligt werden. Die Provenienzforschung muss gestärkt werden. Eine konsequente Bildungsarbeit an den Schulen ist wichtig: Kolonialismus in die Lehrpläne. Geschichtsunterricht soll sensibel für lokalhistorische Ereignisse sein und Schuld und Verantwortung anerkennen. Außerdem muss ein wichtiger Unterrichtsbestandteil die Aufarbeitung der gegenwärtigen Konsequenzen des Kolonialismus sein, insbesondere das kritische Hinterfragen von Entwicklungspolitik und Rassismus.

Für eine vielseitige und unabhängige Medienlandschaft

Ob Zeitungen, Internet, Fernsehen, Radio oder Soziale Netzwerke, wir alle können uns täglich über verschiedenste Kanäle über lokalpolitisches oder weltweites Geschehen informieren. Wichtig ist für uns GRÜNE, einen gleichberechtigten und barrierefreien Zugang zu Informationen und Medien zu gewährleisten. Damit alle selbstbestimmt am demokratischen Leben teilhaben können.

Die vielfältige und unabhängige Medienlandschaft muss erhalten und geschützt werden. In Zeiten, in denen Journalist*innen weltweit verfolgt und eingesperrt werden, gilt es sich vehement für die Pressefreiheit einzusetzen.

Wir GRÜNE bekennen uns klar zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk als tragende Säule der Demokratie: qualitativ hochwertig, unterhaltsam, unabhängig, nicht-kommerziell. Wichtig sind gute Ausbildung und gute Arbeitsverhältnisse für die Journalist*innen und eine sichere Finanzierung. Mit Radio Bremen haben wir einen wichtigen kulturellen Faktor für das Land Bremen, den wir erhalten und stärken wollen.

Wir stellen uns vor, Bremen mit Förderung und anderer Unterstützung als Zentrum für experimentelle Medienformate aufzubauen. So haben wir uns mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die Landesmedienanstalt Haushaltsmittel zur Nachwuchsförderung im Bereich der Medien- und Filmproduktion verwenden kann, die zur Stärkung der Medienkompetenzentwicklung beitragen sollen.

Der Hetze im Netz keine Chance

Phänomenen wie „Fake News“, „Hate Speech“ oder „Cybermobbing“ müssen wir energisch begegnen. Wir wollen ein Beratungsangebot schaffen, an das sich von Hass und Hetze im Netz Betroffene schnell und unbürokratisch wenden können.

Medienkompetenz und digitale Gesellschaft

Angesichts immer komplexerer Anforderungen unserer Informations- und Mediengesellschaft sind ein kritischer und sicherer Umgang mit Medien, die Kenntnis über ihre Mechanismen und das Verständnis über ihre Wirkungsweise zu Schlüsselkompetenzen des 21. Jahrhunderts geworden. Ob bei der Nutzung von Suchmaschinen oder Sozialen Netzwerken, ob Online-Foren oder virtuelle Assistent*innen: Ein verantwortungsvoller Umgang ist angesichts des digitalen Wandels unverzichtbar, gerade im Hinblick auf so wichtige Bereiche wie Jugendmedienschutz, Bekämpfung von Mediensucht sowie die Rechte von Bürger*innen und Verbraucher*innen.

Medienkompetenz ist ein Querschnittsthema. Uns ist es wichtig, sie umfassend und frühzeitig zu fördern und zum Beispiel im Schulunterricht mit der kulturellen und ästhetischen Bildung zu verzahnen. Wir wollen Medienkompetenz und ihre Vermittlung von der Kita bis ins hohe Alter politisch stärken und ressortübergreifend verankern. Träger von Angeboten für Medienkompetenz und Medienpädagogik brauchen Planungssicherheit und eine nachhaltige Finanzierung ihrer Projekte. Dafür sollen auch finanzielle Mittel des Bundes und der EU stetig abgerufen und bekannter gemacht werden.

Bürgermedien

Bürgermedien stärken in Zeiten von Presse- und Medienkonzentration unsere Demokratie und Zivilgesellschaft und tragen zur Vielfaltssicherung bei. Wir GRÜNE haben mit auf den Weg gebracht, dass die Bürgermedien im Land Bremen mit Einrichtungen insbesondere aus den Bereichen Kultur, Jugend, Bildung, Schule Hochschule, Sport, Film und Journalismus stärker kooperieren können und sollen. Wir wollen den begonnenen Dialog über die Zukunft und crossmediale Entwicklung von Bürgermedien im Land Bremen fortsetzen und die Diskussion um einen neuen Standort in Bremen vertiefen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Engagierte Bremische Erinnerungskultur**

Wir brauchen eine gesamtbremische Erinnerungsstrategie mit einer bedarfsgerechten Ausstattung und Finanzierung. Erinnerungsarbeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Initiativen und fordern, dass die Profiteur*innen und Rechtsnachfolger*innen der Verbrechen im Nationalsozialismus an der Aufarbeitung der Geschichte auch finanziell beteiligt werden. Das gilt genauso für den Kolonialismus.

- **Freiräume und Flächen für die Bremer Subkultur**

In Bremen gibt es eine lebendige Subkultur mit kreativen Akteur*innen. Dieses Potenzial wollen wir unterstützen und fördern. Wir schaffen einen Rahmen, in dem Wertschätzung und Offenheit für Neues

herrscht. Wir unterstützen die Akteur*innen, indem wir Freiräume und Flächen für Kreativität, Leben und Lärm bereitstellen.

- **Bremen als Modellstadt für inklusive Kultur**

Wir wollen Modellstadt für inklusive Kulturentwicklung werden. Dafür müssen wir die Barrierefreiheit im Kulturbereich evaluieren, Hürden abbauen und mehr aktive und barrierefreie Angebote unterstützen. Denn alle Menschen müssen ihr kreatives und künstlerisches Potenzial entfalten können – nicht nur für sich selbst, sondern auch zur Bereicherung unserer Gesellschaft

Bremen in Europa und der Welt

Wir GRÜNE sind mit Leidenschaft überzeugte Europäer*innen und gestalten die Zukunft des Europäischen Einigungsprozesses mit. Wir sind angesichts der aktuellen Lage in der EU davon überzeugt: Der freiwillige Zusammenschluss der Staaten, die Teilung der Souveränität und gemeinsame Regeln des Rechts sichern den inneren und äußeren Frieden in Europa. Wir sind davon überzeugt, dass die Mehrzahl der Menschen an die europäische Idee glaubt und den Rückfall in Nationalismus und Protektionismus ablehnt.

Es gilt gerade für ein Land wie Bremen, dass nur eine offene Gemeinschaft mit klaren politischen Regeln Wohlstand, Freiheit und Sicherheit bieten kann. In diesem Sinne haben wir zu Beginn der laufenden Wahlperiode die EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen fortgeschrieben. Mit unseren gewachsenen Netzwerken halten wir aus Bremen heraus intensiven Kontakt zu unseren europäischen Freund*innen.

Wir pflegen unsere europäischen Verbindungen, um gemeinsam ein ökologisches, soziales und friedliches Europa zu bauen. Wir sind überzeugt, dass die Zukunft Europas nur mit Solidarität und Vertrauen gemeinsam gestaltet werden kann.

Europas Demokratie schützen

Wir GRÜNE stehen für ein demokratisches, liberales, ökologisches und soziales Europa. Wir wollen die Europäische Union stärken und die europäische Demokratie schützen. In den letzten Jahren fand Europapolitik vor allem im von nationalen Interessen geprägten Rat statt. Hier müssen wir, um wieder zu gemeinsamen und solidarischen Entscheidungen zu gelangen, gegensteuern. Dafür müssen das Europäische Parlament und die EU-Kommission gestärkt und die Politik des Europäischen Rats transparent aufgestellt werden.

Gemeinsame Aufgaben effektiver lösen

Wir wollen mit unseren europäischen Partnern die Europäische Union krisenfester aufstellen. Hierzu gehört es, Investitionen zu erhöhen, Arbeitsplätze zu schaffen, wirtschaftliche Entwicklung anzukurbeln und gemeinsame öffentliche Infrastruktur zu finanzieren. Wir fordern daher mehr Einnahmen für den EU-Haushalt, etwa durch eine europaweite CO₂-Steuer, eine echte Finanztransaktionsteuer, eine gemeinsame Plastiksteuer oder eine gemeinsame Unternehmensteuer. Krisenfester aufstellen heißt für uns auch, die Europäische Währungsunion zu vollenden – durch eine funktionsfähige Bankenunion, einen Europäischen Währungsfonds (EWF) und eine Wirtschaftsunion.

Grundrechte gelten für alle

Die rechtspopulistischen und antisemitischen Entwicklungen in einigen EU-Ländern sehen wir GRÜNE mit größter Sorge. Wir lehnen die Politik der nationalkonservativen Regierungen ab. Sie ist von Diskriminierung ethnischer Minderheiten, Einschränkungen bei der Pressefreiheit und bei Frauenrechten sowie von der Aushöhlung rechtsstaatlicher Prinzipien geprägt. Wir halten in diesen Fällen die Einleitung des Rechtsstaatsverfahrens für richtig und geboten. Angesichts der Zunahme von nationalen Politiken, die den EU-Grundrechten widersprechen, fordern wir die Prüfung weiterer effektiver Instrumente, um den Grundrechtesschutz in den Mitgliedstaaten der EU zu gewährleisten.

Wir GRÜNE unterstützen aktiv parlamentarische Gruppen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Protestbewegungen, die sich in diesen Ländern für rechtsstaatliche Reformen und die Einhaltung der demokratischen Standards einsetzen. Dies gilt für unsere Beziehungen zu EU-Mitgliedstaaten ebenso wie für Nachbarländer und die Türkei.

Asylpolitik und europäische Nachbarschaften demokratisch gestalten

Bremen hat sich nicht nur auf dem Papier, sondern ganz praktisch zu einer humanen Asylpolitik bekannt. Dies erwarten wir ebenso bei der zukünftigen Ausgestaltung der europäischen Asylpolitik. Bei der Revision der Dublin-III- Verordnung, der Aufwertung des Asylunterstützungsbüros (EASO) zu einer Asyl-Agentur oder der Überarbeitung der Aufnahmerichtlinie müssen die Rechte der Asylsuchenden im Zentrum stehen.

Die ursprünglich ambitionierte Mittelmeerpolitik der Europäischen Union erschöpft sich inzwischen in Grenzschutz und bilateralen Abkommen zur Verhinderung von Migration. Wir fordern eine Rückkehr zu nachhaltiger Nachbarschaftspolitik, die mit Wirtschafts- und Governance-Förderung zu einer Verbesserung der politischen Stabilität in den Mittelmeer-Anrainerstaaten führt. Die geplante Verlagerung der Verantwortung für Schutzsuchende auf Drittstaaten wie die Türkei oder Libyen und die Ausweitung der europäischen Liste der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir ab.

Wir treten für eine europäische Politik ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das Grundrecht auf Asyl und die Notwendigkeit, Verfahren zügig und geordnet durchzuführen, zusammenbringt. Eine europäische Politik, die Menschen, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung und Gewalt fliehen mussten, Schutz gewährt. Eine europäisch koordinierte Seenotrettung von Geflüchteten und eine europäische Politik, die legale Fluchtwege mit Kontingenten und Einwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte bietet. Die Kriminalisierung der privaten Hilfsorganisationen lehnen wir ab und treten stattdessen dafür ein, für die Koordinierung ihrer Aktivitäten eine europäische Zentralstelle zu schaffen. Das Sterben im Mittelmeer muss ein Ende haben!

Europäische Partnerschaften

Bremen pflegt traditionsreiche Städtepartnerschaften und hat internationale Verbindungen in viele Regionen der Welt. All diese Partnerschaften haben den gleichberechtigten Austausch und die gemeinsame Förderung von Demokratie, Frieden und Menschenrechten zum Ziel. Wir wollen unsere Städtepartnerschaften intensivieren und werden sie daher finanziell besserstellen.

Geeinter weiter nach dem Brexit

Der Schock am Morgen nach dem Brexit-Referendums war in Bremen groß. Auch bei uns werden die Auswirkungen des Brexit zu spüren sein, ob im Handel, in der Klimapolitik oder an den Hochschulen. Was das zukünftige Abkommen betrifft, ist für uns GRÜNE klar, dass die zentralen vier Grundfreiheiten Europas nicht verhandelbar sind. Wer einen freien Zugang zum europäischen Binnenmarkt oder freien Kapitalverkehr will, muss auch die Freizügigkeit für Bürger*innen akzeptieren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die guten und wichtigen Bremer Beziehungen nach Großbritannien auch nach dem erfolgten Austritt aus der Europäischen Union erhalten bleiben.

Wir gestalten die Europäische Union aktiv mit

Die mangelnde Solidarität unter den Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Migrationsherausforderung hat uns noch einmal dramatisch vor Augen geführt, dass nationale Lösungen nicht ausreichen. Nur gemeinsam sind die Mitgliedstaaten handlungsfähig. Wir treten dafür ein, dass das Land Bremen weiterhin aktiv die Zukunft Europas und der Europäischen Union mitgestaltet.

Wir werden uns weiterhin in allen Gremien, wie z. B. dem Ausschuss der Regionen, für den demokratischen Zusammenhalt in Europa einsetzen und unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Werte verteidigen. Hierfür werden wir die anerkannt gute Arbeit unserer Vertretung in Brüssel sowie der europapolitischen Informationseinrichtung in Bremen absichern. Wir wollen Netzwerke wie den europaweiten „Konvent der Bürgermeister“ zum Umweltschutz vermehrt nutzen. Unsere Verwaltung soll noch „europafähiger“ werden.

Jugend für europäische Demokratie bilden

Wir GRÜNE sind überzeugt, dass Europa im Bereich der Bildung wieder eine höhere Bedeutung bekommen muss. Wir haben daher unseren Fokus auf die stärkere Nutzung des Erasmus-Programms in Bremen gelegt und den neuen Europäischen Solidaritäts- und Freiwilligendienst mitgestaltet.

Mehr Bremer Schulen sollen sich am Erasmus-Programm beteiligen, um den Schülerinnen und Schülern früh europäische Begegnungen und Perspektiven zu eröffnen. Unser Ziel ist es, über das Erasmus-Programm genauso viele Auszubildende wie Studierende in Bremen zu empfangen und ins europäische Ausland zu entsenden. Wir werden mehr Europaschulen mit mehr Partnerschulen initiieren und die Zahl internationaler Begegnungen junger Menschen in Schule und Ausbildung erhöhen. Wir führen europapolitische Bildungsprogramme als verbindlichen Teil der Lehrpläne in allen Schultypen ein, inkl. Volkshochschulen und Hochschulen. Wir wollen, dass Bremen sich als Europäische Jugendhauptstadt bewirbt.

Wir werben für den Europäischen Solidaritätsdienst, um junge Menschen in Europa dabei zu unterstützen, sich zu engagieren. Wir erwarten eine strikte Trennung von Freiwilligen- und Erwerbsarbeit. Wir halten den Europäischen Solidaritätsdienst nicht für das geeignete Mittel, um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Mehr über Europa wissen und Europa selbst erleben

Der EuropaPunktBremen macht eine anerkannt gute Arbeit als Informations- und Diskussionspunkt für alle Bürger*innen. Wir werden dafür sorgen, dass diese Arbeit fortgesetzt wird. In der politischen Bildung insgesamt, auch in der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung, muss die europäische Dimension wieder eine größere Bedeutung bekommen.

Wir wollen, dass Bremer*innen in Europa mobil sind und Erfahrungen der gegenseitigen Solidarität sammeln. Hierfür fördern wir den Ausbau europäischer Netzwerke und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse und nutzen alle vorhandenen EU-Programme.

Europäische Förderungen effektiver nutzen

Unser Bundesland, insbesondere Bremerhaven, profitiert in hohem Maße von der Europäischen Förderpolitik, gerade in den Bereichen der Beschäftigungs- und Forschungsförderung. Die europäische Förderung hat u.a. das Ziel, den sozialen Zusammenhalt in Europa zu sichern. Dies fördert gerade im Bremer Westen, in Bremen-Nord und Bremerhaven wichtige beschäftigungspolitische Initiativen. Wir erwarten, dass auch weiterhin alle Regionen der EU von diesen Fördermitteln profitieren. Dabei wollen wir die für Bremen und Bremerhaven zur Verfügung stehenden Mittel zukünftig zielgerichteter einsetzen sowie effektiver und transparenter verwalten.

Wir wollen die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) auch zur Realisierung eines sozial-ökologischen, nachhaltigen Gewerbegebiets als Pilotprojekt für grüne, gemeinwohl-

orientierte Wirtschaft nutzen. Wir leisten Unterstützung für genossenschaftliche, demokratische, soziale, ökologische und nachhaltige Unternehmen, die dem Gemeinwohl dienen.

Wir machen mit Europa Bremen und Bremerhaven grün

Wir schaffen regionale Kooperationen mit anderen Nordseeregionen zur Müllbekämpfung, zum Ausbau erneuerbarer Energien (Offshore-Windpark) und dem Ausbau nachhaltiger, grüner Häfen. Wir werden verstärkt die europäischen und internationalen Städte-Netzwerke zur Förderung fairer Wirtschaftsbeziehungen und nachhaltigen Wirtschaftens und Konsumierens nutzen.

Wir machen aktive Klimapolitik mit europäischen Partnern

Die Umsetzung der Pariser Klimaschutzziele ist uns besonders wichtig. Bremerhaven soll noch vor Bremen CO₂-neutrale Stadt werden. Bremen ist seit 1992 aktives Mitglied von „Klima-Bündnis/Climate Alliance e. V.“. Dies sind 1.700 Kommunen in Europa, die die Entwicklung und Umsetzung alternativer Klimaschutz- und Anpassungsstrategien auf lokaler/regionaler, europäischer und internationaler Ebene fördern. Den Erfahrungsaustausch wollen wir nutzen, um den Klimaschutz in Bremen und Bremerhaven noch stärker als bisher voranzubringen.

Nachhaltig und global gerecht

Bremen pflegt viele internationale Beziehungen und Partnerschaften auch außerhalb der Europäischen Union. Bei den außenwirtschaftlichen Beziehungen treten wir für Menschenrechte, Frieden, politische Teilhabe, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, eine ausgewogene globale Entwicklung und die internationalen Nachhaltigkeits- und Klimaziele ein. Wir GRÜNE wollen, dass diese Ziele bei wirtschaftspolitischen Delegationsreisen des Senats ins Ausland stärker als bisher berücksichtigt werden.

Wir stehen für eine Handelspolitik, die sich an sozialen und ökologischen Werten ausrichtet. Daher haben wir dafür gesorgt, dass im öffentlichen Beschaffungs- und Vergabewesen des Landes Bremen Umwelt- und Fairness-Kriterien berücksichtigt werden.

Wir werden Wirtschaftsförderungen, Kooperationen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit und Beteiligungen des Landes an Unternehmen sowie die Beschaffung von Produkten zukünftig noch stärker an fairen Kriterien ausrichten. Dies sehen wir als notwendigen Beitrag Bremens zur erfolgreichen Bekämpfung von Hunger und Leid in anderen Teilen der Welt.

Wir wollen die Globalisierung gerechter und ökologisch nachhaltiger gestalten. Dafür braucht es strenge Regeln, die Umwelt, Beschäftigte und Verbraucher*innen schützen. Wir setzen uns für Handelsabkommen ein, die transparent verhandelt werden und nach sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind.

Die Klimakrise, knapper werdende natürliche Ressourcen, Flucht und Migration – das sind globale Herausforderungen, die uns alle betreffen. Wir stehen zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen. Wir haben daher in Regierungsverantwortung entwicklungspolitische Leitlinien für Bremen beschlossen. Sie werden gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen umgesetzt und weiterentwickelt.

Auch zukünftig setzen wir uns dafür ein, Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe in der Landespolitik zu verankern. Wir wollen daher die Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) fortsetzen, um nachhaltige Projekte in den Ländern des Südens zu

unterstützen. Die Arbeit der entwicklungspolitischen Netzwerke stellen wir sicher, bei Wahrung der Pluralität der Ansätze.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Bremer*innen werden Europa-mobil**

Wir wollen, dass alle Bremer*innen in Europa mobil sind und Erfahrungen der gegenseitigen Solidarität sammeln können. Hierfür fördern wir den Ausbau europäischer Netzwerke und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse und nutzen alle vorhandenen EU-Programme.

- **EU-Förderung für mehr Gemeinwohl in Bremen**

Wir wollen Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Realisierung eines sozial-ökologischen, nachhaltigen Gewerbegebiets als Pilotprojekt für grüne, gemeinwohl-orientierte Wirtschaft nutzen. Wir leisten Unterstützung für genossenschaftliche, demokratische, soziale, ökologische und nachhaltige Unternehmen, die dem Gemeinwohl dienen.

- **Europa macht Bremen und Bremerhaven grün**

Wir schaffen regionale Kooperationen mit anderen Nordseeregionen zur Müllbekämpfung, zum Ausbau erneuerbarer Energien (Offshore-Windpark) und zum Ausbau nachhaltiger, grüner Häfen. Zur Stärkung nachhaltigen und fairen Wirtschaftens und Konsumierens werden wir Infrastrukturen für konsumkritische Projekte schaffen und die internationale Vernetzung Bremens fördern.

Integration gelingt gemeinsam

Integration beginnt am Tag des Ankommens. Wer Teil dieser Gesellschaft werden soll, braucht Rechte und Zugänge. Wer Teil dieser Gesellschaft sein will, braucht Sprachkenntnisse und Motivation. Grüne Politik fördert Teilhabe, unterstützt die Ankommenden und die hier Lebenden. Wir GRÜNE sind die Integrationspartei. Wir sorgen für ein gutes und friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen, bunten Gesellschaft. Integration geht nur mit dem Grundgesetz – das sind unsere Rechte und unsere Regeln.

Auch für Menschen, die aus anderen Gründen mit uns leben und arbeiten wollen, wollen wir mit einem Einwanderungsgesetz auf Bundesebene legale und faire Möglichkeiten des Zuzugs schaffen. Wir treten dafür ein, dass dafür ein gemeinsamer europäischer Rahmen geschaffen wird. Das Einwanderungsgesetz soll regeln, wer nach welchen Kriterien eine Chance erhält, hier zu leben und zu arbeiten.

Die Jahre 2015 bis 2017 waren geprägt von der Aufnahme von Geflüchteten in einem historischen Ausmaß. Dass Bremen diese Herausforderung besser gemeistert hat als manch anderes Bundesland, ist der großartigen Hilfsbereitschaft der Zivilgesellschaft in Bremen und Bremerhaven zu verdanken, nicht zuletzt aber auch der engagierten Flüchtlingspolitik des Sozialressorts unter grüner Leitung. Wir sehen in der Zuwanderung eine Bereicherung. Dafür ist eine gute Integration Voraussetzung, an der alle Beteiligten mitwirken müssen. Es gilt nun, die Investitionen in Sprachkurse, Bildung und Ausbildung und den Zugang zu Arbeit zu intensivieren, damit zu uns geflüchtete Menschen ein selbstbestimmtes Leben in unserer Mitte führen können. Wir wollen die Voraussetzungen für die große Aufgabe der Integration verbessern und dafür Sorge tragen, dass ausreichend Sprachkurse, Schulplätze, Arbeitsplätze sowie Wohnungen zur Verfügung stehen.

Ein Drittel der Bremerinnen und Bremer hat einen Migrationshintergrund. Viele dieser Menschen machen, auch wenn sie hier geboren wurden, in ihrem Alltag erhebliche Diskriminierungserfahrungen. Sie haben es schwerer eine Wohnung zu finden und sind auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Wir GRÜNE treten dieser Diskriminierung entgegen.

Faire Asylverfahren von Anfang bis Ende

Wir GRÜNE stehen für eine humane Flüchtlingspolitik mit fairen, zügigen Verfahren. Massenunterkünfte, in denen die Menschen ihr Asylverfahren ohne ausreichende Rechtsberatung durchlaufen und unter Umständen viele Monate lang ausharren müssen, lehnen wir ebenso ab wie die getrennte Unterbringung nach unterschiedlicher Bleibeperspektive. Grundsatz der bremisch-grünen Flüchtlingspolitik ist die möglichst frühe Integration. In der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Vegesack arbeiten die verschiedenen Behörden Hand in Hand und sorgen so für ein rasches Verfahren, damit die Geflüchteten möglichst schnell dezentral untergebracht werden können. Hier wollen wir eine Rechtsberatung durch einen unabhängigen Träger integrieren, die die Asylsuchenden von Anfang an über ihre Rechte und Möglichkeiten informiert. Vor allem für Geflüchtete, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt wurden, ist eine unabhängige Rechtsberatung eine wichtige Unterstützung, um ihre Asylgründe gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) darlegen zu können.

Im Bundesrat haben wir stets Haltung gezeigt und dafür gesorgt, dass Bremen die Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre nicht mitgetragen hat. Eine Ausweitung der sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ stößt weiterhin auf unseren entschiedenen Widerstand. Diese Einstufung erschwert es tatsächlich verfolgten Personen wie Homosexuellen, kritischen Journalist*innen und Aktivist*innen, in Deutschland Asyl zu erhalten.

Humanitäre Bleiberechtspraxis beibehalten und intensivieren

Auf Bundesebene wurden in den letzten Jahren Asylrechtsverschärfungen beschlossen, die leider auch von den Ausländerbehörden im Land Bremen umgesetzt werden müssen. Umso wichtiger ist, dass sie die verbleibenden Spielräume für eine humanitäre Bleiberechtspraxis voll ausschöpfen. Dies tut das Migrationsamt in Bremen bereits auf vorbildliche Weise. Wir wollen dafür sorgen, dass künftig auch die Bremerhavener Ausländerbehörde diese Spielräume besser im Sinne der Geflüchteten nutzt.

Seit dem „Bremer Erlass“ aus dem Jahr 2010 sind wir bundesweit Vorreiter bei der Schaffung aufenthaltsrechtlicher Perspektiven für junge Geflüchtete, die unbegleitet als Minderjährige eingereist sind und sich in einer Schul- oder Berufsausbildung befinden. Die Erfahrung zeigt, dass die Mehrheit der jungen Erwachsenen nach nur ein bis drei Jahren Schulbesuch und Sprachunterricht noch nicht in der Lage ist, direkt eine Ausbildung aufzunehmen. Diesen Geflüchteten wollen wir durch einen aufenthaltsrechtlichen Status, emotionale Sicherheit geben und die Möglichkeit verschaffen, Maßnahmen zur Ausbildungsvorbereitung zu belegen sowie einen Ausbildungsplatz zu suchen.

Wir stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Menschen, die nach Abschluss rechtsstaatlicher Verfahren nicht bei uns bleiben können. Zwangsweise Rückführungen sollen in Bremen weiterhin die Ausnahme bleiben und auch bundesweit eingeschränkt werden. Bei Menschen, die nach einem abgelehnten Asylantrag nicht bei uns bleiben können, setzen wir in bewährter Weise auf eine freiwillige Ausreise. Abschiebungen aus Schulen oder Betrieben darf es ebenso wenig geben wie Abschiebungen in unsichere Gebiete wie Afghanistan. Außerdem kämpfen wir weiterhin für einen generellen Winterabschiebestopp in Kälteregeonen. Einen sogenannten „Spurwechsel“ vom Asylsystem hin zur regulären Zuwanderung wollen wir im Einwanderungsgesetz verankern.

Legale Fluchtwege für Familien und besonders gefährdete Flüchtlinge

Wir drängen auf die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege. Die Bundesgesetzgebung hat den Familiennachzug für Geflüchtete drastisch eingeschränkt. Die Bundesländer können diese Entscheidung nicht rückgängig machen. Mit Zustimmung des Bundes sind jedoch Landesaufnahmeprogramme für begrenzte Personengruppen möglich, so wie es in der Vergangenheit für syrische Familienangehörige der Fall war. Wir wollen, dass sich Bremen gegenüber dem Bund für solche Landesaufnahmeprogramme einsetzt. Die Aufnahmeregelung für syrische Flüchtlinge, die enge Verwandte in Bremen oder Bremerhaven haben, soll wieder in Kraft gesetzt und auf Flüchtlinge aus dem Irak ausgeweitet werden. Darüber hinaus unterstützen wir das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen, das die Umsiedlung besonders gefährdeter Geflüchteter organisiert und sie mit dauerhaften Aufenthaltserlaubnissen ausstattet.

Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete

Weltweit sind mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Angesichts von Kriegen, Klimawandel, Umweltzerstörung und Armut ist die Bekämpfung der Fluchtursachen eine immense Herausforderung für die internationale Politik. Zu einer effektiven Bekämpfung von Fluchtursachen gehören die Lösung internationaler Konflikte, eine faire Handels- und Fischereipolitik, die Bekämpfung der Klimakrise sowie die Einhaltung der nachhaltigen UN-Entwicklungsziele und eine verbesserte Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern.

Bremen wird seiner besonderen politischen Verantwortung als eine der größten Waffenschmieden Deutschlands bisher nicht gerecht. Rüstungsexporte in Krisen- und Konfliktgebiete und solche Länder, die

sich an völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligen oder systematisch gegen Menschenrechte verstoßen, müssen tabu sein. Vielmehr sind partnerschaftliche, gezielte wirtschaftliche Kooperationen mit Regionen in Krisengebieten auf der Grundlage ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Kriterien und eine weitsichtige Entwicklungspolitik von beiderseitigem Interesse. Den Rüstungsunternehmen wollen wir Transformationsprogramme anbieten.

Unser Konzept für gute Integration

Unsere Bremer und Bremerhavener Gesellschaft zeichnet sich durch eine zunehmende Vielfalt an Herkunftssprache, Religion und kulturellem Hintergrund aus. Grünes Leitbild ist die inklusive Gesellschaft, die diese Vielfalt lebt und ihr Akzeptanz und Wertschätzung entgegenbringt.

Die Grundlage gelingender Integration nicht nur von Geflüchteten, sondern auch anderer Einwander*innen ist gemeinsamer guter Wille, bewusste Anstrengung vieler auf allen Gebieten und ein klarer staatlicher Rahmen. Deshalb unterstützen wir weiter die Idee eines umfassenden Integrationskonzepts. Darüber hinaus werden wir prüfen, ob ein Landesantidiskriminierungsgesetz zum Schutz vor Diskriminierung geeignet ist und ob dazu die Einrichtung einer zentralen und unabhängigen Anlaufstelle einen wichtigen Beitrag leisten kann. Wir setzen uns für eine Verbesserung der Selbsthilfestrukturen für Migrant*innenorganisationen ein. Dazu wollen wir die gelebte gesellschaftliche Vielfalt anerkennen und auf die ökonomische, politische, rechtliche, soziale und kulturelle Teilhabe aller hier lebenden Menschen hinarbeiten.

Der Blick darf dabei nicht nur auf die Gruppe der Neuzugewanderten gerichtet werden, sondern muss auch die Menschen in den Blick nehmen, die schon lange in Bremen leben – Migrantinnen und Migranten ebenso wie die sogenannte Mehrheitsgesellschaft. Integrationspolitik in diesem Sinne ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die in alle Politikbereiche hineinwirkt. Wir wollen bei der zunehmenden Vielfältigkeit Chancengleichheit erreichen. Herkunft, Sprache, Geschlecht, Bildungsgrad, Erwerbstätigkeit oder Wohnsituation dürfen nicht ausschlaggebend sein für Teilhabe in unserer Gesellschaft. Integration erfordert nicht nur Anstrengungen von Migrantinnen und Migranten, sondern auch die Öffnung von Strukturen und Regeldiensten sowie die Bereitschaft der Gesamtbevölkerung zum interkulturellen Dialog.

Bildungschancen für Zugewanderte verbessern, Schulabschlüsse fördern

Die Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache wollen wir in allen Schularten verbessern. Gerade auch in der beruflichen Bildung muss eine noch stärkere Unterstützung sichergestellt werden, damit erfolgreich Berufsabschlüsse erlangt werden können.

Da viele Zugewanderte nicht über einen Schulabschluss verfügen, um eine Ausbildung aufzunehmen, setzen wir uns dafür ein, dass die bisher auf das 18. Lebensjahr beschränkte Schulpflicht erweitert wird und so den Zugewanderten die Möglichkeit des Erwerbs eines Schulabschlusses eröffnet und erleichtert wird. Wir ermöglichen Geflüchteten mit Hochschulzugangsberechtigung, in Bremen ein Studium aufzunehmen.

Unterstützung durch Sprach- und Integrationsmittler*innen

Für Betriebe, deren Mitarbeitende einen Migrations- bzw. einen Fluchthintergrund haben, stellen wir ein Unterstützungsangebot „Deutsch am Arbeitsplatz“ sicher. In Bremen sind Anlaufstellen geschaffen worden, wie „Ankommen im Quartier“, in denen Sprach- und Integrationsmittler*innen („Sprinter*innen“)

zur Verfügung stehen. Migrant*innen haben sich durch eine modulare Ausbildung zu Sprinter*innen qualifiziert. Sie bringen die erforderliche interkulturelle Kompetenz mit, um Fragen des Alltags zu beantworten und erfolgreich Brücken zu schlagen. Ihr Einsatz durch Bremer Ämter und Behörden hat sich besonders bei denen, die noch wenig Deutsch sprechen und deren Integration am Anfang steht, bewährt. Daher wollen wir dieses Berufsbild in ausgewählten Dienststellen der öffentlichen Verwaltung verstetigen und Sprinter*innen dauerhaft anstellen. Gleichzeitig bietet deren Einsatz die Chance für eine dauerhaft Erwerbstätigkeit für Migrant*innen im ersten Arbeitsmarkt. Wir GRÜNE wollen, dass diese Herangehensweise auf Unternehmen ausstrahlt und diese ebenfalls Sprinter*innen einsetzen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Landesaufnahmeprogramme für Familien und besonders gefährdete Flüchtlinge**

Wir setzen uns für ein Landesaufnahmeprogramm für enge Verwandte von hier lebenden Menschen aus Syrien und dem Irak ein und schaffen Kontingente für besondere gefährdete Flüchtlinge im Rahmen der Programme des UN-Flüchtlingshilfswerks.

- **Mehr Schulabschlüsse für Zugewanderte ermöglichen**

Da viele Zugewanderte nicht über einen Schulabschluss verfügen, um eine Ausbildung aufzunehmen, setzen wir uns dafür ein, dass die bisher auf das 18. Lebensjahr beschränkte Schulpflicht erweitert wird und den Zugewanderten die Möglichkeit des Erwerbs eines Schulabschlusses erleichtert und eröffnet wird.

- **Sprach- und Integrationsmittler*innen einsetzen**

Wir qualifizieren Migrant*innen in einer modularen Ausbildung zu Sprach- und Integrationsmittler*innen. Sie bringen die erforderliche interkulturelle Kompetenz mit, um Fragen des Alltags zu beantworten und erfolgreich Brücken zu schlagen. Bei Geflüchteten, die noch wenig Deutsch sprechen und deren Integration am Anfang steht, hat sich dieses Angebot bewährt. Gleichzeitig bietet der Einsatz von Sprinter*innen die Chance für eine dauerhafte Erwerbstätigkeit für Migrant*innen im ersten Arbeitsmarkt.

Bremen – bunt, frei, sicher

In einer Demokratie zu leben ist etwas Wertvolles und keine Selbstverständlichkeit. Unsere Demokratie wurde von vielen Menschen hart erkämpft, sie kann aber auch wieder verloren gehen. Wir GRÜNE stehen deshalb mit all unserer Kraft für diese offene Gesellschaft ein und verteidigen die Grundwerte von Freiheit und Humanität, wo immer sie – offen oder verdeckt – in Frage gestellt oder gar bekämpft werden. Wir stellen uns gegen die zunehmende Verrohung in der politischen Auseinandersetzung. In Solidarität stellen wir uns, Betroffene und Nicht-Betroffene, Anfeindungen, Rassismus und Gewalt entgegen.

Rechtsextreme Stimmungsmache im Internet, rassistische Stammtischparolen, antisemitische Vorfälle, aufstrebende neurechte Jugendbewegungen – all dies beobachten wir mit großer Sorge. Wir GRÜNE stellen uns dem Rechtsruck und der zunehmenden Gewalt entgegen. Beschimpfungen, Verunglimpfungen und aggressive Beleidigungen dürfen auch im Internet nicht unwidersprochen hingenommen werden. Wir wollen über die Online-Wache der Polizei ermöglichen, strafbare Hetze im Netz unkompliziert anzuzeigen. Und wir richten eine Schwerpunkt- Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Online-Hasskriminalität ein, die von speziell geschulten polizeilichen Ermittler*innen unterstützt wird.

Antisemitismus ist in allen seinen Erscheinungsformen ein Angriff auf unser freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen insgesamt. Wir nehmen die Perspektive, Erfahrungen und Expertise der Betroffenen ernst und setzen das vom Senat entwickelte Handlungskonzept „Stopp den Antisemitismus“ konsequent um.

Wir GRÜNE wollen Innovationen und die Chancen der Digitalisierung nutzen, ohne jedoch blauäugig deren Risiken zu ignorieren. Eine Akzeptanz für digitale Innovationen kann nur entstehen, wenn Bürger*innen dem Schutz ihrer Grundrechte vertrauen können. Darum werden wir die Bürger*innen in den digitalen Wandel einbeziehen, die digitalen Prozesse transparent und sicher ausgestalten, ohne einzelne Gruppen der Gesellschaft auszugrenzen.

Gegen die soziale Spaltung bei Wahl- und Bürgerbeteiligung

In Bremen und Bremerhaven gibt es viel Engagement für die Demokratie und deren Stärkung. Bürger*innen engagieren sich ehrenamtlich in Beiräten, Vereinen, Initiativen, Netzwerken, Selbsthilfegruppen, Verbänden und Parteien für das Gemeinwohl. Wir GRÜNE fördern alle Beteiligungsformen, denn Demokratie funktioniert nur, wenn viele Menschen aus unterschiedlichen Zusammenhängen Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen.

Besonderes Augenmerk wollen wir künftig darauf legen, auch Menschen Gehör zu verschaffen, die sich nicht selbst in Bürgerinitiativen organisieren und die weniger vertraut mit politischen Prozessen sind. Ein wichtiges Instrument können dabei Bürgerforen sein, deren Mitglieder nach dem Zufallsprinzip aus der gesamten Bevölkerung ausgewählt werden. Sie beraten über einen längeren Zeitraum ausführlich ein politisch bedeutsames Thema und machen, von Expert*innen unterstützt, konkrete Handlungsvorschläge in Form eines Bürgergutachtens.

Auch bei Wahlen wollen wir uns nicht damit abfinden, dass die Beteiligung insbesondere in wirtschaftlich und sozial benachteiligten Stadtteilen immer weiter zurückgeht. Als wir in Bremen das Wahlalter auf 16 Jahre senkten, waren wir bundesweit Vorreiter. Die Absenkung hat sich bewährt, die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen liegt deutlich über den Werten der Altersgruppe zwischen 18 und 25. Das ist vor allem der gezielten Begleitung und Unterstützung der Jugendlichen im Politikunterricht in der Schule zu verdanken. Da die Bürgerschaftswahl nur alle vier Jahre stattfindet, bedeutet ein Wahlalter 16, dass man bei der ersten Wahl durchschnittlich 18 Jahre alt ist. Sehr viele Jugendliche haben also vor ihrer ersten

Wahl die Schule bereits verlassen und werden durch die erfolgreiche Begleitung in der Schule nicht mehr erreicht. Und wer schon bei der ersten Wahl nicht mitmacht, bleibt Wahlen häufig auf Dauer fern. Daher wollen wir das Wahlalter noch einmal absenken auf 14 Jahre, entsprechend der Altersgrenze für Straf- und Religionsmündigkeit. Wir erhoffen uns davon, vor allem Jugendliche aus wirtschaftlich benachteiligten Familien dauerhaft für eine Wahlteilnahme zu gewinnen, die niemand zu Hause oder im sozialen Umfeld auf die Wahl vorbereitet.

Starke Stadtteilbeiräte auf Augenhöhe

Die direkt gewählten Stadtteilbeiräte sind eine der Säulen bremischer Demokratie, die für ihre wichtige Arbeit jede Unterstützung verdienen. Wir haben das Beirätegesetz evaluiert und erste erkannte Schwachstellen behoben, damit die Anfragen der Beiräte rechtzeitig und umfassend beantwortet sowie ihre Beschlüsse und Haushaltsanträge besser berücksichtigt werden. Neu ist ferner, dass die Beiräte künftig auf Wunsch eine Rechtsberatung durch das Justizressort erhalten. Insgesamt haben wir die Beteiligungs- und Entscheidungsrechte der Beiräte klarer formuliert und weiter ausgebaut. Dieser Prozess ist noch nicht zu Ende, daher werden wir auch in den kommenden Jahren für eine umfassende Unterstützung der Beiräte bei der Umsetzung und Ausfüllung ihrer Rechte streiten und prüfen, wo sich die Expertise und Bürgernähe der Beiräte besser einbringen lässt.

Wir tragen dafür Sorge, dass die Beiräte für alle ihre Entscheidungsrechte ein ausreichendes Stadtteilbudget zur Verfügung gestellt bekommen. Wichtige Maßnahmen in den Stadt- und Ortsteilen können dadurch schnell und unbürokratisch durchgeführt werden. Wir stellen ständig aktualisierte Fortbildungsangebote für Beiratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter*innen sicher, damit starke Beiräte und eine kooperative Verwaltung möglichst in allen Stadtteilen und allen Senatsressorts eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe pflegen.

Für ein bremisches Versammlungsfreiheitsgesetz

Friedliche Demonstrationen und Protest gehören zu einer lebendigen Demokratie. Für uns hat die Versammlungsfreiheit einen hohen Wert. Bisher stützt sich Bremen auf das Versammlungsgesetz des Bundes, das in einigen Punkten verfassungswidrig oder überholt ist, aber nicht mehr geändert werden kann, weil für das Versammlungsrecht seit der Föderalismusreform die Länder zuständig sind. Deshalb wollen wir für das Land Bremen ein bürgerfreundliches Versammlungsfreiheitsgesetz auf den Weg bringen, das die Schutz- und Kooperationsaufgabe staatlicher Behörden bei versammlungsrechtlichen Maßnahmen betont, Auflagen und Verbote nur noch als Ultima Ratio gegen unmittelbare Gefährdungen gestattet und polizeiliche Videoüberwachung einschränkt, so dass niemand eingeschüchtert oder von der Teilnahme an einer Versammlung abgehalten wird. Das Vermummungsverbot stufen wir von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit herab, damit die Polizei den nötigen Ermessensspielraum hat, um Eskalationen zu vermeiden.

Religionsfreiheit

Wir GRÜNE stehen ein für das friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen. Alle Menschen müssen die Freiheit haben, ihren Glauben und ihre Weltanschauung zu leben oder auch abzulegen. Entscheidend ist für uns GRÜNE, dass Diskriminierung aufgrund von Religionszugehörigkeit, Weltanschauung oder Religionsauslegung nicht geduldet wird. Wir sehen alle Religionen als gleichberechtigt an und treten entschieden für die Religionsfreiheit als Fundament unserer Demokratie ein.

In Bremen haben wir Menschen mit vielfältigen Glaubens- und Weltanschauungen. Wir sind uns sicher: Der Austausch miteinander und das Kennenlernen untereinander bereichert alle und nimmt Angst vor dem Fremden. Dafür müssen Menschen verschiedener Religionen und auch diejenigen, die religionsfrei sind, miteinander ins Gespräch kommen können, um Unwissenheit und Vorurteile auf allen Seiten abzubauen. „Religion“ als gemeinsamer Unterricht aller jungen Menschen in der Schule gibt diesen die Möglichkeit, die verschiedenen Religionen und Weltanschauungen kennen zu lernen. Darüber hinaus bestehende Projekte des interreligiösen Dialogs unterstützen wir.

Religionen als Teil unserer Gesellschaft

Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften können eine wichtige Stütze der demokratischen Gesellschaft sein. Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben oder ihrer Überzeugung heraus gemeinsam mit uns für Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit, Frieden oder gegen Armut in unseren Städten. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der säkuläre Staat muss den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ebenso wie den Nichtgläubigen gegenüber neutral sein und darf sich keine Religion oder Weltanschauung zu eigen machen. Jede*r muss sich auf diese Neutralität verlassen können. Wir werden für die vom Grundgesetz vorgesehene konsequente Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften eintreten.

Kritik ja, Hass nein

Religiöse Lehren, Praktiken und Traditionen dürfen kritisiert werden. Kritik im öffentlichen Diskurs und in der Kunst gehören in einer demokratischen Gesellschaft dazu. Eigene Ansichten dürfen aber nicht verabsolutiert werden. Politischen und religiösen Fanatiker*innen treten wir entschieden entgegen. Wir setzen uns im Bundesrat dafür ein, dass der Blasphemie-Straftatbestand, § 166 Strafgesetzbuch, abgeschafft wird.

Wir stellen uns gegen jede Form von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit oder andere Formen von Diskriminierung. Verachtung, Hass und Feindschaft zwischen den Religionen sowie religiös oder politisch motivierte Angriffe auf Andersgläubige verurteilen wir scharf.

Unsere bunte, offene Gesellschaft basiert auf dem Grundgesetz und der Akzeptanz von Grund- und Menschenrechten. Das Grundgesetz gilt uneingeschränkt, es hält unsere Gesellschaft in ihrer Vielfalt zusammen und sichert das friedliche Zusammenleben. Antidemokratischen, sexistischen und homophoben Einstellungen sowie Fanatismus stellen wir uns entschieden entgegen. Von allen Religionsgemeinschaften und weltanschaulichen Verbänden erwarten wir ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz.

Frei und sicher in Bremen leben

Ziel grüner Politik ist es, dass sich alle Menschen im öffentlichen Raum frei und sicher bewegen können und dass Personen und Eigentum geschützt werden. Statt diffuse Ängste der Bevölkerung aus politischem Kalkül zu bestärken, setzen wir GRÜNE auf wirksame Maßnahmen für tatsächliche Problempunkte. Das gelingt in Bremerhaven und Bremen in hohem Maße, dank der guten Arbeit von Feuerwehr, Rettungsdiensten und Polizei. Trotzdem sind Menschen um ihre Sicherheit besorgt, die gefühlte und die tatsächliche Sicherheit, wie sich in der Kriminalstatistik zeigt, gehen auseinander. Potenzielle Angsträume vermeiden und beseitigen wir durch städtebauliche Maßnahmen, Polizeipräsenz und punktuelle Videoüberwachung. Dies ist darüber hinaus eine Aufgabe, die nur gemeinsam mit der Zivilgesellschaft

gelingen kann. Wir wissen aber auch: In einem freiheitlichen Rechtsstaat kann es keine hundertprozentige Sicherheit geben. Wer die Freiheitsrechte immer mehr einem vermeintlich allumfassenden Sicherheitsversprechen unterordnet, beseitigt die großen Errungenschaften des freiheitlichen Rechtsstaats.

Innere Sicherheit und Bürgerrechte stehen nicht im Widerspruch, es kann das eine nicht ohne das andere geben. Wir stehen daher für innere Sicherheit mit Vernunft und Augenmaß. Wir setzen darauf, bestehende Gesetze konsequent anzuwenden, statt unwirksame und gefährliche Gesetzesverschärfungen zu fordern. Dafür brauchen wir gut ausgestattete staatliche Institutionen, transparente Verfahren und die Wahrung der Bürgerrechte. Wir wollen eine zielgerichtete und effektive Gefahrenabwehr und Strafverfolgung durch eine starke und bürgernahe Polizei. Deshalb haben wir trotz Haushaltsnotlage die Polizei Bremen personell deutlich verstärkt: Ende 2019 sind in Bremen 150 Polizist*innen mehr im Einsatz als noch vor wenigen Jahren. Für die Ortpolizeibehörde Bremerhaven erhöhen wir die Zahl der Polizeikräfte entsprechend auf über 500. Und auch in Zukunft werden wir dafür sorgen, dass die Polizei in Bremen und Bremerhaven für neue Herausforderungen zusätzliches Personal erhält.

Damit Bremen im bundesdeutschen Wettbewerb um die besten Polizeianwärter*innen mithalten kann, wollen wir die Ausbildung und die Arbeit bei der Polizei noch attraktiver gestalten. Wir versetzen die Hochschule für öffentliche Verwaltung wieder in die Lage, auch größere Ausbildungsjahrgänge mit der gewohnt guten Qualität zu betreuen und auszubilden und werden auch die Rahmenbedingungen der praktischen Ausbildung zeitgemäß verbessern.

Zu einem attraktiven Beruf gehören auch raschere Beförderungen in höhere Besoldungsstufen. Die hervorragenden und familienfreundlichen Regelungen zur Teilzeitarbeit bei der Polizei in Bremen und Bremerhaven behalten wir bei. Die Polizeivollzugskräfte wollen wir konsequent von Aufgaben entlasten, die auch von Nicht-Beamten erledigt werden können. Wir werden deshalb zusätzliche Tarifbeschäftigte einstellen, denen Aufgaben wie z. B. die Begleitung von Schwertransporten übertragen werden.

Wir GRÜNE fordern längst überfällige Änderungen im Bundesrecht wie die Einführung einer Halterhaftung für Verkehrsordnungswidrigkeiten und die Entkriminalisierung von Schwarzfahren und Drogen wie Cannabis. Alle Streifenwagen sollen mit Tablets ausgestattet werden, damit die Polizeikräfte Vorgänge bereits vor Ort dokumentieren können.

Unsere Polizei als bürgernahe Menschenrechtsorganisation

Wir wollen nicht einfach nur mehr Polizei, sondern auch eine noch bessere Polizei. Eine bürgernahe Polizei ist genau so bunt und vielfältig wie unsere Gesellschaft. Der gute Kontakt zu allen Menschen, die in Bremen und Bremerhaven leben, Sprachkompetenz und interkulturelle Sensibilität bei den Beamten*innen machen unser Land sicherer und müssen daher eine wichtige Rolle in Aus- und Fortbildung spielen. Die Polizei muss in jedem Einsatzfall ein bürgerrechtliches, transparentes und rechtsstaatliches Handeln sicherstellen. Passieren Fehler, müssen diese benannt, ausgewertet und abgestellt werden. Wir wollen daher eine unabhängige Institution schaffen, die Vorwürfe von Polizeigewalt aufklärt und Betroffene unterstützt. Wir werden die dazu notwendige personelle Ausstattung und Befugnisse dieser Stelle sicherstellen, und, wenn nötig, nachsteuern.

Wir haben die Bereitschaftspolizei mit Bodycams ausgestattet, die nur in Krisensituationen und nach Ankündigung aktiviert werden, weil diese kleinen, am Körper getragenen Kameras in brenzligen Situationen alle Beteiligten disziplinieren und Fehlverhalten dokumentieren. Das trägt zum Schutz vor

Übergriffen gegen und durch Polizeikräfte bei. Auch der normale Einsatzdienst soll daher künftig Bodycams in dieser Weise einsetzen.

Bürgerrechte und Sicherheit stärken statt abbauen

Während andere Bundesländer ihre Polizeigesetze teilweise drastisch verschärfen und Bürgerrechte abbauen, wollen wir den Grundrechtsschutz im Bremischen Polizeigesetz noch weiter stärken. Dem bundesweiten Trend, die Polizeigesetze teilweise drastisch zu verschärfen, stellen wir uns entschieden entgegen. Statt Freiheitsrechte abzubauen wollen wir das Gegenteil tun und im Bremischen Polizeigesetz den Schutz vor Grundrechtseingriffen sogar noch verbessern. Bisher ist die Polizei nur durch Erlass des Innensensors verpflichtet, sich im Dienst auf Verlangen auszuweisen und bei Großeinsätzen eine individuelle Nummer zu tragen. Wir wollen dies dauerhaft im Polizeigesetz festschreiben, weil polizeiliches Handeln transparent sein muss.

Zur Vermeidung von Kontrollen allein wegen äußerlicher Merkmale („Racial Profiling“) soll sich die Auswahl der Polizei bei Personenkontrollen künftig nur noch nach dem Verhalten von Personen oder nach einer genauen Personenbeschreibung richten dürfen, damit niemand mehr allein wegen der Hautfarbe häufiger kontrolliert wird. Dazu müssen aufklärende, bildende und sensibilisierende Maßnahmen und Fortbildungen eine Verpflichtung für alle Polizeibeamt*innen sein. Als Datenschutz-Partei wollen wir die Polizei verpflichten, in bestimmten Fällen die betroffenen Bürger*innen über die Speicherung von Informationen in Polizeidatenbanken und über die Weitergabe an andere Stellen zu benachrichtigen. So können die Betroffenen die Rechtmäßigkeit kontrollieren und ggf. eine Korrektur oder Löschung der Daten erwirken. Dies schützt die Grundrechte und verbessert die Qualität der Daten, auf deren Grundlage die Polizei handelt.

Bei heimlichen Überwachungsmaßnahmen soll ein vom Gericht bestellter Rechtsbeistand die Interessen der überwachten Person vertreten und in deren Namen gegen die Überwachungsanordnung Rechtsmittel einlegen können. Auch bei Ingewahrsamnahmen muss sichergestellt sein, dass die Betroffenen anwaltlichen Beistand erhalten.

Wir wenden uns gegen ausufernde Datensammlungen bei den Sicherheitsbehörden, denn die Stecknadel im Heuhaufen findet sich nicht leichter, wenn man noch mehr Heu dazu wirft. Eine demokratische Polizei agiert in der Regel offen, verdeckte Maßnahmen gegen Risikopersonen zur Erforschung von Terrorgefahren sollten – unter strenger parlamentarischer Kontrolle – dem Verfassungsschutz vorbehalten bleiben.

Den Bremer Verfassungsschutz haben wir grundlegend reformiert und personell seit 2013 aufgrund der veränderten Gefahrenlage um knapp 60 Prozent verstärkt. Trotzdem wollen wir ihn weiter kritisch betrachten. Es braucht beim Verfassungsschutz insbesondere ein sehr gründliches Überdenken des V-Leute-Wesens. Wir wollen nicht, dass die zu beobachtenden Milieus querfinanziert und schwere Straftaten aus diesen Szenen gedeckt werden. Eine Informationsbeschaffung mit Hilfe von Trojanern kommt für uns nicht in Frage. In Zeiten eines gesellschaftlichen Rechtsrucks darf der Verfassungsschutz außerdem nicht zu einem parteipolitischen Instrument werden – seine Neutralität muss zu jeder Zeit gewährleistet sein.

Durch den technischen Fortschritt stehen den bremischen Sicherheitsbehörden heutzutage insgesamt weitergehende und effektivere Ermittlungsmöglichkeiten als je zuvor zur Verfügung, um Straftaten aufzuklären und künftige Straftaten zu verhindern. Neue Eingriffsbefugnisse unterstützen wir nur dann, wenn sie für eine zielgerichtete Gefahrenabwehr tatsächlich erforderlich und nachweislich wirksam sind und auch nur dann, wenn sie nicht unverhältnismäßig in die Grundrechte der Bürger*innen eingreifen. Mit

uns wird es keinen Überwachungsstaat geben. Gravierende Freiheitseinschränkungen gegenüber Personen, gegen die nicht mehr als ein vager Gefahrenverdacht vorliegt, sind mit uns nicht zu machen.

Wir GRÜNE lehnen es auch ab, dass die Sicherheitsbehörden mit Hilfe von Staatstrojanern in Computer und Smartphones eindringen und dabei schwerwiegende Sicherheitslücken ausnutzen und fördern, statt diese gefährlichen Lücken vom Hersteller schließen zu lassen. Diese Sicherheitslücken können jegliche IT gefährden bis hin zu Ausfällen von Krankenhäusern und Energieversorgern. Derartige Maßnahmen machen unser Land nicht sicherer, sondern angreifbar und verletzlich. Im digitalen Zeitalter bedeutet innere Sicherheit nicht zuletzt auch IT-Sicherheit. Wir werden daher die Sicherheitsstrategie zum Schutz kritischer Infrastrukturen in Bremen und Bremerhaven auf den Prüfstand stellen und die notwendigen Vorsorgemaßnahmen ergreifen, um die Bevölkerung auch im Katastrophenfall wirksam zu schützen.

Damit in den Bremer Stadtteilen auch die vielen kleinen Regeln besser eingehalten werden, haben wir einen städtischen Ordnungsdienst eingerichtet. Er schreitet ein, gegen Müll auf öffentlichen Wegen und Plätzen und unerlaubtes Grillen in Grünanlagen. Er achtet zudem auf die Einhaltung von Jugend- und Nichtraucherschutz. Wir werden aufmerksam prüfen, ob der Ordnungsdienst für die Vielzahl seiner Aufgaben ausreichend ausgestattet ist und ob er seine Befugnisse bürgerfreundlich nutzt. Überflüssige Bußgeldtatbestände wollen wir streichen. Falls erforderlich, werden wir nachsteuern.

Prävention und Deradikalisierung

Prävention ist der Schlüssel einer erfolgreichen Sicherheitspolitik, sowohl bei der Verhinderung von Alltagskriminalität als auch bei der Bekämpfung von Extremismus. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, damit junge Menschen nicht in Ideologien abgleiten, die menschenverachtende Gewalt propagieren. Wir wollen das Demokratiezentrum Land Bremen unterstützen und ausbauen, das ein wichtiges Element in der Präventionsarbeit darstellt. Denn wir sehen weiterhin die Notwendigkeit, dass Kindern, Jugendlichen und Eltern genauso wie Fachkräften oder Schulen qualifizierte Beratungsangebote zu den beiden Schwerpunkten „Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ sowie „demokratiefeindlicher und gewaltorientierter Islamismus und Muslimfeindlichkeit“ zur Verfügung stehen. Die beste Prävention gegen Radikalisierung ist ein gesellschaftlicher Zusammenhalt, der eine gute Bildung und die soziale Teilhabe für alle hier lebenden Menschen ermöglicht.

In den Schulen wollen wir die Lehrkräfte noch besser dafür sensibilisieren, dass sie Radikalisierungstendenzen bei Kindern und Jugendlichen erkennen und richtig auf sie reagieren können. Die derzeit laufenden Modellprojekte im Bereich Islamismusprävention werden wir fortsetzen und ausweiten, wenn die Ende 2019 vorgesehene Evaluierung ihre Wirksamkeit belegt. Wir richten die Präventionsarbeit darüber hinaus auch gezielt auf Frauen aus. Zusätzlich werden wir weiteres Geld für Initiativen zur Verfügung stellen, die sich gegen rechtes Gedankengut und für ein tolerantes und weltoffenes Miteinander einsetzen.

Mehr Feuerwachen und neue Ausstattung für guten Brandschutz in allen Stadtteilen

Die Feuerwehren sind ein wichtiger Bestandteil unserer Sicherheitsarchitektur. Wir werden sie auch in Zukunft personell verlässlich ausstatten. Bei der Feuerwehr Bremen gibt es einen Investitionsstau, der in der kommenden Wahlperiode aufgelöst werden soll. Wir werden schrittweise Fahrzeuge, Ausrüstung, Technik und Gebäude modernisieren. Darüber hinaus wollen wir die Zahl der Feuerwachen erhöhen, damit in möglichst vielen Stadtteilen innerhalb von höchstens acht Minuten Fahrzeit zehn Feuerwehrleute vor Ort sein können. Denn nur so haben sie beim Brand eines mehrgeschossigen

Gebäudes noch gute Chancen, Menschenleben zu retten, ohne dabei ihr eigenes aufs Spiel zu setzen. Weil dazu jedoch einige Bremer Feuerwachen an andere Standorte verlegt und ihre Zahl ungefähr verdoppelt werden müsste, kann dies nur ein langfristiges Unterfangen sein. Bis 2021 soll es eine neue Feuerwache im Nordosten geben für Borgfeld, Horn-Lehe und Oberneuland. Danach muss der Bremer Süden mit Habenhausen, Kattenturm, Kattenesch und Arsten an der Reihe sein. Die Bennigsenwache wollen wir erhalten, um das Acht-Minuten-Ziel in der Östlichen Vorstadt, in Schwachhausen und in Hastedt nicht zu gefährden.

Das ehrenamtliche Engagement der Freiwilligen Feuerwehren schätzen wir ganz besonders. Auch sie haben Anspruch auf eine moderne und sichere Ausstattung. Unser Ziel ist es, möglichst rasch alle Fahrzeuge zu erneuern, die älter als zwanzig Jahre sind, sowie die Gerätehäuser der Wehren im Bremer Westen, in Blockland, Farge, Osterholz und Seehausen instandzusetzen. Insbesondere die wertvolle Nachwuchsarbeit in der Jugendfeuerwehr wollen wir zusätzlich unterstützen, denn sie sind elementar für den Brandschutz in der Zukunft und ein bemerkenswerter Beitrag für die städtische Jugendarbeit, der bisher zu oft zu kurz gekommen ist.

Gewalt gegen Rettungskräfte, Feuerwehr und Polizei eindämmen

Wir nehmen es nicht hin, dass Menschen, die anderen in Notlagen helfen, Ziel von Angriffen werden. Alkohol ist in sehr vielen Fällen mitverantwortlich für Aggression und Gewalt gegen Sanitäter*innen, Feuerwehrleute und Polizist*innen. Wir wollen die Alkohol- und Gewaltprävention ausbauen sowie die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Deeskalation und Selbstverteidigung der Helfer*innen ausweiten.

Resozialisierung

Wenn Straftäter*innen künftig straffrei leben, ist das der beste Schutz für uns alle. Der Strafvollzug hat die Aufgabe, die Gefangenen auf ein Leben nach der Haft vorzubereiten. Es gibt detaillierte gesetzliche Regelungen darüber, welche Freiheiten zur Gewährleistung der Sicherheit eingeschränkt werden dürfen. Es gibt aber zu wenig gesicherte Ansprüche für die Gefangenen, um sich auf ein Leben nach der Entlassung vorzubereiten. Wir werden ein Landesresozialisierungsgesetz erarbeiten, um die vielen Akteur*innen in diesem Bereich besser auszustatten, zu unterstützen und zu vernetzen. Wir ermöglichen Gefangenen bezahlbaren Zugang zum Internet. Bei geringfügigen Delikten wollen wir Haftstrafen vermeiden.

Wir stärken die Bremer Justiz

Wir wollen, dass wieder mehr Menschen Vertrauen in unseren Rechtsstaat haben. So sind sie weniger anfällig für die Propaganda von Rechtspopulist*innen. Alle Bremer*innen sollen vor Gericht schnell zu ihrem Recht kommen und sich darauf verlassen können, dass Straftaten nicht ungeahndet bleiben, beispielsweise weil sie inzwischen verjährt sind. Die Gerichte in Bremen und Bremerhaven werden wir so ausstatten, dass Urteile schneller und gleichzeitig noch sorgfältiger gefällt werden. Wir haben daher zusätzliche Strafkammern am Landgericht eingerichtet, um den Verfahrensstau abzuarbeiten. Darüber hinaus werden wir die Haushaltsmittel erhöhen, um weitere Richter*innen, Staatsanwält*innen und mehr Justizbedienstete anzustellen und die notwendige Ausstattung anzuschaffen.

Wir machen die Landesverfassung einklagbar

Obwohl die Bremer Landesverfassung viele vorbildliche und bemerkenswerte Bestimmungen enthält, bleibt ihre identitätsstiftende Wirkung weit hinter dem Grundgesetz zurück. Dies liegt nicht zuletzt daran,

dass bisher nur ein exklusiver Kreis von Staatsorganen Zugang zum Landesverfassungsgericht hat, das dementsprechend „Staatsgerichtshof“ heißt. Den Bürger*innen ist hingegen der Rechtsweg zum bremischen Verfassungsgericht weitgehend verschlossen. Der umfangreiche Grundrechtskatalog der Landesverfassung, der teilweise über das Grundgesetz hinausgeht, ist dadurch leider größtenteils nur „totes“ Verfassungsrecht. Wir wollen den Bremer*innen ermöglichen, sich künftig an den Staatsgerichtshof zu wenden, wenn sie ihre Grundrechte verletzt sehen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

- **Wir beteiligen Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft**

Bei politisch bedeutsamen Fragen richten wir Bürgerforen ein, die belastbare Meinungsbilder abgeben und konkrete Handlungsvorschläge in Form eines Bürgergutachtens machen sollen. Diese Bürgerforen erarbeiten, begleitet von Expert*innen, konkrete Handlungsvorschläge in Form eines Bürgergutachtens. So verschaffen wir auch Menschen Gehör, die sich nicht in einer politischen Organisation engagieren und die darum weniger vertraut mit politischen Prozessen sind.

- **Wir stärken das Versammlungsrecht und eine friedliche Demonstrationskultur**

Wir schaffen ein bremisches Versammlungsfreiheitsgesetz, das die Rechte der Demonstrierenden und die Schutz- und Kooperationspflichten der Behörden ausbaut.

- **Wir stärken den Rechtsstaat**

Alle Bremer*innen sollen vor Gericht schnell zu ihrem Recht kommen und sich darauf verlassen können, dass Straftaten nicht ungeahndet bleiben. Eine gerechte und zügig arbeitende Justiz braucht eine angemessene Ausstattung. Daher werden wir die Haushaltsmittel erheblich erhöhen, um weitere Richter*innen, Staatsanwält*innen und mehr Justizbedienstete anzustellen und die notwendige Ausstattung anzuschaffen.